

Gesundheitsmanagement im
Statistischen Landesamt

Wie wird das Wirtschaftswachstum
ermittelt?

Eignung der Gewerbemeldungen als Indikator
für die wirtschaftliche Entwicklung

Entwicklung der privaten Haushalte in Sachsen
bis 2020



**Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen**

Wir rechnen mit Ihnen.

Inhaltsverzeichnis

Gesundheitsmanagement im Statistischen Landesamt Sachsen Teil I: Zielsetzung, Handlungsfelder, Vorgehen <i>Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher</i>	2
Wie wird das Wirtschaftswachstum ermittelt? <i>Dr. Wolf Dietmar Speich</i>	7
Untersuchungen zur Eignung der Gewerbemeldungstätigkeit als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung <i>Dr. Andreas Oettel, Christiane Wohlrab</i>	15
Entwicklung der privaten Haushalte in Sachsen bis 2020 <i>Andreas Schulz</i>	23
Der neue Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder <i>Regine Fiedler, Gabriela Retschke</i>	31
Kosten- und Leistungsrechnung erweist sich zunehmend als Organisationssteuerungsinstrument <i>Dr. Horst Kaptur, Christa Bahrmann</i>	34
Das Statistische Landesamt Sachsen auf dem Weg zum innovativen Marketing <i>Babe Anke Staude, Karin Keck</i>	41
Neues aus Sachsen	45
Sächsischer Zahlenspiegel	48
Gesamtverzeichnis 2008	53

Impressum

Herausgeber
Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen
Postfach 11 05
01911 Kamenz

Schriftleitung Karin Keck

Telefon		Fax
Vermittlung	03578 33-0	
Präsidentin/Sekretariat	03578 33-19 00	-19 99
Auskunftsdienst	03578 33-19 13/19 14	-19 21
Bibliothek	03578 33-14 16/14 17	
Vertrieb	03578 33-14 23/14 24	-15 98

E-Mail auskunft@statistik.sachsen.de
Internet www.statistik.sachsen.de

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie für verschlüsselte elektronische Dokumente.

Einzelheft € 3,50
Druck Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2009. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

ISSN 0494-4480

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser, die erste Ausgabe unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ im neuen Jahr erscheint in einer wirtschaftlich turbulenten Zeit.

In zwei Beiträgen werden deshalb zentrale statistische Themenkomplexe zur Ermittlung und Interpretation **wirtschaftlicher Kenngrößen** diskutiert: methodische Fragen der statistischen Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und Daten zu Gewerbemeldungen als Frühindikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Bruttoinlandsprodukt ist der wesentliche Indikator zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung. Um den Datennutzern möglichst frühzeitig erste Informationen zur Entwicklung dieser gesamtwirtschaftlichen Größe liefern zu können, werden die jeweils in der amtlichen Statistik verfügbaren Daten als Grundlage zur Ermittlung des vorläufigen Ergebnisses des Bruttoinlandsprodukts einbezogen. Nach Erweiterung des Datenkranzes wird das Ergebnis des vorläufigen Bruttoinlandsprodukts schrittweise angepasst. Die amtliche Statistik befindet sich hierbei in dem Spannungsfeld zwischen Aktualität und Validität. Um die jeweiligen Berechnungsstände des Bruttoinlandsprodukts richtig interpretieren zu können, sind Kenntnisse darüber notwendig, welche Daten – je nach Verfügbarkeit – in die jeweiligen Berechnungsstände eingehen. Der Beitrag liefert hierzu wertvolle methodische Hinweise.

Aus unserem Aufgabenspektrum **Bevölkerung und Regionales** berichten wir aus zwei Themenkomplexen:

Zum einen wird eine aktuelle Haushalteprognose für Sachsen auf der Grundlage der allgemeinen Bevölkerungsprognose vorgestellt. Dabei werden sowohl das methodische Vorgehen als auch die Ergebnisse referiert.

Zum anderen wird ein neues Produkt der amtlichen Statistik Deutschlands präsentiert: der neue Regionalatlas als wichtige Datenquelle für statistische Informationen aus den verschiedenen Bundesländern. Dieses interaktive Informationsangebot wird in Kürze kostenfrei im Internetangebot unseres Hauses abrufbar sein. Der Atlas enthält thematische Karten für über 80 Indikatoren für alle Kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt in diesem Heft ist der **Organisationsentwicklung in öffentlichen Einrichtungen**, aufgezeigt an drei ausgewählten Aktivitäten des Statistischen Landesamtes Sachsen, gewidmet. Das Statistische Landesamt steht, wie viele öffentliche Einrichtungen, unter erheblichem Anpassungsdruck aufgrund reduzierter Personalausstattung, demografischer Alterung der Belegschaft, zunehmender Fremdbestimmung von Inputfaktoren und steigender Komplexität der Anforderungen. Folge ist die Notwendigkeit einer umfassenden Organisations- und Personalentwicklung. Im vorliegenden Heft werden daraus einzelne Aspekte berichtet.

Gesunderhaltung und Gesundheitsförderung gewinnen zunehmend auch als betriebliche Aufgaben an Bedeutung. Diese Überlegungen veranlassen das Statistische Lan-



desamt ein systematisches betriebliches Gesundheitsmanagement einzuführen. Im vorliegenden Beitrag werden die Zielsetzung und das methodische Vorgehen dargestellt, die Berichterstattung über die inhaltlichen Maßnahmen erfolgt in Heft 2.

Zur Steuerung einer effizienten und leistungsfähigen Organisation und Aufgabenbewältigung wird im Statistischen Landesamt die Entwicklung eines umfassenden Managementinformationssystems auf der Grundlage von Kenngrößen angestrebt. Nachfolgend wird der aktuelle Stand der Kosten- und Leistungsrechnung als erster Schritt vorgestellt.

Zentrales Anliegen des Veränderungsprozesses ist auch eine verstärkte Nutzerorientierung unseres Hauses. Hierzu laufen viele Aktivitäten im Statistischen Landesamt. Exemplarisch wird aus einem aktuellen Workshop berichtet, der sich mit Fragen des innovativen Marketings statistischer Produkte und Leistungen befasst.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter www.statistik.sachsen.de. Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33-1913).

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre unserer Zeitschrift und ein frohes Osterfest 2009!

Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher
Präsidentin des Statistischen Landesamtes
des Freistaates Sachsen

Gesundheitsmanagement im Statistischen Landesamt Sachsen

Teil I: Zielsetzung, Handlungsfelder, Vorgehen

Einleitung

Grundlegende Veränderungen der Rahmenbedingungen – wie Reduzierung der Personalausstattung um 20 Prozent, Entwicklung und Einführung neuer Technologien, neue fachliche Anforderungen, Paradigmenwechsel beim Einsatz der fachstatistischen Methoden (Entwicklung von primärstatistischen Methoden hin zur verstärkten Nutzung von Registern und Verwaltungsdaten, Einführung neuer Analyseinstrumente), zunehmende Vernetzung zwischen den Ländern und Ausgliederung des IT-Bereiches – haben dazu geführt, dass ein umfassender Entwicklungsprozess im Statistischen Landesamt eingeleitet wurde. Diese notwendigen Anpassungen stellen ohne Zweifel erhebliche Anforderungen an Motivation, Leistungsfähigkeit, Flexibilität und Innovationsfähigkeit der Mitarbeiter. Erschwerend kommt die ungünstige Altersstruktur der Belegschaft hinzu. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen und Entwicklungen gewinnen Fragen der Gesunderhaltung und der Gesundheitsförderung der Mitarbeiter auch als Verantwortungsbereich des Arbeitgebers zunehmend an Bedeutung. Zentrales Anliegen des Statistischen Landesamtes ist deshalb, Leistungsfähigkeit, Arbeitsfreude, Flexibilität und Innovationskraft der Belegschaft trotz demografischer Alterung zu erhalten. Diese Ausgangssituation war Veranlassung für die Einführung eines systematischen Gesundheitsmanagements, das über die im Rahmen der Arbeitsschutzvorschriften gesetzlich vorgegebenen Aufgaben hinausgeht und als integraler Bestandteil der Personalfürsorge in den gesamten Managementprozess eingebunden ist.

Zielsetzung und Bedeutung eines systematischen Gesundheitsmanagements

Definition „Betriebliches Gesundheitsmanagement“

Nach Badura (2001) beinhaltet das betriebliche Gesundheitsmanagement „die strukturierte Umsetzung von betrieblicher Gesundheitspolitik in definierten Prozessabläufen u. a. als Teil der Organisationsentwicklung“. Dabei beschreibt betriebliche Gesundheitspolitik „die strategische Ausrichtung des Gesundheitsmanagements im Betrieb (z. B. Teil des Leitbildes, der Unternehmenskultur)“. [1] Gesundheitsmanagement hat somit den organisatorischen Rahmen und die Einbettung in den Kanon der Managementaufgaben im Fokus und verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz durch Kombination von verhaltens- und verhältnispräventiven Maßnahmen.

Bedeutung und Funktion des betrieblichen Gesundheitsmanagements

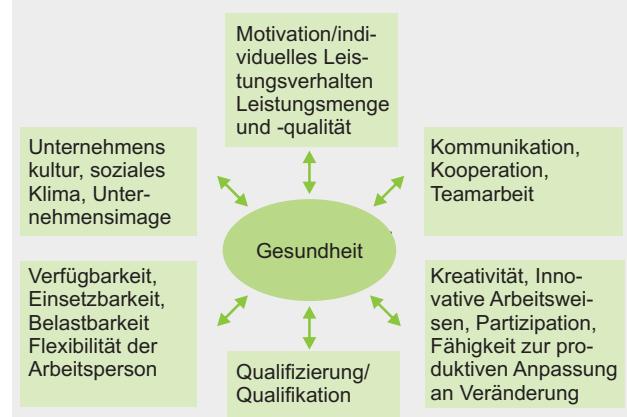
Erfahrungen aus der Praxis haben gezeigt, dass betriebliche Gesundheitsförderung erst dann nachhaltig Wirkung zeigt, wenn „sie in einen kontinuierlichen Prozess einer ganzheitlichen Personal- und Organisationsentwicklung eingebunden ist und wenn viele inner- und außerbetriebliche Beteiligte konstruktiv zusammenarbeiten“ [2, S. VIII]. Gesundheitsförderung im Betrieb basiert dabei auf einer ganzheitlichen Konzeption mit der Integration verhaltens- und verhältnisorientierter Maßnahmen und fußt letztlich auf den Leitlinien der Luxemburger Deklaration mit den Eckpunkten Partizipation, Integration, Projektmanagement und Ganzheitlichkeit (vgl. [3], S. 30). Der Begriff „Gesundheit“ kennzeichnet dabei die Fähigkeit zum dauerhaften Erhalt und zur Weiterentwicklung der menschlichen Handlungsfähigkeit und findet ihren konkreten Ausdruck in den Fähigkeiten:

- langfristige Ziele zu bilden (Kompetenz und Lernfähigkeit)
- stabil-flexibel mit sich verändernden Umweltbedingungen umzugehen und
- körperliche Prozesse und Handlungen aufeinander abzustimmen (nach [4]).

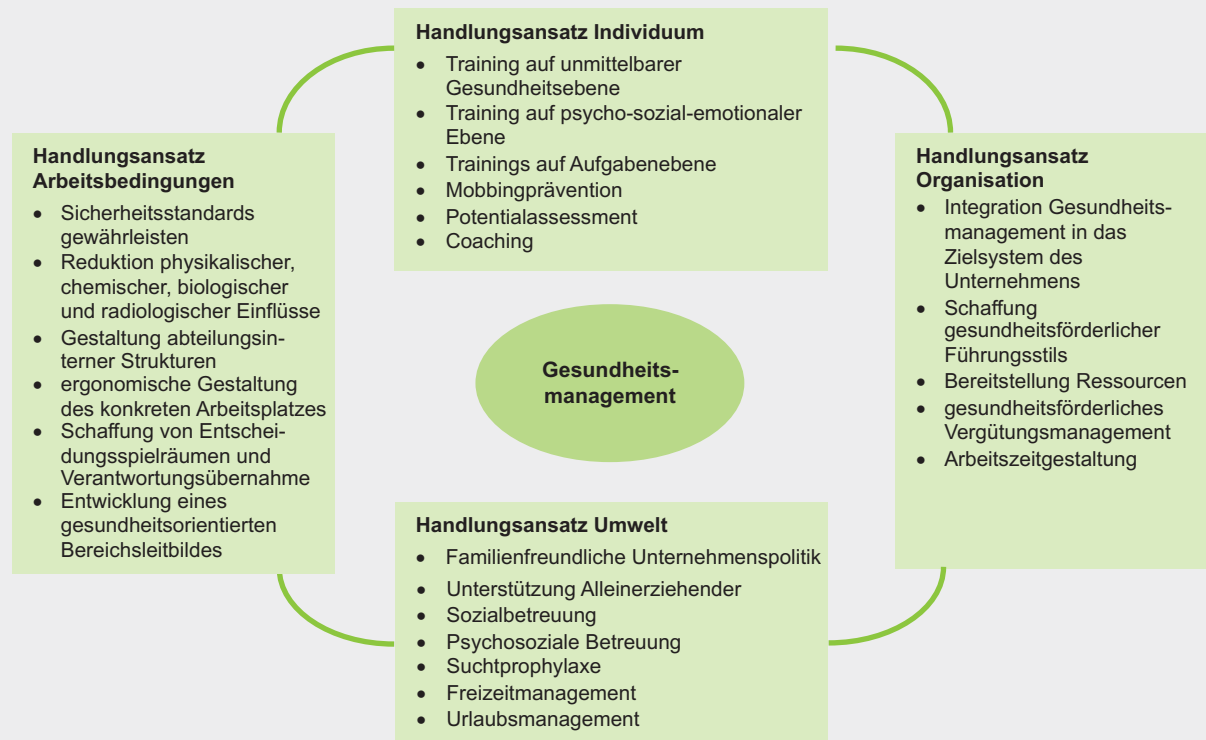
Betriebliches Gesundheitsmanagement bezieht sich gleichermaßen auf innerbetriebliche Abläufe und Strukturen wie auf das Verhalten sämtlicher im Betriebsprozess eingebundener Personen.

Betriebliches Gesundheitsmanagement hat somit einen sehr umfassenden Ansatz. In Abbildung 1 sind die verschiedenen im Arbeitsprozess relevanten Faktoren zusammengestellt.

Abb. 1 Subjektbezogene Einflussfaktoren der Arbeit auf die Gesundheit



Quelle: Brandenburg u. a. 1996, S. 139

Abb. 2 Handlungsfelder des Gesundheitsmanagements

Quelle: angelehnt an: Meiffert & Kesting (Hrsg.) 2004, S. 35

Im betrieblichen Kontext zielt das Gesundheitsmanagement demnach vor allem auf:

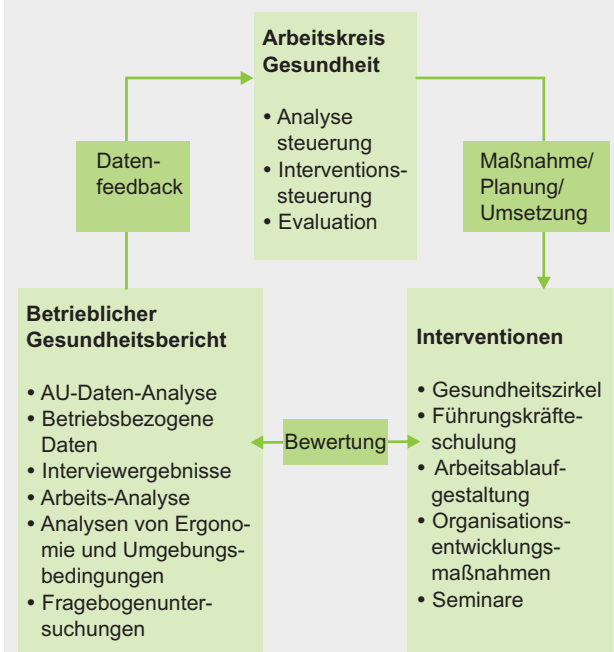
- die Entwicklung und Stärkung der individuellen Ressourcen und Kompetenzen der einzelnen Mitarbeiter und
- eine gesundheitsförderliche Gestaltung der Lebens- und Arbeitsumwelt der Beschäftigten [nach 2, S. 5].

Handlungsfelder des betrieblichen Gesundheitsmanagements

Bei der Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements lassen sich schwerpunktmäßig drei Strategien herausarbeiten:

- Angebote im Verhaltensbereich, wie z. B. Rückenschule, Entspannungsübungen, Gymnastik, Maßnahmen zur gesunden Ernährung etc.
- Betriebliche Gesundheitsförderung als Instrument der Strukturreflexion und Strukturänderung, wie z. B. Delegation von Aufgaben, Erweiterung des individuellen Gestaltungsspielraumes, Erhöhung des Mitsprache- und Mitgestaltungsprozesses, flexibler Arbeitseinsatz, autonome Arbeitsgruppen etc.
- Managementmaßnahmen zum Aufbau einer gesundheitsförderlichen Organisation, wie z. B. Aufbau eines systematischen Beschwerdemanagements, offene Kommunikation etc.

Aus diesen drei strategischen Ansätzen können konkrete Handlungsfelder abgeleitet werden, die in Abb. 2 zusammengestellt sind.

Abb. 3 Basisinstrumente betrieblichen Gesundheitsmanagements

Quelle: Bundesverband für Gesundheitsförderung (1995), zitiert nach Westermayer & Stein 2006, S. 116

Instrumente und Verfahrensweise einer betrieblichen Gesundheitsmanagements

In der beruflichen Praxis haben sich bei der Einführung eines systematischen Gesundheitsmanagements verschiedenen Basisinstrumente bewährt, die aus Abbildung 3 zu ersehen sind.

Als vorrangige Instrumente für die Praxis wird der Dreiklang von **Arbeitskreis Gesundheit – Gesundheitsbericht – Gesundheitszirkel** empfohlen.

Zentral ist dabei die Einrichtung eines Steuerungsgremiums „Arbeitskreis Gesundheit“, das die Aufgaben der Projektsteuerung übernimmt und die verschiedenen Schritte von der Zielsetzung, Konzeption, Analyse, Maßnahmenentwicklung, Maßnahmenumsetzung bis hin zum Controlling begleitet.

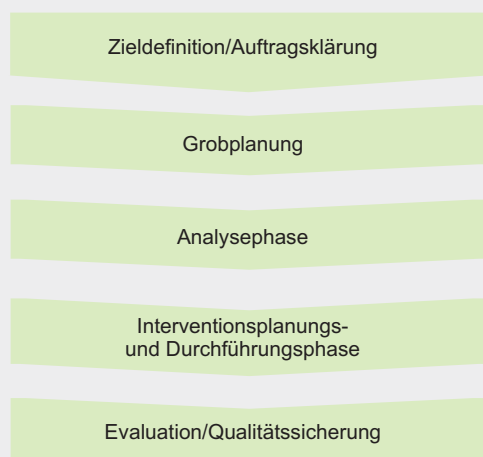
Hilfreich ist zudem ein schriftlicher Gesundheitsbericht als Dokument der Ergebnisse der Analysephase, um

- die Mitarbeiter zu informieren, zu sensibilisieren und zu Verhaltensänderungen zu motivieren,
- Handlungsbedarf für laufende Verhältnisänderungen bewusst zu machen und
- eine Referenzbasis für das spätere Controlling zu haben.

Als weiteres Element empfiehlt sich die Einrichtung eines Gesundheitszirkels, um die Erfahrungen, Vorschläge und Ideen der Mitarbeiter direkt mit einbinden zu können und die Partizipation der Beschäftigten sicherzustellen.

Maßnahmen der Gesundheitsförderung werden somit nicht nur „top-down“ vorgegeben, sondern sind – quasi im „Gegenstromprinzip“ – ebenso „bottom-up“ zu entwickeln. Die Implementierung des Gesundheitsmanagements erfolgt dabei nach den klassischen Schritten des Projektmanagements, wie in Abbildung 4 dargestellt.

Abb. 4 Schritte zur Implementierung des Gesundheitsmanagements



Quelle: Meifert & Kesting (Hrsg.) 2004, S. 36

Ansatzpunkte eines systematischen Gesundheitsmanagements im Statistischen Landesamt Sachsen

Ausgangssituation

Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben besteht im Statistischen Landesamt ein Arbeitsschutzausschuss, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung umfassend tätig wird. So fanden regelmäßig Arbeitsschutzbelehrungen, Schulungen zum Arbeitsschutz für alle Mitarbeiter und Arbeitsplatz- /Arbeitsraumbegehungen zur Überprüfung der Arbeitssicherheit und der Gesundheitsvorsorge (insbesondere bei PC-Arbeitsplätzen) statt. Der bestellte Arbeitsschutzbeauftragte widmet sich den Fragen des Arbeitsschutzes insgesamt und ist z. B. bei der Einrichtung neuer Arbeitsplätze und der Einführung neuer Arbeitsprozesse zu hören. Des Weiteren werden regelmäßig betriebsärztliche Untersuchungen (insbesondere zu arbeitsspezifischen Belastungen z. B. der Augen und der Rückenmuskulatur) angeboten.

Weitere kostenfreie Angebote sind:

- Gripeschutzimpfung
- Informationsveranstaltungen zu gesundheitsbezogenen Themen.

Zudem organisiert der Personalrat verschiedene Sportgruppen, die von den Mitarbeitern sehr gut angenommen werden.

Instrumente und Verfahrenswege

Die Einführung des systematischen Gesundheitsmanagements im Statistischen Landesamt erfolgt nach den Grundsätzen des Projektmanagements. Als vorrangige Instrumente werden der Arbeitskreis Gesundheit und zwei Gesundheitszirkel, die ausschließlich aus Mitarbeitern bestehen, gegründet.

Nachfolgend wird der gesamte Prozess im Überblick dargestellt:

(1) Vorschaltphase

Ziel dieser Phase ist, die Führungskräfte für die Notwendigkeit eines systematischen Gesundheitsmanagements zu sensibilisieren, Problembewusstsein zu schaffen und den notwendigen Handlungsbedarf zu erkennen. Zu diesem Zweck wurden der Themenkomplex und die Notwendigkeit des betrieblichen Handelns in Abteilungsleiter- und Referatsleiterrunden und in Mitarbeiterschreiben thematisiert und Informationen über Bedingungen in anderen Einrichtungen des Freistaates Sachsen eingeholt.

(2) Konzeptphase

In dieser Phase wurden die Ziele des Gesundheitsmanagements im Statistischen Landesamt konkretisiert, das gesamte Vorgehen geplant und die notwendigen Instrumente geschaffen. Konkret erfolgt dies in einem Kick-off-Workshop mit Abteilungs- und Referatsleitern und mündete u. a. in der Einrichtung eines Steuerkreises „Arbeitskreis Gesundheit“.

(3) Analysephase

Besonderes Anliegen dieser Phase war die Analyse der Ausgangssituation und das Erkennen und Herausarbeiten von Handlungsfeldern. Grundlage dafür waren die Analyse von AU-Daten und eine Mitarbeiterbefragung.

Wichtige Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung:

- 90 Prozent der Mitarbeiter fühlen sich sehr gut oder ziemlich gut über Arbeitsschutz informiert.
- Mehr als 50 Prozent denken, dass ihre Gesundheit durch die Arbeit gefährdet oder beeinträchtigt ist.
- Die am häufigsten genannten gesundheitlichen Beeinträchtigungen: Muskelbeschwerden im Schulter- und Nackenbereich, Probleme mit den Augen, Rückenschmerzen, Kopfschmerzen, Stress.
- Über acht Prozent der Mitarbeiter fühlen sich hoch burnoutgefährdet.

Fast zwei Prozent befinden sich in einer Burnout-Krise. Die Korrelation zwischen Burnoutgefährdung/Krise und

-Über- bzw. Unterforderung

-Mangel an Mitspracherecht

-Mangel an Wertschätzung

-Mangel an fairer Behandlung

war nicht signifikant.

Die Auswertung der AU-Daten zeigt ein etwas anderes Bild: Danach sind nicht Rücken-, Nacken- und Augenbeschwerden vorwiegende Krankheitsursache, sondern Kreislauf-, Atemwegs- und Magen-/ Darmerkrankungen. Der Einfluss psychischer Belastungen auf körperliche Symptombildung ist zu vermuten.

Insgesamt zeigen die Befunde durchaus einen Handlungsbedarf, sowohl seitens der einzelnen Mitarbeiter selbst (Verhaltensprävention) als auch seitens des Arbeitgebers.

(4) Maßnahmenentwicklung und -planung

Ziel dieser Phase ist die Entwicklung eines spezifischen Maßnahmenkataloges unter Beteiligung der Mitarbeiter. Zu diesem Zwecke wurden zwei Gesundheitszirkel gegründet. Dabei wurden – abgeleitet von den Ergebnissen der Mitarbeiterbefragung – diese arbeitsteilig mit dem besonderen Handlungsbedarf im Bereich „Verwaltung“ und im Bereich „Datenerhebung“ beauftragt. Auf die Einbeziehung von Führungskräften in diese beiden Gesundheitszirkel wurden bewusst verzichtet. Parallel dazu wurden in der Runde der Führungskräfte Vorschläge für Maßnahmen erarbeitet.

Im nächsten Schritt erfolgte die Zusammenführung dieser beiden Vorschläge, wobei sich zum überwiegenden Teil im Grundsatz eine sehr hohe Stimmigkeit zwischen den beiden Vorschlägen feststellen ließ.

Aus diesen beiden Beiträgen wird ein gemeinsamer Katalog möglicher Maßnahmen zusammengestellt. Anschließend erfolgt eine Diskussion und Bewertung der Vorschläge mit dem „Arbeitskreis Gesundheit“, Vertretern der „Gesundheitszirkel“, Führungskräften des Statistischen Landesamtes, Vertretern des Personalrates und externen Experten (Betriebsarzt,

Fachkraft für Arbeitssicherheit, Krankenkasse etc). Ziel dabei ist, aus einem umfassenden Katalog jene Maßnahmen herauszuarbeiten, die im Statistischen Landesamt konkret umgesetzt werden sollen.

Die Priorisierung der Maßnahmen erfolgt unter Beachtung der Parameter:

- Wirksamkeit der Maßnahmen für die Gesunderhaltung,
- Vereinbarkeit mit vorgegeben Rahmenbedingungen,
- Finanzierbarkeit,
- Akzeptanz durch Mitarbeiter und Führungskräfte.

Die konkreten Maßnahmen des Statistischen Landesamtes werden in Teil II näher ausgeführt.

(5) Maßnahmenumsetzung

Ziel dieser Phase ist es, die konkrete Umsetzung der ausgewählten Maßnahmen zu sichern, Evaluations- und Feedbackschleifen einzubauen und damit eine laufende Anpassung und Fortschreibung der Maßnahmen zu gewährleisten.

Zu diesem Zwecke baut der Arbeitskreis Gesundheit unter Beteiligung jeweils eines Vertreters aus den beiden Gesundheitszirkeln konkrete Maßnahmenlisten auf und gewährleistet die Umsetzung mit Hilfe des Projektmanagements. Dieser Prozess wird durch die Gesundheitszirkel begleitet. Dies geschieht im Rahmen der Berichterstattung und Diskussion jeweils an größeren Meilensteinen des Projektmanagements.

(6) Controlling

Bei der Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements ist sicherlich die Wirksamkeit der Maßnahmen zu überprüfen. Dies ist die Grundlage für eine mögliche Anpassung und Weiterentwicklung der Maßnahmen. Dabei soll im Statistischen Landesamt eine Kosten-Wirkungs-Analyse und eventuell eine erneute Mitarbeiterbefragung (analog der ersten Befragung) durchgeführt werden, um Veränderungen aus der Sicht der Mitarbeiter erkennen zu können.

Fazit

Die Leistungsfähigkeit des Statistischen Landesamtes steht und fällt in Zukunft mit einer leistungsfähigen – und in großen Teilen – älteren Belegschaft. Bei der Einführung weiterer Elemente des Gesundheitsmanagements geht es nicht darum, eine komplett neue „Baustelle“ zu eröffnen, sondern für das Thema „Gesundheitsförderung“ sowohl jeden Einzelnen zu sensibilisieren, was er für seine Gesunderhaltung tun kann, als auch schrittweise die Rahmenbedingungen im Amt selbst an diese Erfordernisse anzupassen. Wichtige betriebliche Handlungsfelder sind in der Praxis nicht nur die ergonomischen Fragen, sondern verstärkt Aspekte der Arbeitsorganisation, der Personalpolitik und der Führungskultur.

Als wesentlicher Gewinn eines systematischen Gesundheitsmanagements ist nicht nur der Aufbau von Arbeits- und Lebensbedingungen zu sehen, der der Gesunderhaltung der Mitarbeiter und Führungskräfte dient, sondern auch die Entwicklung einer neuen Qualität der Unternehmenskultur.

Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher,
Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Literaturverzeichnis:

- [1] Badura, Bernhard (2001). Zukünftige Arbeitswelten: Gesundheitsschutz und Gesundheitsmanagement. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Bereichen der Wirtschaft. Berlin, Heidelberg: Springer.
- [2] Westermayer, Gerhard & Bähr, Bernhard (Hrsg.). (1994). Betriebliche Gesundheitszirkel. Göttingen, Stuttgart: Verlag für Angewandte Psychologie.
- [3] Ulich, Eberhard & Wülser, Marc (2004). Gesundheitsmanagement in Unternehmen. Arbeitspsychologische Perspektiven. Wiesbaden: Gabler
- [4] Ducki, Antje & Greier, Bernd (1992). Gesundheit als Entwicklung von Handlungsfähigkeit. - Ein arbeitspsychologischer Baustein in einem allgemeinen Gesundheitsmodell. In: Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie, 36, S. 184 - 189.
- [5] Bertelsmann-Stiftung & Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.). (2004). Zukunftsfähige betriebliche Gesundheitspolitik. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- [6] Brandenburg, Uwe; Kuhn, Karl; Marschall, Bodo; Verkoyen, Carl (1996). Gesundheitsförderung im Betrieb. Bremerhaven: Wirtschaftsverlag NW.
- [7] Schoepe, Silke (2007). Gesundheitsmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Görlitz: Eigendruck.
- [8] Ulich, Christian & Bremer, Christian (Hrsg.). (1996). Gesundheitsmanagement in Unternehmen. Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler.
- [9] Westermayer, Gerhard & Stein, Bertolt A. (2006). Produktionsfaktor Betriebliche Gesundheit. Göttingen, Bern, Wien, Toronto, Seattle, Oxford, Prag: Hogrefe Verlag.

Wie wird das Wirtschaftswachstum ermittelt?

Erläuterungen zu den Ergebnisunterschieden zwischen den verschiedenen Berechnungsständen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

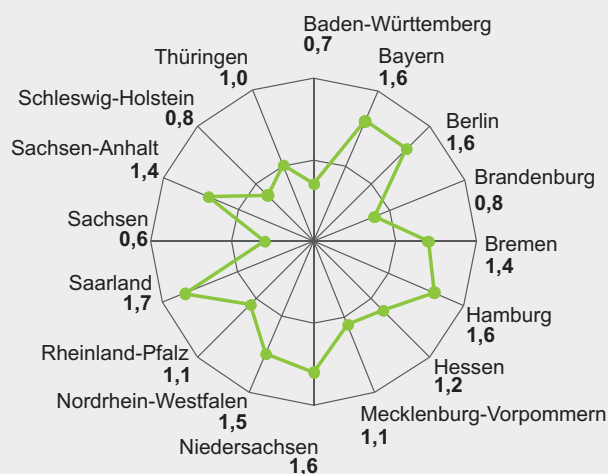
Vorbemerkungen

Die Daten zum Bruttoinlandsprodukt – der Summe der in einer Region produzierten neuen Waren und Dienstleistungen – stellen die umfassendsten Informationen zur Abbildung von Wirtschaftskraft und -entwicklung einer Region dar. Seitens der Datennutzer werden den Gesamtrechnern immer wieder Fragen nach der Genauigkeit der Ergebnisse und zu den Ursachen bzw. Hintergründen für die Ergebnisunterschiede zwischen den verschiedenen Berechnungsständen gestellt. Die sächsischen Ergebnisse – insbesondere für 2006 – unterlagen zuletzt deutlichen Abweichungen. Ziel des Aufsatzes ist es, diese Problematik näher zu erläutern.

Erste Ergebnisse

Am 6. Februar 2009 veröffentlichte der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGR dL) – ein gemeinsames Forum aller Statistischen Landesämter – erste Länderergebnisse des Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2008. Nach diesem Berechnungsstand wuchs das sächsische Bruttoinlandsprodukt 2008 gegenüber dem Vorjahr real, d. h. vom Einfluss der Preisentwicklung bereinigt, um 0,6 Prozent (vgl. Abb. 1). [1] Im Vergleich zum Zuwachs der bundesdeutschen Wirtschaft (1,3 Prozent [2]) verlief die Entwicklung in Sachsen nur unterdurchschnittlich.

Abb. 1 Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt 2008 nach Ländern¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



1) Berechnungsstand: Januar 2009 (VGR des Bundes)

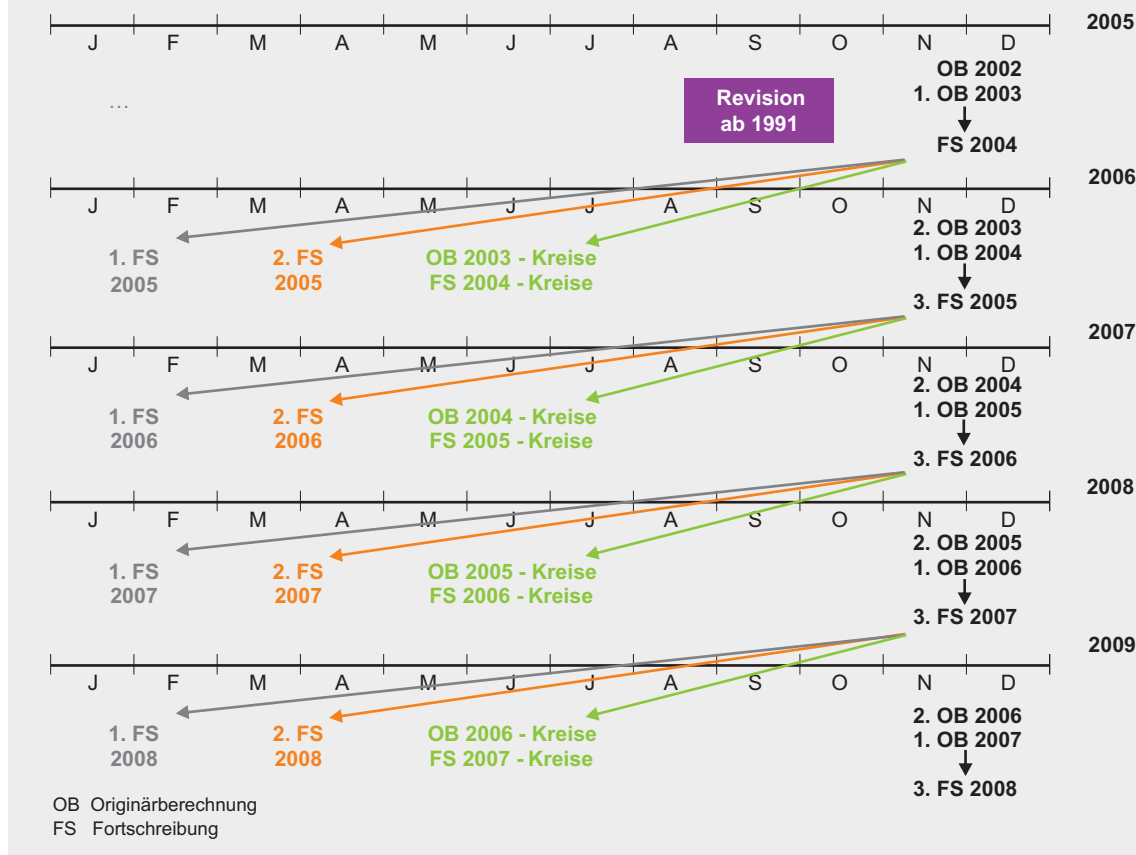
Die Veröffentlichung eines ersten Jahresergebnisses durch den AK VGR dL erfolgte damit bereits gut fünf Wochen nach Jahresende. Mit der frühen Veröffentlichung der von den Nutzern in Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie von den Konjunkturforschern geforderten hochaktuellen Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bewegt sich die amtliche Statistik im Spannungsfeld zwischen Aktualität und Genauigkeit. Da zu diesem ersten Veröffentlichungstermin von Länderdaten des Bruttoinlandsprodukts – jährlich Anfang Februar – noch nicht alle der für die Berechnungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erforderlichen Ausgangsdaten zur Verfügung stehen, werden die auf den Bundeswert abgestimmten Ergebnisse zunächst auf unvollständiger Datengrundlage berechnet, zum Teil erfolgen auch Schätzungen. [3] Bis Ende März wird dann das erste, vorläufige Ergebnis auf einer breiteren Datengrundlage überarbeitet.

Im Zuge der Finanzmarktkrise waren die Voraussetzungen für die Ermittlung erster vorläufiger Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt 2008 schwieriger als zu diesem Zeitpunkt in anderen Jahren. Zwar konnten diese zusätzlichen aktuellen Unwägbarkeiten in Teilbereichen des Verarbeitenden Gewerbes durch die kurzfristige Einbeziehung von Informationen zur Umsatzentwicklung bis einschließlich Berichtsmontat November begrenzt, aber vermutlich nicht vollständig kompensiert werden. Aus diesem Grund musste auf die bisher übliche Veröffentlichung vorläufiger Länderdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes (Industriekonjunktur) zu diesem ersten Termin verzichtet werden. [4] Mit der Veröffentlichung erster Wirtschaftsdaten Anfang Februar werden auch turnusmäßig überarbeitete Ergebnisse für frühere Jahre publiziert, wobei Abweichungen gegenüber den bisherigen Angaben zu verzeichnen sind.

Berechnungsphasen bei der Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts

Methodische Grundlage aller Berechnungen in den regionalen Gesamtrechnungen ist das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995), ergänzt um neue Konzepte, die im Zuge der letzten Revision umgesetzt worden sind. [5, 6] Die EU-weit anzuwendende ESGV-Ratsverordnung regelt des Weiteren die Lieferfristen für die Bereitstellung von Gesamtrechnungsergebnissen für europäische Zwecke. Im AK VGR dL erfolgen die verschiedenen Berechnungen arbeitsteilig.

Abb. 2 Berechnungsphasen des Bruttoinlandsprodukts auf der Regionalebene



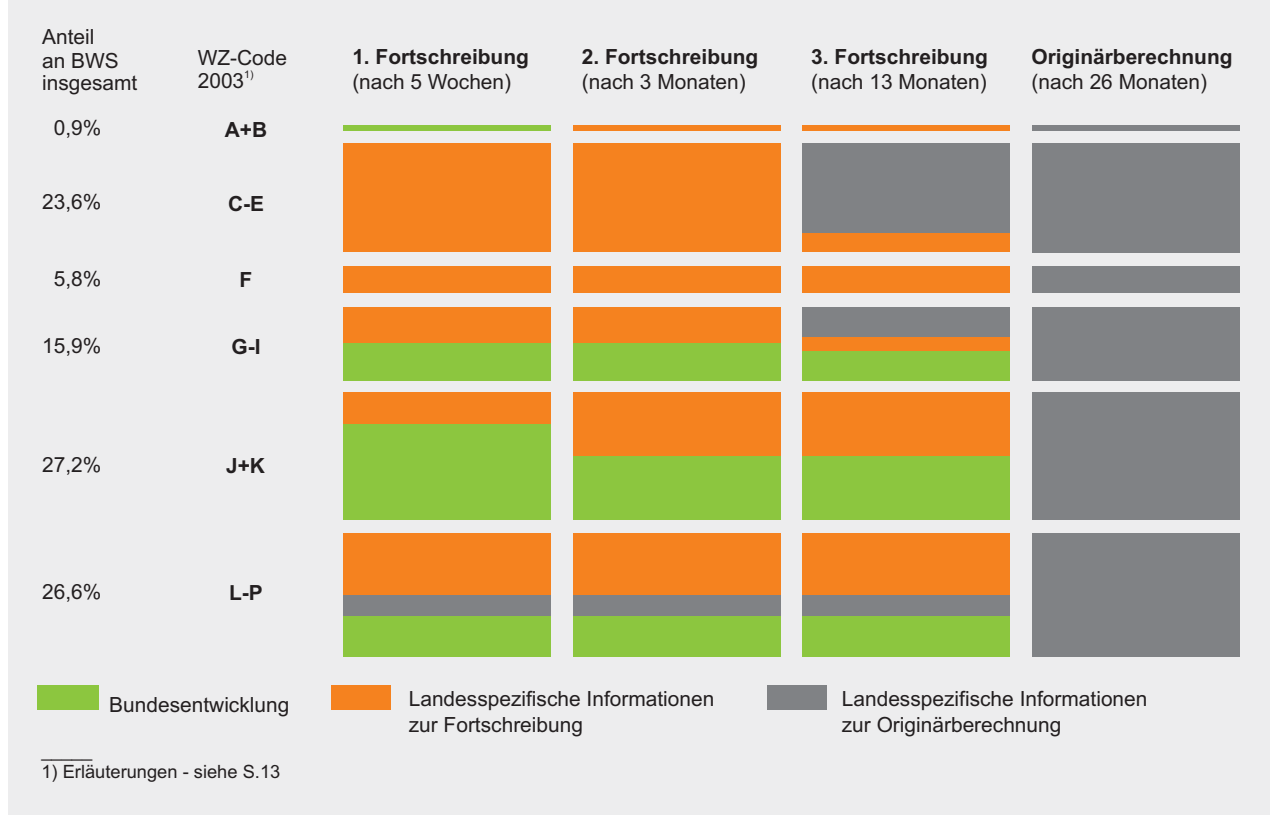
Um den Anforderungen der Datennutzer bezüglich hochaktueller Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, verläuft die entstehungsseitige Berechnung des Bruttoinlandsprodukts in verschiedenen Phasen. Im Einzelnen sind dies gegenwärtig drei Fortschreibungen mit unterschiedlichem zeitlichen Abstand zum Betrachtungsjahr sowie die Originärberechnungen (vgl. Abb. 2).

In den einzelnen Phasen finden sukzessive – über einen längeren Zeitraum – die jeweils verfügbaren Ausgangsdaten in den Berechnungen Eingang. Die Ergebnisse der Fortschreibungen tragen generell vorläufigen Charakter. Zunächst wird die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche mittels geeigneter länderspezifischer Indikatoren (z. B. Entwicklung der Umsätze) bzw. unter Zugrundelegung der Bundesentwicklung fortgeschrieben und zum Bruttoinlandsprodukt zusammengefasst (vgl. Abb. 3). Die ersten beiden Fortschreibungen für ein Jahr t stützen sich dabei auf die dritte Fortschreibung für das Jahr $t-1$. Diese fußt auf der ersten Originärberechnung für das Jahr $t-2$ (vgl. Abb. 2). Die vorläufigen Daten werden kontinuierlich aktualisiert. Die Fortschreibungsergebnisse werden später von den Ergebnissen der Originärberechnungen ersetzt, die sich auf eine weitgehend vollständige (regionalstatistische) Ausgangsdatenbasis stützen. Erste Originärberechnungsergebnisse können allerdings erst mit einer Verzögerung

von rund zwei Jahren bereitgestellt werden. Und erst nach etwa vier Jahren, wenn im Prinzip alle für die Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts erforderlichen Ausgangsdaten vollständig vorliegen, gelten die Ergebnisse als „endgültig“ – vorbehaltlich der in größeren zeitlichen Abständen – in der Regel aller fünf Jahre – notwendigen Anpassungen der Gesamtrechnungen an neue konzeptionelle und methodische Aspekte. Diese grundlegende Überarbeitung der Gesamtrechnungsergebnisse wird als Revision bezeichnet und umfasst in der Regel auch die Einarbeitung bislang nicht verfügbarer bzw. genutzter Datenquellen. Zuletzt war dies Ende 2005 der Fall (vgl. Abb. 2). Die überarbeiteten Regionalergebnisse wurden vom AK VGR dL im Jahr 2006 veröffentlicht.

Durch die sich von Berechnungsstufe zu Berechnungsstufe verbreiternde Datenbasis wird sukzessive auch eine Erhöhung der Veröffentlichungstiefe der Ergebnisse möglich. Werden zuerst nur Daten zum Bruttoinlandsprodukt publiziert, folgen später auch Wertschöpfungsergebnisse für verschiedene Wirtschaftsbereiche, zunächst für sechs Bereiche und danach in detaillierter Gliederung. Mit dem beschriebenen Berechnungsverfahren über mehrere Phasen und einer differenzierten Freigaberegulierung für die Ergebnisse stellt sich der AK VGR dL dem Anspruch nach äußerster Aktualität und größtmöglicher Absicherung der Endergebnisse durch Berücksichtigung sämtlicher verfügbarer Ausgangsdaten.

Abb. 3 Verfügbarkeit landesspezifischer Informationen in den einzelnen Berechnungsphasen der BIP-Entstehungsrechnung im AK VGR d L (Beispiel: Sachsen, 2006)



Jeder neue Berechnungsstand bedeutet, dass die Ergebnisse des vorhergehenden Standes überholt sind.

Ursachen für die Ergebnisabweichungen zwischen den verschiedenen Berechnungsständen

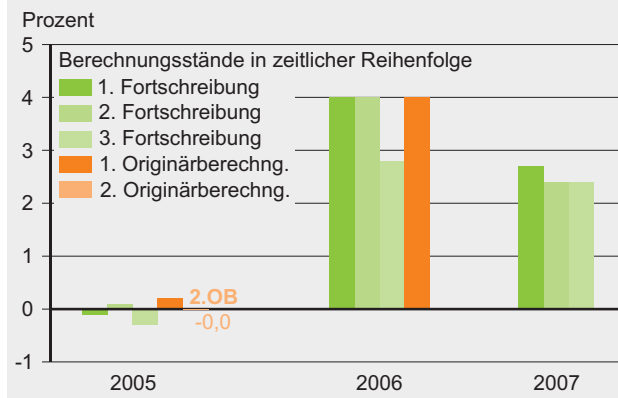
Die laufende Überarbeitung des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche über die verschiedenen Phasen der Fortschreibungen liegt im Länderkontext grundsätzlich in einem der hohen Aktualität und der jeweiligen Verfügbarkeit der Ausgangsdaten angemessenen und vertretbaren Rahmen. Bei den sächsischen Ergebnissen gab es insbesondere für das Jahr 2006 sehr deutliche Abweichungen zwischen der zweiten und dritten Fortschreibung (vgl. Abb. 4, 5 und 6). Dies führte zu vielen Rückfragen von Datennutzern. Im Rahmen eines im Sommer 2008 durchgeführten Kolloquiums wurde daher diese Problematik mit den Nutzern im Detail erörtert. [7] Die quantitativen Unterschiede zwischen den Fortschreibungs- und den späteren Originärberechnungsergebnissen waren dort ebenfalls Gegenstand der Diskussion. Diese Abweichungen sind kein neues Phänomen. Sie treten in unterschiedlicher Ausprägung regelmäßig auf. Aktuell ragen die Ergebnisse des Jahres 2006 auch hier wieder heraus. Daher soll dies näher erläutert werden.

Die quantitativen Unterschiede zwischen den zu verschiedenen Zeitpunkten ermittelten Gesamtergebnissen sind auf verschiedene Ursachen zurückzuführen:

- Änderung des Dateninputs, d. h. die Berücksichtigung neuer, zum vorherigen Berechnungsstand nicht verfügbarer Ausgangsdaten in der Regionalrechnung,
- methodische Unterschiede bei der Ermittlung der Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche in den verschiedenen Berechnungsphasen,
- Wirkungen des Koordinierungsverfahrens, bedingt durch unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen zwischen Bund und Ländern,
- Überarbeitung der so genannten Bundesseckwerte in der nationalen VGR,
- Nutzung unterschiedlicher methodischer Ansätze zur Deflationierung sowie
- Treffen notwendiger Annahmen im Fortschreibungsverfahren, die der tatsächlichen Entwicklung nicht entsprechen.

Ergebnisabweichungen sind allgemein auf mehrere Ursachen zurückzuführen, die sowohl in gleicher Richtung als auch gegensätzlich wirken können. Zu unterscheiden sind

- Abweichungen im Niveau der Wertgrößen für die einzelnen Berechnungsjahre sowie
- Abweichungen bei den nominalen bzw. den realen (preisbereinigten) Veränderungsraten.

Abb. 4 Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Sachsen zu verschiedenen Berechnungsständen

Änderung des Dateninputs und/oder methodische Unterschiede in der Regionalrechnung

In den verschiedenen Berechnungsphasen kommen – in Abhängigkeit von der verfügbaren Datenbasis – unterschiedliche methodische Ansätze zur Anwendung. Dies steht im Zusammenhang mit dem Aktualitätserfordernis. Änderungen des Dateninputs und/oder methodische Unterschiede in der Regionalrechnung zwischen den Berechnungsstufen können somit zu Niveaubabweichungen der neuen Ergebnisse gegenüber den bisherigen führen. Soweit möglich, werden von der ersten Fortschreibung an länderspezifische Informationen genutzt. Betrifft dies zunächst nur rund die Hälfte der Bruttowertschöpfung, so nimmt der Anteil der mittels länderspezifischer Informationen ermittelten Wertschöpfung sukzessive zu (vgl. Abb. 3). Das jeweilige methodische Vorgehen orientiert sich grundsätzlich an der zur Verfügung stehenden Datenbasis, insbesondere am Vorliegen regionalspezifischer Angaben. Soweit detaillierte Informationen zu den Vorleistungen verfügbar sind, werden diese genutzt. Beispielsweise ist dies im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes schon bei der dritten Fortschreibung der Fall, wo vorläufige Angaben zu den Vorleistungen, verbunden mit einer an die spätere Originärberechnung angelehnten Methodik zum Einsatz kommen. Diesbezüglich ist die Länderrechnung der Bundesrechnung methodisch einen Schritt voraus. Allerdings kann dieses Vorgehen zu größeren Ergebnisabweichungen führen, wie am Beispiel der Ergebnisse für Sachsen 2006 zu sehen ist (vgl. Abb. 5).

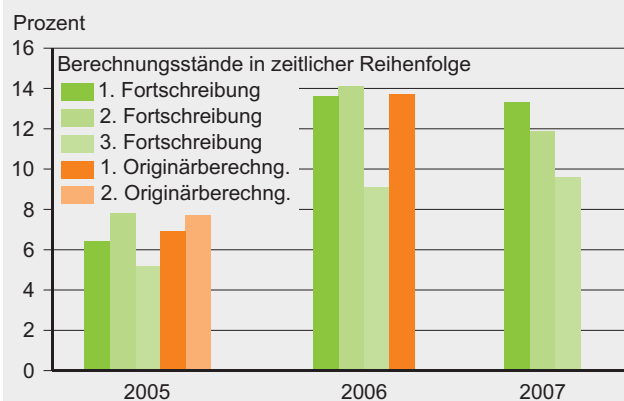
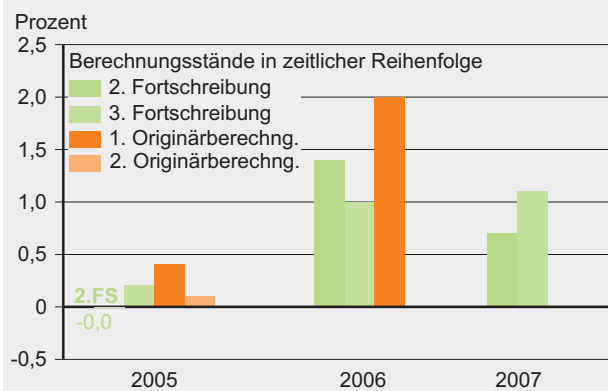
Wirkung der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen zwischen Bund und Ländern bei der Koordinierung

Die Fortschreibungsergebnisse der Bruttowertschöpfung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche stellen zunächst nur Näherungslösungen dar, die eine rechnerische Abstimmung mit den zum jeweiligen Stand stets früher vorliegenden Bundeswerten erfordern. Analog ist dies später bei den nach dem Bottom-up-Verfahren ermittelten Originärberechnungsergebnissen der Fall.¹⁾ Im Rahmen eines Korrekturverfahrens – der Koordinierung – wird die Über-

einstimmung zwischen der Summe der Länderwerte eines Aggregats und dem entsprechenden Bundeswert in tiefer wirtschaftsfachlicher Gliederung herbeigeführt. Auf dieser fachlichen Ebene ändert sich die relative Stellung der Länderwerte zum entsprechenden Wert aus der nationalen Rechnung je Wirtschaftsbereich durch das Koordinierungsverfahren nicht. Die verschiedenen regionalen Wirtschaftsstrukturen (vgl. Abb. 7) führen jedoch dazu, dass es auf aggregierter Ebene zu unterschiedlichen Auswirkungen des Koordinierungsverfahrens auf die Länderergebnisse kommt.

Bei der Ermittlung der Wertschöpfung nach der Top-down-Methode ist dieses Ausgleichsverfahren hingegen nicht notwendig, da hier – ausgehend vom so genannten Bundesseckwert – die Regionalisierung mittels

- 1) Die Regionalisierung von VGR-Aggregaten kann grundsätzlich nach zwei Verfahren erfolgen: der Bottom-up-Methode und der Top-down-Methode. Beide Methoden werden allerdings nur selten in reiner Form angewandt, so dass Mischformen üblich sind. Nähere Erläuterungen dazu – siehe [8].

Abb. 5 Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes für Sachsen zu verschiedenen Berechnungsständen**Abb. 6 Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung des Dienstleistungssektors für Sachsen zu verschiedenen Berechnungsständen**

geeigneter Indikatoren erfolgt. Auch hier bilden somit die Bundeseckwerte den Rahmen für die Regionalrechnung. Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich dann stets als Summe der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche, ergänzt um den Saldo aus Gütersteuern und -subventionen, der extra regionalisiert wird.

Überarbeitung der Bundeseckwerte

Veränderungen der Bundeseckwerte sind allgemein auf Änderungen des Dateninputs und/oder methodische Unterschiede in der Bundesrechnung zwischen den Berechnungsstufen zurückzuführen. Dabei gibt es insbesondere zwischen Fortschreibungen und Originärberechnung deutliche methodische Unterschiede. Die Originärberechnungsmethodik zur Wertschöpfungsermittlung kann aber erst dann zur Anwendung kommen, wenn die entsprechenden Ausgangsdaten vorliegen. Dabei handelt es sich insbesondere um detaillierte Informationen zu den Vorleistungen, die aus den Kostenstruktur- bzw. Strukturerhebungen gewonnen werden. Auf diese Daten kann in Einzelfällen frühestens nach zehn Monaten, im Allgemeinen jedoch erst 18 Monate nach Ende des Berichtsjahres zurückgegriffen werden. Damit sind auch in der Bundesrechnung unterschiedliche methodische Ansätze in Abhängigkeit von der zum jeweiligen Berechnungszeitpunkt verfügbaren Datenbasis unausweichlich, um dem Aktualitätserfordernis Rechnung zu tragen.

Nutzung unterschiedlicher methodischer Ansätze zur Deflationierung

Abweichungen bei den preisbereinigten Angaben sind des Weiteren durch unterschiedliche methodische Ansätze bei der Deflationierung bedingt. Das Vorgehen hier ist ebenfalls abhängig von den zum jeweiligen Berechnungszeitpunkt verfügbaren Informationen, hier speziell aus der Preisstatistik. Die eigentlich von Beginn an notwendige getrennte Deflationierung von Produktionswert und Vorleistungen (Verfahren der „doppelten Deflationierung“) ist im Prinzip erst im Zuge der Originärberechnung durchführbar (Bundesebene). Auf Länderebene kommt dieses Verfahren – mangels geeigneter Ausgangsdaten – nicht zur Anwendung. Die auf Bundesebene verfügbaren preisbereinigten Eckwerte werden daher – in tiefer fachlicher Gliederung – grundsätzlich nach der Top-down-Methode regionalisiert. Wirtschaftsstrukturelle Unterschiede zwischen dem Bund und den einzelnen Ländern haben dabei auf aggregierter Ebene einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Ergebnisse. Änderungen von preisbereinigten Bundeswerten zwischen zwei Berechnungsständen wirken sich daher häufig sehr unterschiedlich in den entsprechenden Länderwerten aus.

Korrektur der Annahmen bei der Fortschreibung durch die tatsächliche Entwicklung

Ferner kann es zu Ergebnisabweichungen kommen, wenn die bei den Fortschreibungen getroffenen Annahmen in

bestimmten Entwicklungsphasen nicht der tatsächlichen Entwicklung entsprechen. So setzt die Verwendung von Umsatzangaben zur Fortschreibung der Wertschöpfung, z. B. im Verarbeitenden Gewerbe, eine annähernde Konstanz der Vorleistungsquoten (Verhältnis von Vorleistungen zum Produktionswert) voraus. Dies ist aber nicht in jedem Fall gegeben. Damit kann es bei der ersten und zweiten Fortschreibung zunächst zu einer Über- oder Unterschätzung der Wertschöpfungsentwicklung in diesem Bereich kommen, was später – nach Vorliegen detaillierter Vorleistungsinformationen – zu entsprechenden Ergebniskorrekturen führt. Dieses Problem trat zuletzt in den Ergebnissen für 2006 auf. [9]

Abweichungen der aktuellen sächsischen Ergebnisse gegenüber dem letzten Stand

Ergebnisse für 2008

Die ersten vorläufigen Daten für 2008 (Ergebnis der ersten Fortschreibung) werden bis Ende März auf einer breiteren Datengrundlage überarbeitet (zweite Fortschreibung; vgl. Abb. 2). Wie am Beispiel des Jahres 2007 zu sehen ist, muss hier durchaus mit Abweichungen gerechnet werden (vgl. Abb. 4). Zum einen kann bei der zweiten Fortschreibung auf umfassendere landesspezifische Informationen zurückgegriffen werden. Beispielsweise fußt das Fortschreibungsverfahren im Verarbeitenden Gewerbe zunächst auf der Entwicklung des Umsatzes in den ersten zehn (2008: elf!) Monaten. Weitgehend vollständige Jahresangaben liegen erst zum Zeitpunkt der zweiten Fortschreibung vor. Die Anpassung aller Länderdaten an die dann ebenfalls aktualisierten Bundesergebnisse (in jeweiligen und in Vorjahrespreisen) stellt einen weiteren Einflussfaktor dar. Zusätzlich ist der Einfluss von Unwägbarkeiten infolge der Finanzmarktkrise zu beachten, die sowohl die Bundes- als auch die Länderrechnung tangieren.

Ergebnisse für 2007

Die im Ergebnis der dritten Fortschreibung ermittelte reale Veränderungsrate des sächsischen Bruttoinlandsprodukts zum Vorjahr (2,4 Prozent) unterscheidet sich nicht von dem zuvor veröffentlichten Ergebnis der zweiten Fortschreibung (vgl. Abb. 4). Die nominale Veränderungsrate (4,3 Prozent) liegt hingegen 0,2 Prozentpunkte unter der bisherigen. Für das Bruttoinlandsprodukt wird jetzt mit 92,747 Milliarden € [10] ein um 325 Millionen € höherer Wert ausgewiesen. Dass dies nicht zu einer höheren nominalen Veränderungsrate führt, ist auf den so genannten Basiseffekt zurückzuführen, hervorgerufen durch eine kräftige Niveauänderung des Vorjahresergebnisses (2006: Plus von knapp 500 Millionen € gegenüber dem letzten Stand).

Betrachtet man die neuen Wertschöpfungsdaten für die einzelnen Wirtschaftsbereiche, sind sowohl Unterschiede im Niveau als auch bei den Veränderungsraten

gegenüber den bisherigen Angaben zu verzeichnen. Beispielsweise kam es im Verarbeitenden Gewerbe zu einer Niveauerhöhung um fast 200 Millionen €. Hier wirkt sich zum einen das bereits an die Originärberechnung angelehnte methodische Vorgehen bei der dritten Fortschreibung, verbunden mit der Einbeziehung detaillierter Informationen zu den Vorleistungen, aus. Dieser Berechnungsansatz unterscheidet sich deutlich vom Vorgehen in den anderen Fortschreibungen. Zum anderen liegt – über das Koordinierungsverfahren – ein kräftiger Einfluss der Erhöhung des Bundeswertes vor, der gegenüber dem letzten Rechenstand um fast 11 Milliarden € zunahm. Somit kommt es zu einer deutlichen Erhöhung des sächsischen Wertschöpfungsniveaus. Die nominale Veränderungsrate liegt nun allerdings gut zwei Prozentpunkte unter der bisherigen. Dies ist auf einen Basiseffekt zurückzuführen, denn das Wertschöpfungsergebnis des Jahres 2006 erhöhte sich um fast 500 Millionen €. Preisbereinigt beträgt das Wachstum dieses Bereichs aktuell nur noch knapp ein Zehntel (vgl. Abb. 5), was maßgeblich durch einen Basiseffekt bestimmt wird.

Neben Niveauerhönungen der Bruttowertschöpfungsdaten des Jahres 2007 für mehrere Wirtschaftsbereiche – mit unterschiedlichen Auswirkungen auf die Veränderungsrate – verminderte sich im Zuge der neuen Fortschreibung in einigen Bereichen, z. B. im Baugewerbe, das Wertschöpfungsniveau. Letzteres ist hauptsächlich auf die Verringerung des Bundeswertes zurückzuführen.

Trotz zum Teil deutlicher Unterschiede der neuen Wertschöpfungsergebnisse gegenüber dem letzten Berechnungsstand blieb die reale Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts 2007 konstant. Bei den Ergebnissen für 2006 war dies zwischen der zweiten und der dritten Fortschreibung bekanntlich nicht der Fall. Damals verminderte sich die reale Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts um 1,2 Prozentpunkte (vgl. Abb. 4). Beide Beispiele zeigen, dass sich Ergebnisabweichungen bei den Wertschöpfungsdaten der Wirtschaftsbereiche – bedingt durch verschiedene Einflussfaktoren – sehr unterschiedlich auf die Veränderung von Niveau und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zwischen diesen beiden Fortschreibungen auswirken können.

Ergebnisse für 2006

Die im Zuge der Originärberechnung des sächsischen Bruttoinlandsprodukts ausgewiesene reale Wachstumsrate (4,0 Prozent) liegt deutlich über dem Ergebnis der letzten Fortschreibung (2,8 Prozent; vgl. Abb. 4). Nominal ist eine Abweichung von 0,7 Prozentpunkten festzustellen. Zudem erhöhte sich das Niveau des Bruttoinlandsprodukts um knapp 500 Millionen €. Diese Änderungen sind nicht allein auf die methodischen Unterschiede zwischen Fortschreibung und Originärberechnung und die jetzt fundierteren Ausgangsdaten für die Regionalrechnung zurückzuführen. Die neuen Ergebnisse werden maßgeblich durch die neuen Wertschöpfungsbundeswerte (Ori-

ginärberechnungsergebnisse) bestimmt, wobei sich die einzelnen Einflüsse sowohl verstärkt als auch gegenseitig überlagert haben.

Im gesamtdeutschen Maßstab verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) gegenüber dem letzten Fortschreibungsstand um 700 Millionen €. Dabei trugen nicht alle Wirtschaftsbereiche, wie z. B. der Dienstleistungsbereich, zu dieser Niveauminderung bei. Für das Verarbeitende Gewerbe wird im Zuge der Originärberechnung für 2006 eine merklich höhere Wertschöpfung als bisher bei der Fortschreibung ausgewiesen (Plus von nahezu 11 Milliarden €), was auf die Berücksichtigung nun erst verfügbarer detaillierter Ausgangsdaten, u. a. zu den Vorleistungen, sowie den methodischen Ansatz zurückzuführen ist. Aufgrund der wirtschaftsstrukturellen Spezifika wirken sich die Niveauänderungen der Bundeswerte – in Kombination mit weiteren Einflussfaktoren – in den sächsischen Wertschöpfungsergebnissen unterschiedlich aus (vgl. Abb. 7). Letztlich liegt das Wertschöpfungsniveau im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens jetzt knapp 500 Millionen € über dem bisherigen Fortschreibungsergebnis. Für den Dienstleistungsbereich wird ein Plus von 165 Millionen € ausgewiesen, obwohl sich der entsprechende Bundesdeckwert verminderte.

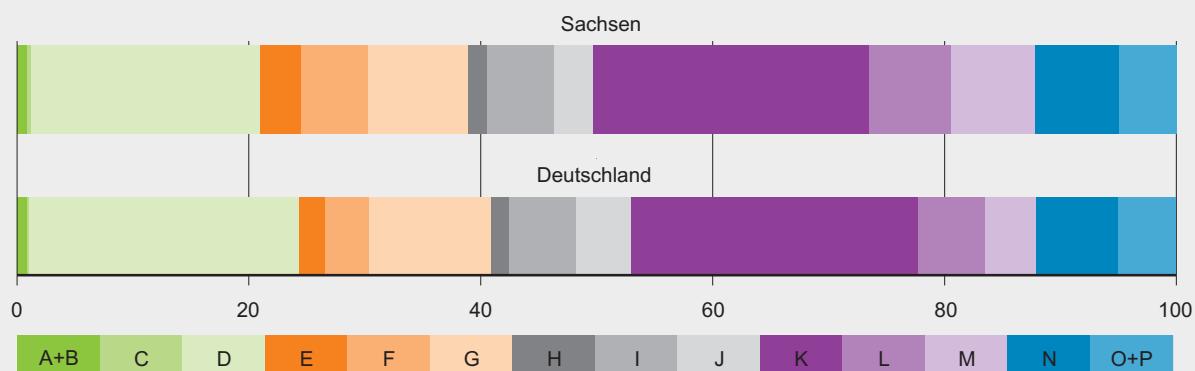
Beim Vergleich der Veränderungsrate sind dann grundsätzlich wieder Basiseffekte zu beachten. Im Verarbeitenden Gewerbe spielt dies weniger eine Rolle, da der spürbare Niveauanstieg in Sachsen mit einer um gut drei Prozentpunkte höheren nominalen Veränderungsrate korrespondiert. Preisbereinigt beträgt der Unterschied sogar nahezu fünf Prozentpunkte (vgl. Abb. 5), da zusätzlich Deflationierungseffekte vorliegen. Die unterschiedlichen Deflationierungsansätze zwischen Fortschreibung und Originärberechnung wirken sich – in Verbindung mit den Strukturunterschieden – in den aggregierten Wirtschaftsbereichs- und im Gesamtergebnis auf Länderebene verschieden aus. Für den Dienstleistungsbereich bleibt festzuhalten, dass die Unterschiede bei der nominalen Veränderungsrate 0,7 Prozentpunkte und real einen Prozentpunkt betragen (vgl. Abb. 6).

Im Zuge der Originärberechnung für 2006 liegen nicht nur für Sachsen deutliche Abweichungen zwischen diesen Ergebnissen und denen der letzten Fortschreibung vor. Obwohl sich die reale Veränderungsrate im Bundesmaßstab nur minimal um 0,1 Prozentpunkt auf drei Prozent erhöhte, weichen die Länderdaten zwischen beiden Berechnungsständen zum Teil merklich ab (Spannweite von -1,2 bis 1,7 Prozentpunkten). Dies ist hauptsächlich Ausdruck wirtschaftsstruktureller Unterschiede in den einzelnen Ländern und dadurch bedingter verschiedener Auswirkungen der Änderungen in der nationalen VGR.

Ergebnisse für 2005 und für frühere Jahre

Die Originärberechnungsergebnisse für das Jahr 2005 wurden turnusmäßig noch einmal überarbeitet. Als Ursachen für die Abweichungen gegenüber den bisherigen Daten

Abb. 7 Wirtschaftsstruktur in Sachsen und Deutschland 2006¹⁾
Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung in Prozent



1) Ergebnisse der Originärberechnung; Berechnungsstand: August 2008 (VGR des Bundes)

WZ-Code 2003	WZ-Bezeichnung
A + B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei
C - E	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
D	Verarbeitendes Gewerbe
E	Energie- und Wasserversorgung
F	Baugewerbe
G - I	Handel, Gastgewerbe und Verkehr
G	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern
H	Gastgewerbe
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
J + K	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister
L - P	Öffentliche und private Dienstleister
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung
M	Erziehung und Unterricht
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
O + P	Sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste

sind sowohl die Berücksichtigung präzisierte landesspezifischer Ausgangsinformationen als auch Änderungen der Bundeswerte zu nennen. So liegt zum Beispiel im Verarbeitenden Gewerbe eine Niveauerhöhung der gesamten deutschen Wertschöpfung von gut 4 Milliarden € vor. Über das Koordinierungsverfahren, verbunden mit präzisierten landesspezifischen Ausgangsdaten, führte dies zu einer Niveauerhöhung der sächsischen Bruttowertschöpfung in diesem Bereich um gut 30 Millionen €. Die nominale Veränderungsrate verminderte sich jedoch um 0,6 Prozentpunkte, da für den Wert 2004 eine noch deutlichere Niveauerhö-

hung vorliegt. Niveauänderungen gab es im Prinzip in allen Wirtschaftsbereichen. Insgesamt liegt eine Niveauminderung des Bruttoinlandsprodukts für 2005 in Sachsen von rund 170 Millionen € vor. Real wird jetzt mit -0,0 Prozent keine Veränderung zu 2004 ausgewiesen (vgl. Abb. 4). Beim Bruttoinlandsprodukt 2004 für Sachsen ist gegenüber dem letzten Berechnungsstand nur noch eine geringe Niveauerhöhung zu verzeichnen. Bei der realen Veränderungsrate zu 2003 liegt ein Plus von 0,3 Prozentpunkten gegenüber dem letzten Ergebnis vor. Der Umfang der Änderungen nimmt bei den Originärberechnungen in der Regel von Berechnungsstand zu Berechnungsstand ab, da sich die Ausgangsdaten grundsätzlich nur noch wenig ändern. Bei den Daten für 2003 und denen aller vorhergehenden Jahre gab es zuletzt keine Veränderungen mehr. Hier handelt es sich um die erwähnten „endgültigen“ Ergebnisse.

Zusammenfassung und Ausblick

Unterschiede zwischen den VGR-Ergebnissen der einzelnen Berechnungsstände sind auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, die sowohl in gleicher Richtung als auch gegensätzlich wirken können, d. h. deren Wirkungen sich verstärken und/oder überlagern können. Letztlich bestimmt die jeweils verfügbare Datenbasis die Durchführung der regionalen Gesamtrechnungen. Damit sind unterschiedliche methodische Ansätze zur Wertschöpfungsberechnung in den einzelnen Berechnungsphasen – Fortschreibungen und Originärberechnungen – unausweichlich, um dem Aktualitätserfordernis Rechnung zu tragen.

Abweichungen der Länderergebnisse zwischen einzelnen Berechnungsständen können durchaus nicht unproblematische Folgewirkungen haben. Beispielsweise betraf dies die preisbereinigten Wachstumsraten des sächsischen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2006. Zunächst wurde mit vier Prozent (Ergebnis der zweiten Fortschreibung;

Berechnungsstand Februar 2007) ein im Bundesmaßstab (2,7 Prozent) überdurchschnittlicher Zuwachs ausgewiesen. Im Ergebnis der dritten Fortschreibung (Berechnungsstand August 2007) lag nur noch ein Wachstum von 2,8 Prozent vor, d. h. die Steigerung lag unter dem bundesdeutschen Mittel von damals 2,9 Prozent. Die Originalberechnung für 2006 ergab nun einen vierprozentigen Zuwachs (Deutschland: 3,0 Prozent). Der regionale Vergleich der zu verschiedenen Berechnungsständen ermittelten Veränderungsdaten führt in diesem Fall zu gegensätzlichen Aussagen.

Der AK VGR dL ist bestrebt, die Qualität der Berechnungsergebnisse grundsätzlich weiter zu erhöhen. Für die Nutzung der VGR-Daten für Zwecke der Wirtschaftsanalyse und -prognose steht dabei die Verlässlichkeit der amtlichen Ergebnisse an erster Stelle. Dies wurde auf dem Dresdner Kolloquium im Sommer 2008 herausgearbeitet. Neben der Einführung neuer methodischer Ansätze – bei Eignungsprüfung aller zum jeweiligen Berechnungszeitpunkt verfügbaren Ausgangsdaten – wird es ggf. notwendig sein, die Berechnungszyklen den veränderten Bedingungen anpassen. Des Weiteren bedarf es bezüglich der frühzeitigen Berücksichtigung der Entwicklung der Vorleistungsquoten weiterer Überlegungen und Untersuchungen.

Änderungen der basisstatistischen Voraussetzungen können für die VGR mit spürbaren Konsequenzen verbunden sein. In diesem Kontext ist auf den im Zuge der Reform der Unternehmensstatistik sich abzeichnenden Paradigmenwechsel hinzuweisen. Künftig gilt es, auch im Bereich der Unternehmensstatistik verstärkt auf Verwaltungsdaten zurückzugreifen und Primärerhebungen nur dann durchzuführen, wenn die vorhandenen Daten für Statistikzwecke nicht ausreichen. Dies wird für die VGR Veränderungen nach sich ziehen und kann die Qualität der Berechnungsergebnisse beeinflussen.

Dr. Wolf-Dietmar Speich,
Referatsleiter Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes Sachsen vom 6. Februar 2009 zur Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2008.
- [2] Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 14. Januar 2009 zur Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2008.
- [3] Thalheimer, F.: Im Spannungsfeld zwischen Aktualität und Genauigkeit. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 10/2008, S. 15 - 21, hier S. 15f. und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder – Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse (Ausgabe 2007). Stuttgart, 2007, S. 9.
- [4] Erläuterungen zur 1. Fortschreibung 2008 unter: http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/info_1FS2008.asp (Internetangebot des Arbeitskreises VGR der Länder).
- [5] Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (Abl. Nr. L 310 vom 30. November 1996, S. 1).
- [6] Speich, W.-D.: Revision 2005 in den regionalen Gesamtrechnungen. In: Statistik in Sachsen, 2/2006, S. 38 - 46.
- [7] Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes Sachsen vom 15. Juli 2008: Erfahrungsaustausch zwischen Datennutzern und amtlichen Statistikern.
- [8] Speich, W.-D.: Methodik der Berechnung der Bruttowertschöpfung in den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unter besonderer Berücksichtigung der Dienstleistungsbereiche. In: Statistik in Sachsen, 2/2003, S. 30 - 52, hier S. 36ff.
- [9] Vogt, G.: Zur Revision der VGR-Daten für das Bundesland Sachsen im Jahr 2006. In: ifo Dresden berichtet, 5/2008, S. 43 - 47, hier S. 46.
- [10] Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007; Vorabversion zu Reihe 1, Band 1 der Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises VGR der Länder, Stuttgart, Februar 2009.

Untersuchungen zur Eignung der Gewerbemeldungstätigkeit als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung

Ausgangsüberlegung

Nicht selten werden statistische Daten, die Fallzählungen darstellen, als Indikatoren benutzt, um damit eine „wirtschaftliche Entwicklung“ zu belegen. Hierzu zählen auch die Gewerbeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen. Ähnlich gelagerte Merkmale sind Betriebs- oder Unternehmenszahlen, die Zahl von erteilten Genehmigungen oder Ähnliches. Unberücksichtigt bleibt dabei nicht selten die hinter dem jeweiligen Einzelfall stehende „Größe“. („Größe“ steht hier als Stellvertreter für die jeweils in Betracht kommenden echten quantifizierenden Merkmale – Umsatz, Baukosten, Beschäftigtenzahl, Kapazität, Produktionsleistung und anderes mehr.)

Völlig unproblematisch sind Fallzählungen, die sich auf faktisch gleichartige und gleich große Einheiten beziehen, z. B. natürliche Personen, wie sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Erwerbstätige, Arbeitslose und Ähnliche. Solche Fallzählungen sind in dieser Untersuchung nicht angesprochen.

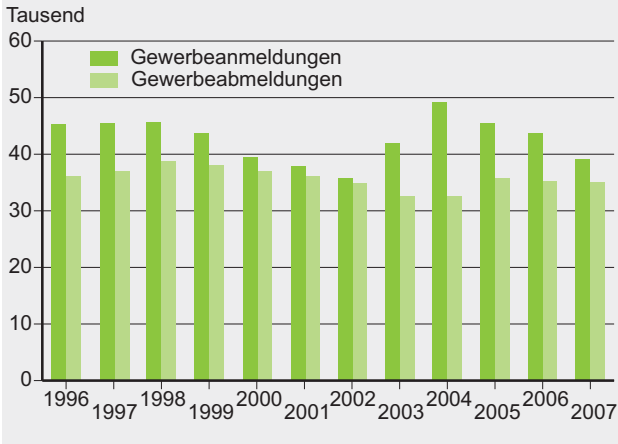
Statistik der Gewerbemeldungen und Statistikregister

Die Gewerbemeldungen werden in einer Reihe von Statistischen Landesämtern, so auch in Sachsen, in zweifacher Weise verarbeitet. Zum einen erhalten die Statistischen Ämter der Länder die Gewerbemeldungen gemäß § 14 Abs. 9 Punkt 9 der Gewerbeordnung (GewO) [1] „zur Führung des Statistikregisters“ und können sie zur Pflege des Bestandes des statistikinternen Unternehmensregisters nutzen. Das ist jedoch ziemlich aufwändig, da es in Deutschland (noch) keine einheitliche Wirtschaftsnummer zur Identifikation der Einheiten gibt und deshalb diese Nutzung der Gewerbemeldungen auf das Dringendste bzw. Machbare reduziert werden muss. Zum anderen, dem Grundanliegen der Übersendung der Gewerbemeldungen entsprechend, erstellen die Statistischen Ämter monatlich die Statistik der Gewerbean- und -abmeldungen. Ihr Zweck besteht in der näherungsweise Beobachtung der Existenzgründertätigkeit (vgl. Abb. 1). Genauer dazu kann im vierteljährlich erscheinenden Statistischen Bericht nachgelesen werden. [2] Die Art und Weise, wie Gewerbemeldungen im statistikinternen Unternehmensregister „Unternehmensregistersystem 95 – URS 95“ in Sachsen verarbeitet werden, soll zum Verständnis kurz umrissen werden. Dabei ist zu beachten, dass die Herangehensweisen in den Bundesländern unterschiedlich sind und teilweise die Gewerbemeldungen überhaupt nicht zur Pflege des

URS 95 herangezogen werden. Die Gewerbemeldungsstatistik verarbeitet die Gewerbemeldungen monatlich, so wie sie den Statistischen Landesämtern übermittelt werden. Im URS 95 werden die Gewerbemeldungen in Sachsen bereichsabhängig verarbeitet: Gewerbeabmeldungen für Wirtschaftsbereiche mit Vollerhebungen bzw. Teilerhebungen mit Abschneidegrenzen wie im Produzierenden Gewerbe werden in der Regel zeitnah registerwirksam. Gewerbeabmeldungen für alle übrigen Bereiche werden, wenn überhaupt leistbar, erst nach der bisher jährlichen Verarbeitung von Verwaltungsdaten (hier: Datei der umsatzsteuervoranmeldepflichtigen Unternehmen und der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit mit Angaben zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) mit einem Zeitverzug von mindestens zwei Jahren verarbeitet. Die identifizierten Wirtschaftseinheiten werden im URS 95 als erloschen markiert. Gewerbeanmeldungen werden ebenfalls dann zeitnah registerwirksam, wenn die Gewerbeeinheit aufgrund ihres Wirtschaftszweiges (Zugehörigkeit zum Produzierenden Gewerbe) einer Einbeziehung zu Statistiken unterliegt. Diese Wirtschaftseinheiten erscheinen als aktive Einheiten im Statistikregister. Die Existenzgründungen der übrigen Bereiche werden erst dann registerwirksam, wenn sie aufgrund ihrer Meldung in anderen Verwaltungen (Umsatzsteuervoranmeldung, Entrichtung von Sozialbeiträgen) ihre wirtschaftliche Relevanz nachgewiesen haben.¹⁾ Das geschieht auf Grund des Melde- und Verarbeitungsweges bisher mit einer zeitlichen Verzögerung von bis zu zwei Jahren. Registereinheiten, die zu keiner Statistik (mehr) auskunftspflichtig sind und für die es über mehrere Jahre hinweg keine Hinweise auf nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeit gibt, werden im Statistikregister nach einiger Zeit damit gekennzeichnet, dass sie ihre (wirtschaftlich relevante) Tätigkeit beendet haben (Anwendung des so genannten Stilllegungskonzepts, auch wenn eine entsprechende Gewerbeabmeldung nicht vorliegt).

Zwischen den Fällen in der Gewerbemeldungsstatistik und den Einheiten im Statistikregister gibt es damit keine generelle Verknüpfung. Das heißt, es lässt sich nicht feststellen,

1) Davon kann grundsätzlich ausgegangen werden, wenn die Wirtschaftseinheit sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aufweist und/oder mit ihrem Umsatz in der Umsatzsteuerstatistik enthalten ist. Das ist der Fall, wenn die Abschneidegrenze von 17 500 € steuerbarer Umsatz jährlich überschritten wird. Darüber hinaus kann aufgrund weiterer Informationen unterstellt werden, dass die Einheit die Bedingung erfüllt, z. B. wenn eine Eintragung im Handelsregister vorliegt oder eine Anmeldung bei der Handwerkskammer bzw. Industrie- und Handelskammer erfolgte.

Abb. 1 Gewerbebean- und Gewerbeabmeldungen 1996 bis 2007

ob ein konkretes zu einem Zeitpunkt angemeldetes Gewerbe irgendwann ein gewisses wirtschaftliches Gewicht erreicht hat oder wann es wieder abgemeldet wurde.

Gewerbemeldungen insgesamt

Gewerbemeldungen nach Art der Meldung

Bei den Gewerbemeldungen wird zwischen Neuerrichtungen/Aufgaben (Neugründungen/vollständige Aufgaben und Gründungen/Schließungen nach dem Umwandlungsgesetz, z. B. Verschmelzung, Spaltung) Zuzügen/Fortzügen (eines bestehenden Betriebes aus einem/in einen anderen Gewerbeamtsbezirk) und Übernahmen/Übergaben (z. B. Rechtsformenwechsel, Gesellschafterein- und -austritt, Erbfolge, Kauf/Verkauf, Pacht/Verpachtung) unterschieden (vgl. Tab. 1 und Abb. 2 bis 5). Übergaben und Übernahmen können unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsentwicklung vernachlässigt werden. Bei Zuzügen und Fortzügen ist die Zahl der Fortzüge etwas höher. Die Differenz liegt jedoch bis in den Jahren 2001 und 2002 in einer vergleichbaren Größenordnung von weniger als 500 Fällen (vgl. Tab. 2).²⁾

Tab. 1 Gewerbemeldungen 1996 bis 2007 nach dem Grund der Meldung

Jahr	Anmeldungen						Abmeldungen					
	insgesamt	davon					insgesamt	davon				
		Neuerichtung	davon		Zuzug	Übernahme		Aufgabe	davon		Fortzug	Übergabe
			Neugründung	Umwandlung					vollständige Aufgabe	Umwandlung		

Zahl der Gewerbemeldungen

1996	45 337	35 675	x	x	2 826	6 836	36 167	26 941	x	x	3 141	6 085
1997	45 484	36 220	x	x	2 780	6 484	36 995	27 992	x	x	3 240	5 763
1998	45 582	36 973	x	x	2 367	6 242	38 819	30 722	x	x	2 850	5 247
1999	43 714	35 933	x	x	2 004	5 777	37 968	30 775	x	x	2 344	4 849
2000	39 433	32 355	x	x	1 742	5 336	36 981	30 319	x	x	2 225	4 437
2001	37 926	31 720	x	x	1 520	4 686	36 090	30 186	x	x	2 145	3 759
2002	35 681	30 272	x	x	1 069	4 340	34 931	29 577	x	x	1 767	3 587
2003	41 952	37 543	37 313	230	1 876	2 533	32 600	27 999	27 783	216	2 209	2 392
2004	49 171	43 903	43 564	339	2 424	2 844	32 630	27 286	26 933	353	2 830	2 514
2005	45 386	39 990	39 738	252	2 592	2 804	35 776	30 381	30 084	297	3 013	2 382
2006	43 736	38 164	37 853	311	2 851	2 721	35 256	29 801	29 433	368	3 105	2 350
2007	39 038	33 397	32 981	416	2 988	2 653	34 965	29 248	28 810	438	3 341	2 376

Veränderung zum Vorjahr in Prozent

1997	0,3	1,5	x	x	- 1,6	- 5,1	2,3	3,9	x	x	3,2	- 5,3
1998	0,2	2,1	x	x	- 14,9	- 3,7	4,9	9,8	x	x	- 12,0	- 9,0
1999	- 4,1	- 2,8	x	x	- 15,3	- 7,4	- 2,2	0,2	x	x	- 17,8	- 7,6
2000	- 9,8	- 10,0	x	x	- 13,1	- 7,6	- 2,6	- 1,5	x	x	- 5,1	- 8,5
2001	- 3,8	- 2,0	x	x	- 12,7	- 12,2	- 2,4	- 0,4	x	x	- 3,6	- 15,3
2002	- 5,9	- 4,6	x	x	- 29,7	- 7,4	- 3,2	- 2,0	x	x	- 17,6	- 4,6
2003	17,6	24,0	x	x	75,5	- 41,6	- 6,7	- 5,3	x	x	25,0	- 33,3
2004	17,2	16,9	16,8	47,4	29,2	12,3	0,1	- 2,5	- 3,1	63,4	28,1	5,1
2005	- 7,7	- 8,9	- 8,8	- 25,7	6,9	- 1,4	9,6	11,3	11,7	- 15,9	6,5	- 5,3
2006	- 3,6	- 4,6	- 4,7	23,4	10,0	- 3,0	- 1,5	- 1,9	- 2,2	23,9	3,1	- 1,3
2007	- 10,7	- 12,5	- 12,9	33,8	4,8	- 2,5	- 0,8	- 1,9	- 2,1	19,0	7,6	1,1

Anmerkung: Neugründungen/vollständige Aufgaben und Umwandlungen werden erst ab 2003 in der Statistik der Gewerbemeldungen erfasst.

Tab. 2 Salden der Gewerbean- und -abmeldungen 1996 bis 2007 nach ausgewählten Gründen der Meldung

Jahr	Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen insgesamt	Davon		
		Neuerrichtungen und Aufgaben	Zuzüge und Fortzüge	Übernahmen und Übergaben
1996	9 170	8 734	- 315	751
1997	8 489	8 228	- 460	721
1998	6 763	6 251	- 483	995
1999	5 746	5 158	- 340	928
2000	2 452	2 036	- 483	899
2001	1 836	1 534	- 625	927
2002	750	695	- 698	753
2003	9 352	9 544	- 333	141
2004	16 541	16 617	- 406	330
2005	9 610	9 609	- 421	422
2006	8 480	8 363	- 254	371
2007	4 073	4 149	- 353	277

Um eine wirtschaftliche Entwicklung abzubilden, ist den Neugründungen bzw. Betriebsaufgaben gegenüber den Gesamtzahlen der Gewerbeanmeldungen zweifelsfrei der Vorrang einzuräumen. Für Sachsen zeigt sich im Beobachtungszeitraum – zweifellos etwas grob vereinfacht –, bei den Gewerbeanmeldungen und Neuerrichtungen einerseits als auch den Gewerbeabmeldungen und Betriebsaufgaben andererseits kaum eine unterschiedliche Entwicklungstendenz. Zumindest lassen sich aus den zwei Jahren mit Unterschieden (1999 und 2004 auf der Abmeldungsseite) keine grundsätzlichen Schlüsse ziehen. Auch die absoluten Beträge der Veränderungsraten weichen nur relativ wenig voneinander ab (vgl. Tab. 3).

Tab. 3 Ausgewählte Indikatoren 1997 bis 2007 (Veränderung zum Vorjahr in Prozent)

Jahr	BIP preisbereinigt, verkettet	Erwerbstätige	Gewerbeanmeldungen	Darunter		Gewerbeabmeldungen	Darunter	
				Neuerrichtungen			Aufgaben	
1997	0,2	-1,4	0,3	1,5		2,3	3,9	
1998	0,6	-0,1	0,2	2,1		4,9	9,8	
1999	2,3	0,3	-4,1	-2,8		-2,2	0,2	
2000	0,5	-0,5	-9,8	-10,0		-2,6	-1,5	
2001	1,7	-1,6	-3,8	-2,0		-2,4	-0,4	
2002	2,3	-1,2	-5,9	-4,6		-3,2	-2,0	
2003	1,5	-0,5	17,6	24,0		-6,7	-5,3	
2004	1,7	0,3	17,2	16,9		0,1	-2,5	
2005	0,2	-0,9	-7,7	-8,9		9,6	11,3	
2006	2,8	0,9	-3,6	-4,6		-1,5	-1,9	
2007	2,4	1,7	-10,7	-12,5		-0,8	-1,9	

Berechnungsstand BIP und Erwerbstätige: Februar 2008 (VGR des Bundes und der Länder)

Vergleicht man nun die jährlichen Veränderungen bei den Gewerbeanmeldungen mit den Indikatoren Bruttoinlandsprodukt (Veränderung preisbereinigt, verkettet) und Erwerbstätige, so zeigt sich retrospektiv, dass das Bruttoinlandsprodukt Sachsens ab 1997 – dem ersten Jahr, für das dieser Entwicklungsvergleich möglich ist – durchgehend eine steigende Tendenz hat, während die Zahlen der Gewerbeanmeldungen bzw. der Neuerrichtungen nur 1997 und 1998 stiegen, dann aber rückläufig waren – außer in den Jahren 2003 und 2004, in denen die Gewerbeanmeldungen und Neuerrichtungen geradezu exorbitant im zweistelligen Bereich stiegen!

Auch im Vergleich zur Entwicklung der Erwerbstätigen zeigt die Entwicklung der Zahlen der Gewerbeanmeldungen keine Übereinstimmung, beziehungsweise sie ist zufällig in einzelnen Jahren gegeben. Betrachtet man nur die Entwicklung der Zahl der Selbstständigen (und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen), so ist auch bei diesem Merkmal keine Korrelation zur Entwicklung der Gewerbeanmeldungen vorhanden. Die Zahl der Selbstständigen (und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen) stieg im Untersuchungszeitraum seit 1997 jeweils im Vorjahresvergleich durchgängig bis 2006 an, wobei die Zuwachsraten durchaus schwankten. Lediglich 2007 ging sie leicht zurück. Das heißt, die Zunahme der Zahl der Selbstständigen (und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen) ist in Sachsen eher als ein struktureller Prozess zu sehen, der auch in Jahren mit rückläufigen Erwerbstätigenzahlen insgesamt voranschreiten kann.

Es wird somit deutlich, dass die Gewerbeanmeldungen insgesamt eine Entwicklung zeigen, die nicht mit der wirtschaftlichen Entwicklung korreliert.

Ziele der Gewerbeanmeldungen

Wenn ein Gewerbe zum Wirtschaftswachstum beitragen soll, muss es, wie bereits weiter oben beschrieben, ein gewisses wirtschaftliches Gewicht haben. Das ist kein genau definiertes Kriterium, für Zwecke des Unternehmensregisters wurde es jedoch unteretzt (siehe oben). Damit verbunden ist auch, dass die Ausübung eines Gewerbes mit der Idee einer Gewinnerzielung erfolgt. Oder mit anderen Worten: Es muss jemand „wertschöpfend tätig werden“, so dass ein „Wert“ entsteht, der ohne dieses in Rede stehende Gewerbe nicht „geschöpft“ worden wäre (erwerbswirtschaftliches Prinzip).

Es darf unterstellt werden, dass aber auch andere Gründe bzw. Ziele existieren, warum jemand ein Gewerbe zu einem bestimmten Zeitpunkt anmeldet. Neben den beschriebenen

- 2) Es ist plausibel, dass die Zahl der Fortzüge höher ist als die der Zuzüge. Denn nicht jeder fortgezogene Gewerbetreibende meldet sich auch wirklich in einem anderen Gewerbebezirk an. Manche Fortzüge sind faktisch Abmeldungen. Es ist auch zu beachten, dass es sich hier um Summen von Betriebsverlegungen handelt, bei denen Verlegungen innerhalb Sachsens und über die Landesgrenzen hinaus nicht unterschieden werden können.

Abb. 2 Gewerbebeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen 1996 bis 2007 (Monatswerte)

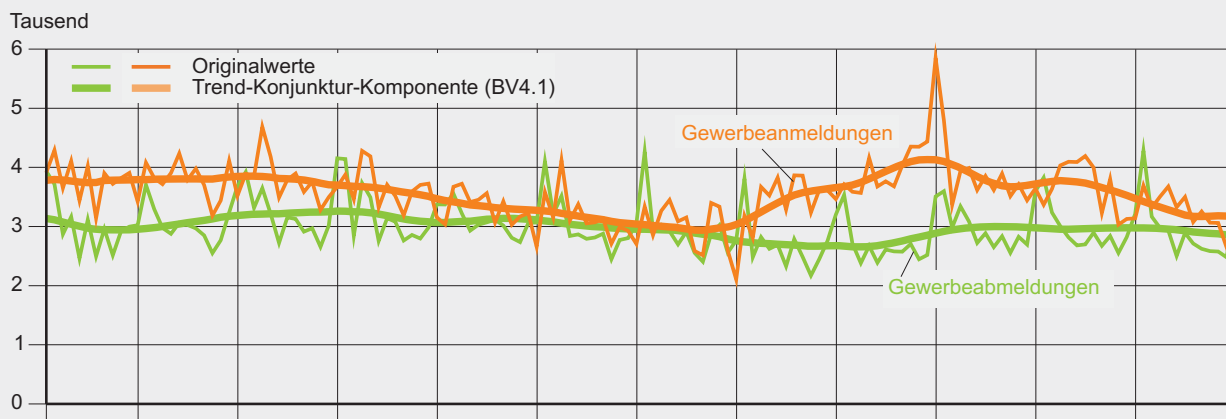


Abb. 3 Neuerrichtungen und Aufgaben von Gewerben 1996 bis 2007 (Monatswerte)

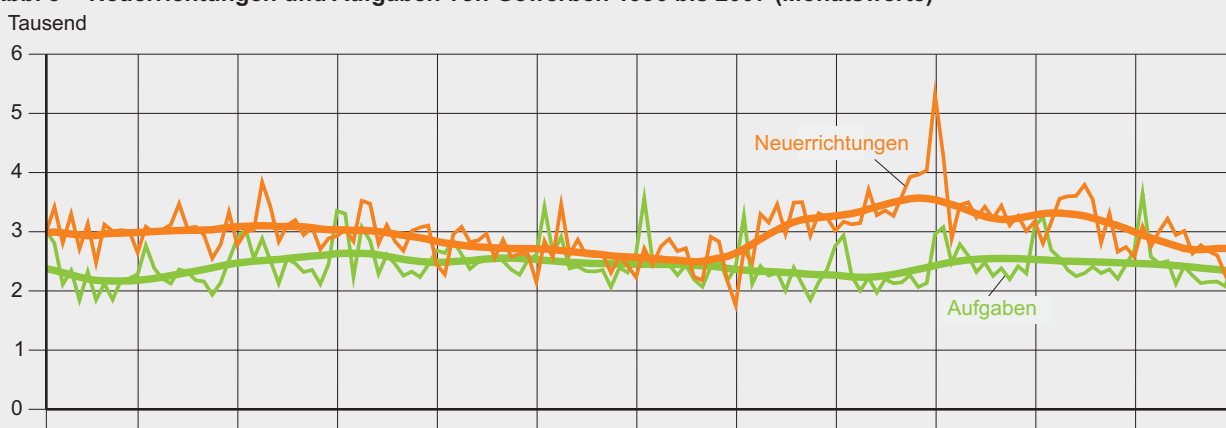


Abb. 4 Zuzüge und Fortzüge von Gewerben 1996 bis 2007 (Monatswerte)

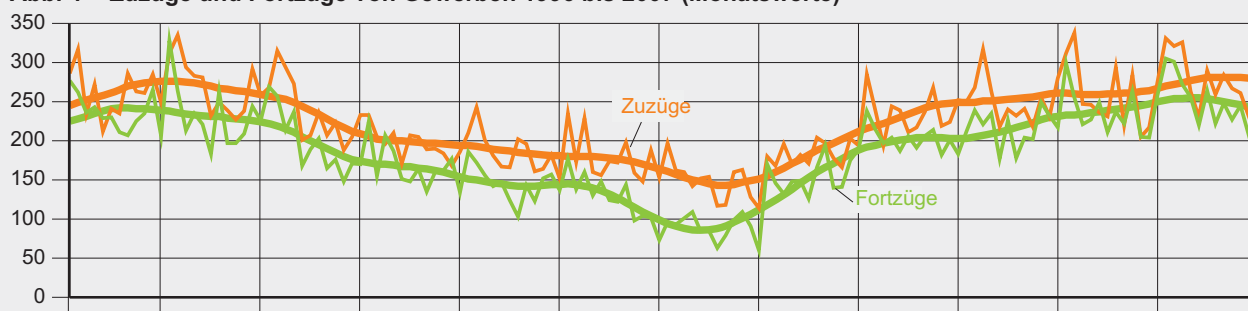
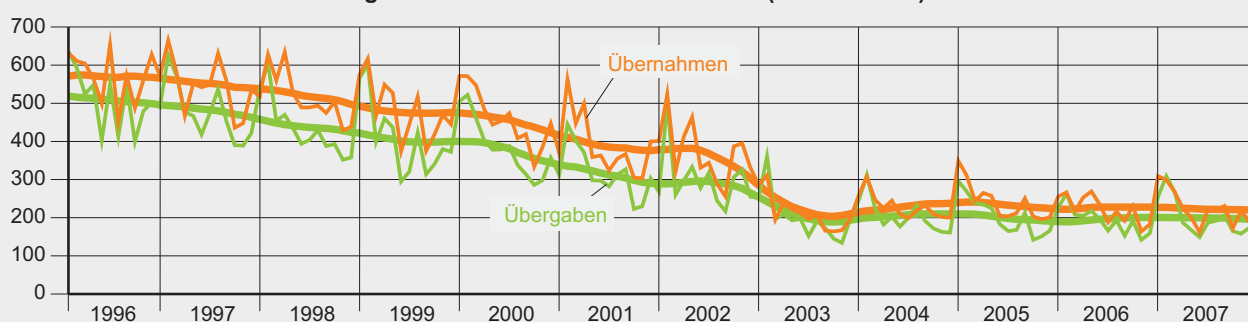


Abb. 5 Übernahmen und Übergaben von Gewerben 1996 bis 2007 (Monatswerte)



wirtschaftlichen Zielen (Bestreiten des Lebensunterhaltes, Gewinnerzielung) können es aber auch juristisch-wirtschaftliche Impulse und Ziele sein (z. B. neue oder geänderte Gesetzeslagen) oder auch sozial determinierte Impulse, was im Einzelnen an dieser Stelle jedoch nicht im Detail erörtert werden soll. Die Aufzählung erhebt auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Gewerbe, die aus solchen Gründen entstehen, „schöpfen Werte“, die möglicherweise auch ohne diese Gewerbebeanmeldungen zu Stande gekommen wären, tragen in einer nicht wirklich messbaren Weise zur Wertschöpfung bei oder tragen tatsächlich nicht dazu bei. In letzterem Fall kann der Gewerbebeanmeldung kurz- oder mittelfristig die Gewerbeabmeldung folgen.

Die Abbildungen 2 und 3 zeigen, das sowohl die Zahlen der Gewerbebeanmeldungen als auch der Neuerrichtungen bis Ende 2002 tendenziell sanken.³⁾ 2003 und 2004 stiegen diese Merkmale tendenziell an und erreichten im Dezember 2004 ihr jeweiliges Maximum. Die Ursache für diese Trendwende ist im In-Kraft-Treten der sogenannten Hartz-Gesetze zu suchen. Mit Hartz II konnten Arbeitslose einen Existenzgründungszuschuss („Ich-AG“) erhalten. [3] Dieser Existenzgründungszuschuss wurde regelmäßig bis Mitte 2006 gezahlt, danach nur noch in den Fällen, wo schon vorher ein Anspruch bestanden hatte (sogenannte Altfälle). Ab 1. Juli bzw. 1. August 2006 wurde der Existenzgründungszuschuss (und das Überbrückungsgeld) durch den Gründungszuschuss für ALG-I-Empfänger abgelöst. [4] Diese Gesetzeslage führte 2003 und 2004 zu einem Answellen der Gewerbebeanmeldungen, zumal auf den Existenzgründungszuschuss ein Anspruch bestanden hat. Die Entwicklung des Bestandes an Existenzgründungszuschüssen zeigt Abbildung 6. Im Dezember 2004 bzw. Januar 2005 erreichte die Zahl der Gewerbebeanmeldungen bzw. Neuerrichtungen ihren Höhepunkt. 2005 steigt der Bestand der Existenzgründungszuschüsse nur

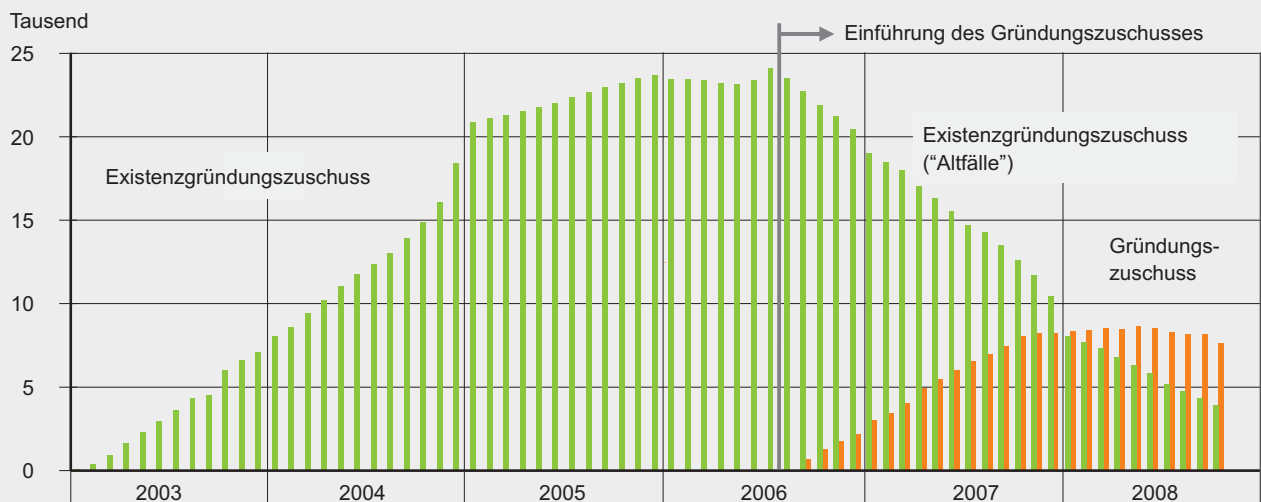
noch in geringem Maße. Das extreme Maximum der Gewerbebeanmeldungen im Dezember 2004 ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass ab 2005 der Existenzgründungszuschuss nicht mehr an Langzeitarbeitslose gezahlt wurde. Mit dieser Entwicklung korreliert auch die Entwicklung des Bestandes der Empfänger von Existenzgründungszuschüssen in Abbildung 6: Die Stärke des monatlichen Wachstums ging schlagartig zurück. Dieses Beispiel zeigt, dass durch Veränderungen der Gesetzeslage eine Entwicklung der Gewerbebeanmeldungen ausgelöst werden kann, die vergleichsweise losgelöst von der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt ist.

Gewerbemeldungen nach Wirtschaftszweig

Die wirtschaftsfachliche Struktur der Gewerbemeldungen unterscheidet sich von den wirtschaftsfachlichen Strukturen anderer Indikatoren (Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige). In Abbildung 7 ist das beispielhaft für das Jahr 2005 dargestellt, dem letzten Jahr, für das in dieser sachlichen Gliederungstiefe Ergebnisse vorliegen. Das heißt, auch die Wachstumsbeiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche unterscheiden sich bei der Bruttowertschöpfung und den Erwerbstätigen einerseits deutlich von denen bei den Gewerbemeldungen. Während im Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie Energie- und Wasserversorgung) reichlich ein Fünftel der Bruttowertschöpfung entsteht, entfallen auf diese Bereiche nur rund fünf Prozent der Gewerbe- und -abmeldungen. Umgekehrt ist das Ver-

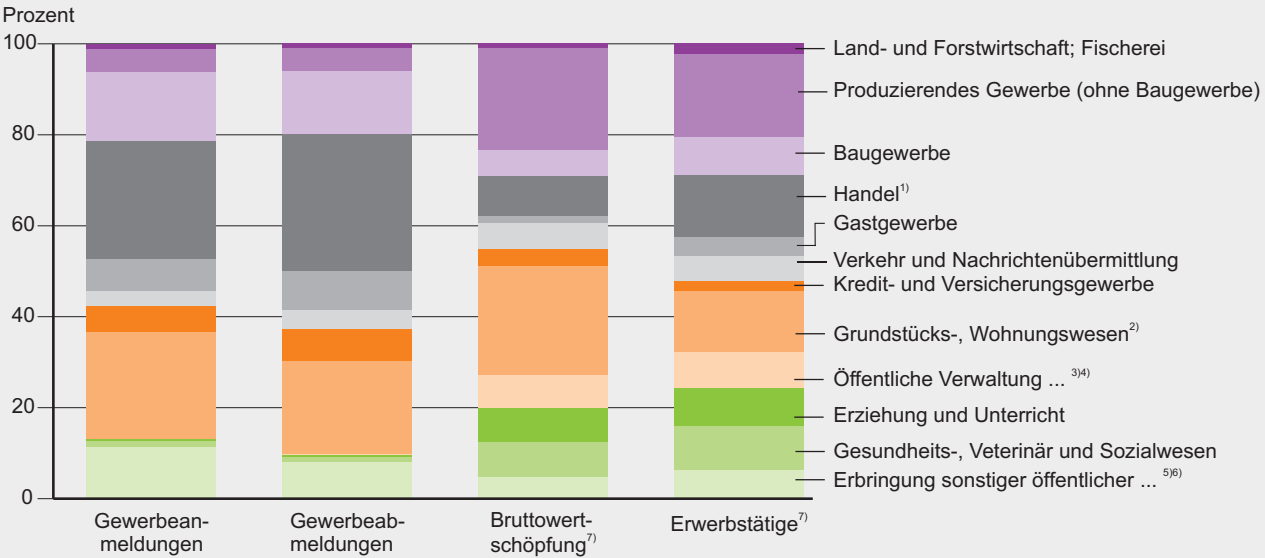
3) Die Trend-Konjunktur-Komponente weist verfahrensbedingt bereits am Jahresende 2002 einen Aufwärtstrend auf. Wenn man jedoch zwischen Dezember 2002 und Januar 2003 eine Sprungstelle annimmt, dann zeigt auch die Trend-Konjunktur-Komponente bis Ende 2002 einen Abwärtstrend.

Abb. 6 Bestand an Empfängern von Existenzgründungszuschuss und Gründungszuschuss 2003 bis 2008



Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit

Abb. 7 Struktur der Gewerbemeldungen, Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigen 2005



- 1) einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern
2) Vermietung beweglicher Sachen, Erbringen von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g.
3) Verteidigung und Sozialversicherung
4) In diesem Bereich gibt es keine Gewerbetätigkeit.
5) und privater Dienstleistungen
6) Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige: einschl. Privater Haushalte mit Hauspersonal
7) Berechnungsstand: Februar 2008 (VGR des Bundes und der Länder)

hältnis der Anteile zum Beispiel im Baugewerbe und im Handel. Gerade letzterer Wirtschaftsbereich ist durch eine sehr große Fluktuation bei den Gewerbemeldungen gekennzeichnet. Dies ist u. a. damit zu begründen, dass mit einer Aufnahme einer Tätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe in der Regel Grundinvestitionen für Maschinen und Ausrüstungen getätigt werden müssen. Tätigkeiten im Handel oder Ausbaugewerbe sind oft ohne größere Ausrüstung zu leisten.

Für die Dienstleistungsbereiche ist bei diesen Vergleichen auch zu beachten, dass es im Bereich Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung keine Gewerbetätigkeit gibt, auf ihn aber nicht unbeträchtliche Anteile an den Erwerbstätigen und der Bruttowertschöpfung entfallen. Auch der Bereich Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen ist nur in geringem Maße durch Gewerbetätigkeit gekennzeichnet.

Tab. 4 Gewerbemeldungen im Baugewerbe 1996 bis 2007 nach Art der Meldung

Jahr	Gewerbeanmeldungen					Gewerbeabmeldungen					Salden der Gewerbemeldungen			
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	davon			insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	davon			Anmeldungen und Abmeldungen	Neuerichtungen und Aufgaben	Zuzüge und Fortzüge	Übernahmen und Übergaben
			Neuerichtung	Zuzug	Übernahme			Aufgabe	Fortzug	Übergabe				
	Anzahl	%	Anzahl			%	Anzahl							
1996	5 907	.	4 717	492	698	3 903	.	2 533	475	895	2 004	2 184	17	-197
1997	6 227	5,4	5 215	452	560	4 215	8,0	3 019	465	731	2 012	2 196	-13	-171
1998	6 663	7,0	5 817	347	499	4 910	16,5	3 773	482	655	1 753	2 044	-135	-156
1999	6 312	-5,3	5 542	326	444	5 207	6,0	4 194	413	600	1 105	1 348	-87	-156
2000	6 025	-4,5	5 301	312	412	5 855	12,4	4 904	394	557	170	397	-82	-145
2001	5 392	-10,5	4 874	224	294	5 530	-5,6	4 736	382	412	-138	138	-158	-118
2002	4 861	-9,8	4 441	163	257	5 122	-7,4	4 496	267	359	-261	-55	-104	-102
2003	6 439	32,5	5 985	277	177	4 310	-15,9	3 709	312	289	2 129	2 276	-35	-112
2004	7 883	22,4	7 311	391	181	4 185	-2,9	3 493	437	255	3 698	3 818	-46	-74
2005	6 932	-12,1	6 315	415	202	5 007	19,6	4 311	466	230	1 925	2 004	-51	-28
2006	6 824	-1,6	6 172	467	185	4 825	-3,6	4 115	494	216	1 999	2 057	-27	-31
2007	5 713	-16,3	4 952	556	205	5 300	9,8	4 481	559	260	413	471	-3	-55

Da die statistische Datenlage für das Baugewerbe vergleichsweise günstig ist, soll im Folgenden dieser Wirtschaftsbereich beispielhaft näher betrachtet werden. Die Gewerbemeldungen des Baugewerbes werden nur insgesamt verschlüsselt (WZ 45 – Baugewerbe). Es gibt keine Trennung in WZ-3-Steller und damit auch keine Möglichkeiten, quantifizierende Aussagen zum Bauhaupt- und Ausbaugewerbe zu machen.

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen im Baugewerbe erreichte 1998 ein Maximum und ging dann bis 2002 zurück (vgl. Tab. 4). 2003 und 2004 wirkt sich die Welle der Gründungen von „Ich-AGs“ auch hier – wie oben beschrieben – positiv aus, ab 2005 sinkt die Zahl der Gewerbeanmeldungen wieder. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen stieg – etwas zeitversetzt zu den Gewerbeanmeldungen – bis zum Jahr 2000, um dann bis 2004 zurückzugehen. Ab 2005 lag die Zahl der Abmeldungen wieder deutlich über den Werten der Jahre 2003 und 2004.

Vergleicht man nun die Entwicklung der Gewerbemeldungen im Baugewerbe im Hinblick auf das Thema der Untersuchung, also inwieweit wird damit die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Wirtschaftszweig beschrieben, dann ergibt sich folgendes Bild.⁴⁾ Die Zahl der Betriebe, die in die Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe einbezogen wurde, stieg bis zum Jahr 2000 um jeweils dreistellige Werte. Dies korrespondiert im Trend mit dem Überschuss an Gewerbeanmeldungen (gegenüber den Gewerbeabmeldungen) im vierstelligen Bereich bis 1999 (vgl. Tab. 4 und 5).⁵⁾ 2001 und 2002 ist der Saldo der Gewerbemeldungen negativ. In der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe geht die Zahl der meldepflichtigen Betriebe ebenfalls zurück. 2004 wirkt sich die Gründungswelle der „Ich-AGs“ aus dem Jahr 2003 wieder mit einer Zunahme der Betriebszahl aus. Wobei sowohl 2004 als auch 2005 der Saldo der Zunahme relativ gering ist. 2006 und 2007 stieg die Betriebszahl im Bauhauptgewerbe wieder deutlich mit jeweils rund 200 Betrieben (vgl. Tab. 5). Ein Vergleich der Zeitreihen zeigt, dass die Entwicklung der Zahlen der Gewerbemeldungen (im Baugewerbe insgesamt) nur zeitweise mit der Entwicklung der Betriebszahl der in die Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe berichtspflichtigen Betriebe parallel läuft. Die wirtschaftliche Entwicklung im Bauhauptgewerbe Sachsens (Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitende Baustellenarbeiten) erreichte 1996 ihren Gipfel, seither ist hier letztendlich ein negativer Trend zu beobachten. [5] Bis 2002 zeigt die Entwicklung der Gewerbemeldungen ebenfalls einen negativen Trend (der positive Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen wird geringer und schließlich negativ). 2003 und 2004 setzt sich die wirtschaftliche Entwicklung im Bauhauptgewerbe weiter so fort (vgl. die Zahl der tätigen Personen in Tab. 5). 2006 und 2007 wird der wirtschaftliche Abschwung im Bauhauptgewerbe Sachsens unterbrochen. Dies lässt sich jedoch nicht in der Entwicklung der Gewerbemeldungen erkennen. Der Saldo liegt auch in diesen beiden Jahren bei jeweils knapp 2 000 Fällen. Das heißt, die Sonderent-

wicklung, die durch die Welle der Gewerbeanmeldungen infolge der Hartz-II-Gesetze entstanden ist, verliert an Bedeutung.

Tab. 5 Betriebe und tätige Personen in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten 1996 bis 2008

Jahr	Betriebe			Tätige Personen		
	absolut	Veränderung zum Vorjahr		absolut	Veränderung zum Vorjahr	
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl
1996	4 678	.	.	133 655	.	.
1997	5 362	14,6	684	125 430	-6,2	-8 225
1998	5 821	8,6	459	109 533	-12,7	-15 897
1999	6 336	8,8	515	105 296	-3,9	-4 237
2000	6 605	4,2	269	93 816	-10,9	-11 480
2001	6 338	-4,0	-267	79 705	-15,0	-14 111
2002	6 102	-3,7	-236	69 331	-13,0	-10 374
2003	6 079	-0,4	-23	67 135	-3,2	-2 196
2004	6 172	1,5	93	64 516	-3,9	-2 619
2005	6 254	1,3	82	57 526	-10,8	-6 990
2006	6 448	3,1	194	58 051	0,9	525
2007	6 654	3,2	206	57 530	-0,9	-521
2008	6 586	-1,0	-68	56 019	-2,6	-1 511

Datenquelle: Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe

Schlussfolgerung

Es hat sich gezeigt, dass die Gewerbemeldungen nicht wirklich gut geeignet sind, eine wirtschaftliche Entwicklung abzubilden. Das betrifft einerseits sowohl die jeweiligen Gesamtzahlen, als auch die Neuerrichtungen/Aufgaben. Bei den Neuerrichtungen/Aufgaben ist außerdem noch der Gesichtspunkt zu berücksichtigen, inwieweit es sich dabei um „echte Neuerrichtungen/Aufgaben“ handelt, also um Betriebe mit einem gewissen wirtschaftlichen Gewicht bzw. „Existenzgründungen“, oder um Kleingewerbetreibende. [6]

Die beispielhafte Untersuchung des Wirtschaftsbereiches Baugewerbe hat gezeigt, dass hier zeitweise Trends der Gewerbemeldungen und der wirtschaftlichen Entwicklung (gemessen an der Zahl der tätigen Personen oder des Um-

4) In der hier verwendeten Datenbasis (Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe) sind nur die Wirtschaftsbereiche 45.1 und 45.2 enthalten (Vorbereitende Baustellenarbeiten; Hoch- und Tiefbau). Vergleichbare Daten für die Wirtschaftsbereiche 45.3 bis 45.5 (Bauinstallation; Sonstiges Baugewerbe; Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal) liegen nicht vor. Es wird deshalb die Annahme getroffen, dass sich die Entwicklung der Gewerbemeldungen in beiden Teilen des Baugewerbes vergleichbar vollzog.

5) Die Entwicklung der Betriebszahl in der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe zeigt gegenüber der Entwicklung der Salden der Gewerbemeldungen methodisch und organisatorisch bedingt ein gewisses zeitliches Nachlaufen.

satzes) in die gleiche Richtung verlaufen können, dass diese Übereinstimmung zeitweise aber auch nicht gegeben ist. Die Untersuchungen in diesem Beitrag erfolgen zudem retrospektiv, dass heißt mit der Kenntnis von Entwicklungen in der Vergangenheit. Einschätzungen am jeweiligen aktuellen Rand sind demgegenüber weitaus unsicherer und schwieriger.

Trotz dieses negativen Resümees ist jedoch anzuerkennen, dass es Situationen gibt, in denen keine Indikatoren bzw. statistische Daten zur Verfügung stehen, um wirtschaftliche Entwicklungen (oder Strukturen) wirklich zu belegen. Entweder, weil die Daten noch nicht zur Verfügung stehen (Problem der Aktualität) oder überhaupt nicht (z. B. in tiefer sachlicher und/oder regionaler Gliederung). Dann ist man u. U. gezwungen, auf „Fallzählungen“ zurückzugreifen. Es empfiehlt sich jedoch, in solchen Fällen auf die Auswertungen aus dem Unternehmensregister URS 95 zurückzugreifen. Dabei handelt es sich immer um einen „Stand“ – nicht nur um „Zugänge“ und „Abgänge“, und es werden Einheiten mit einem „gewissen wirtschaftlichen Gewicht“ ausgewiesen. In den folgenden Jahren sollen demografische Auswertungen anhand des Unternehmensregisters und der unterjährigen Verwaltungsdatenlieferungen (Beschäftigten- und Umsatzdatenspeicher) Aussagen zu Gründungen und Schließungen sowie Überlebensraten von neugegründeten Unternehmen geben. Erste Auswertungen auf Bundesebene wurden 2008 für das Auswertungsjahr 2004 erstellt. Berechnungen auf Ebene der Bundesländer sollen nach Klärung methodischer Abgrenzungen im Jahr 2009 folgen.

Dr. Andreas Oettel,
Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen;
Christiane Wohlrab,
Dipl.-Ökonom, Referentin Unternehmensregister

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Gewerbeordnung (GewO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 399).
- [2] Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen im Freistaat Sachsen, Statistischer Bericht, D I 1, Kamenz 1996ff.
- [3] Wikipedia, Stichwort: Hartz II; und Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 22. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4621)
- [4] Nach § 57 SGB III.
- [5] Vgl. dazu auch die Beiträge von A. Oettel und anderen zum Baugewerbe in dieser Zeitschrift, zuletzt: Oettel, A., U. Ertel: Das Baugewerbe in Sachsen 2007. In Statistik in Sachsen, 2/2008, S. 10 - 22.
- [6] Vgl. dazu die Ausführungen in den Statistischen Berichten Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen im Freistaat Sachsen, D I 1, zuletzt: IV. Quartal und 2007, Kamenz 2008, S. 3.

Entwicklung der privaten Haushalte in Sachsen bis 2020

Vorbemerkungen

Eine der Herausforderungen im 21. Jahrhundert liegt in der Bewältigung der direkten und indirekten Folgen des demographischen Wandels. Hinter diesem Begriff verbirgt sich das Altern und Schrumpfen der Bevölkerung. Die steigende Lebenserwartung und die zu geringe Fertilität führen dazu, dass der Anteil der Älteren gegenüber den Jüngeren steigt, was wiederum zu einem Anstieg beim Durchschnittsalter führt. [1] Neben der demographisch bedingten Alterung kommt es in der Regel noch zu einem Bevölkerungsrückgang, da die Geburtenhäufigkeit unter die Sterbehäufigkeit gefallen ist, was im Ergebnis zu einem Geburtendefizit führt. In Sachsen ist dies seit 1967 der Fall. Des Weiteren führt die zu geringe Fertilität dazu, dass die Elterngenerationen nicht mehr vollständig durch die Kindergenerationen ersetzt werden können. Der Alterungs- und Schrumpfungsprozess wird auch durch die

dritte demographische Komponente – die räumliche Bevölkerungsbewegung – beeinflusst. Da Sachsen jedoch bis auf die Jahre 1993 bis 1997 in den letzten Jahrzehnten durchgängig einen negativen Wanderungssaldo aufweist, werden die beiden Prozesse aufgrund des Wanderungsdefizits sogar noch verstärkt.

Bereits in der Vergangenheit haben diese drei Komponenten die Bevölkerungsentwicklung in Sachsen maßgeblich geprägt, so dass seit den 1960er Jahren die Bevölkerung abnimmt. Während 1990 im Freistaat noch 4,78 Millionen Einwohner lebten, waren es im Jahr 2007 nur noch 4,22 Millionen. Der Rückgang in diesem Zeitraum beläuft sich auf über eine halbe Million Einwohner. In der aktuellen Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020 – 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose, Variante 3 – setzt sich dieser Trend unvermindert fort. Im Jahr 2020 wird es in Sachsen voraussichtlich nur noch 3,87 Millionen Einwohner geben. Neben diesem Schrumpfungsprozess

Abb. 1 Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Kreisfreien Städten und Landkreisen 2020

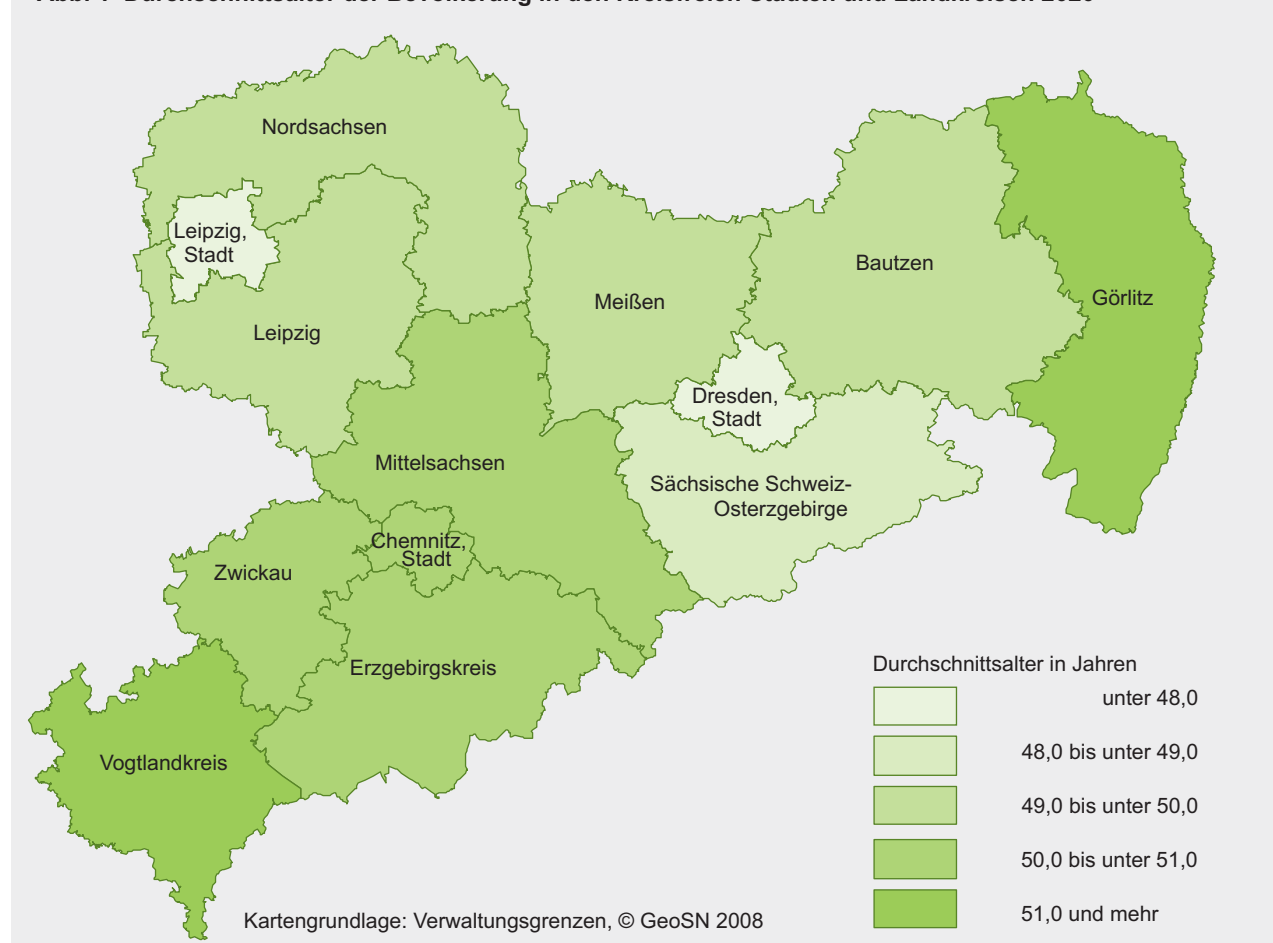
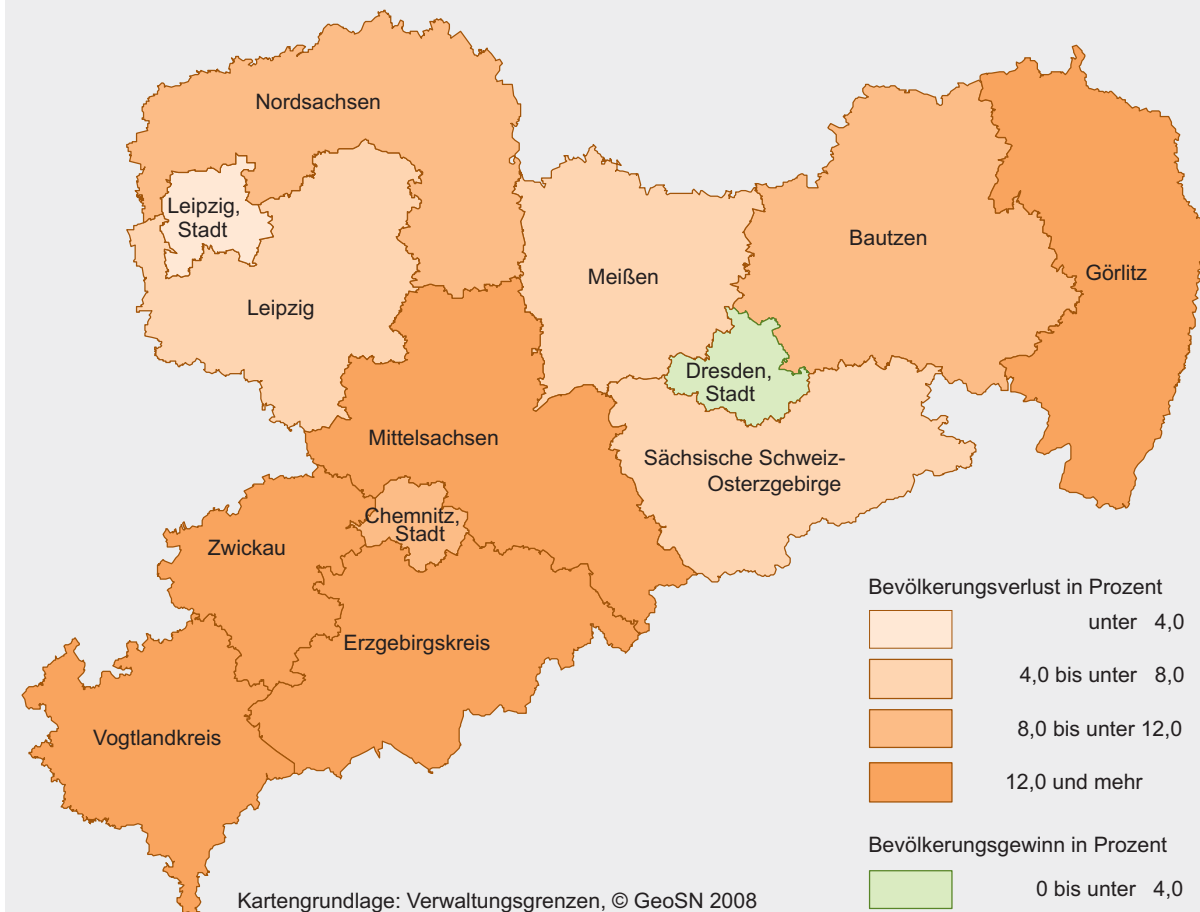


Abb. 2 Veränderung der Bevölkerung in den Kreisfreien Städten und Landkreisen 2020 gegenüber 2007



findet gleichzeitig der Alterungsprozess statt. Im Jahr der deutschen Wiedervereinigung lag das durchschnittliche Alter der Sachsen bei 39,4 Jahren. Bis 2007 erhöhte sich das Durchschnittsalter auf 45,4 Jahre und wird bis zum Jahr 2020 stetig auf 48,8 Jahre ansteigen. Die Intensität der Alterung und Schrumpfung variiert dabei zwischen den einzelnen Regionen. Speziell in den ost- und südwestsächsischen Landkreisen wirken sich diese Prozesse deutlich stärker aus als in Mittel- und Nordwestsachsen (vgl. Abb. 1 und 2).

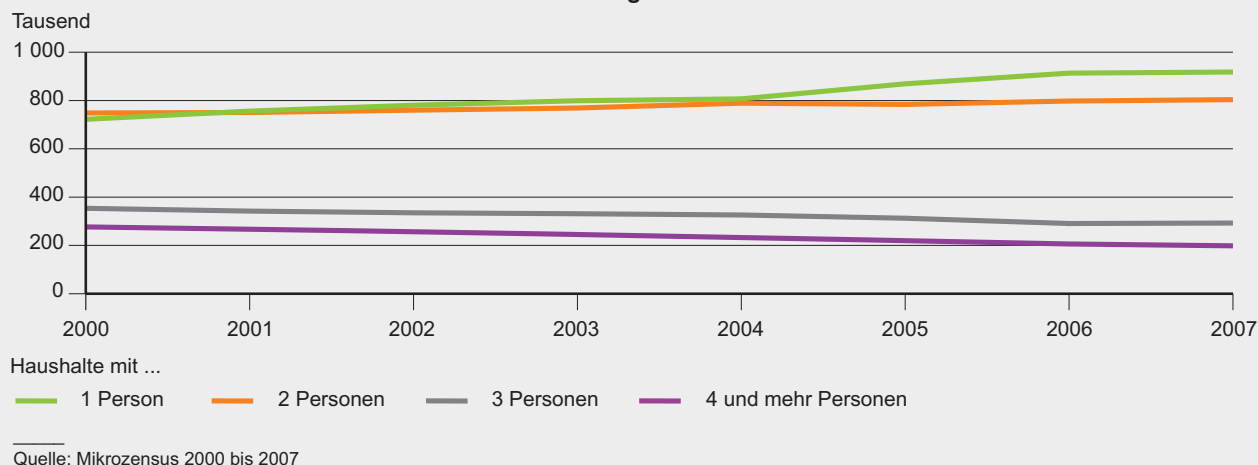
Noch bedeutsamer bzw. interessanter als die direkten Folgen des demographischen Wandels sind die indirekten Folgen. Diese zeigen sich fast überall in unserem alltäglichen Leben. Vor allem die sozialen Sicherungssysteme, wie Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, sind stark von Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur und -größe betroffen. Ein weiterer demographiesensibler Themenkomplex sind die privaten Haushalte. In der Statistik beinhaltet dieser Begriff Personengemeinschaften die zusammenwohnen und eine wirtschaftliche Einheit bilden (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen die allein wohnen und selbst wirtschaften (Einpersonenhaushalte). [2] Bei der Entwicklung der Anzahl der Privathaushalte wirken neben den demographischen Faktoren (Bevölkerungsgrö-

ße, -struktur und Altersstruktur) noch weitere Einflussgrößen wie Veränderungen bei den Lebensformen. Da die privaten Haushalte eine wichtige Rolle bei politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen spielen, besteht eine große Nachfrage nach Daten über deren künftige Entwicklung. Um diesen Bedarf decken zu können, entschloss sich das Statistische Landesamt Sachsen zur Durchführung einer regionalisierten Haushalteprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020.

Entwicklung der privaten Haushalte im Zeitraum von 2000 bis 2007

Eine wichtige vorbereitende Maßnahme für die Durchführung von Prognosen ist der Blick auf die bisherige Entwicklung. Aus der Betrachtung und Analyse der Vergangenheit lassen sich schon im Vorfeld wichtige Erkenntnisse und Annahmen für das jeweilige Modell gewinnen. Im Fall der Haushalteprognose wird die Entwicklung der privaten Haushalte und der Bevölkerung im Zeitraum von 2000 bis 2007 näher beleuchtet.

In den letzten Jahren ist die Zahl der privaten Haushalte in Sachsen kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2000 gab es im

Abb. 3 Private Haushalte 2000 bis 2007 nach Haushaltsgröße

Freistaat 2,1 Millionen Privathaushalte. Deren Zahl erhöhte sich bis 2007 um 5,3 Prozent auf 2,2 Millionen. Im Vergleich dazu entwickelte sich die Bevölkerung in die entgegengesetzte Richtung. Im gleichen Zeitraum schrumpfte diese um 4,6 Prozent. Aus der Definition der privaten Haushalte geht hervor, dass diese direkt von der Bevölkerung abhängig sind. Die Bevölkerung bzw. die Personen verteilen sich auf die privaten Haushalte, dementsprechend müsste eine Verringerung der Bevölkerung auch zu einem Rückgang bei den Privathaushalten führen. Obwohl die Bevölkerung abnahm, konnten die privaten Haushalte zulegen. Diese auf den ersten Blick unlogische Entwicklung resultiert aus dem Trend zu kleineren Haushalten. Dieser lässt sich gut durch eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Haushaltsgrößen zeigen. Die häufigsten Haushaltstypen im Jahr 2000 waren die Zweipersonenhaushalte (748 300) und die Einpersonenhaushalte (720 100). Zusammen betrug ihr Anteil an den sächsischen Privathaushalten 69,9 Prozent (1991 waren es noch 62,8 Prozent). Im weiteren Verlauf werden diese beiden Haushaltstypen als „kleine“ Haushalte und die Haushalte ab drei Personen als „große“ Haushalte bezeichnet. Die größeren Haushalte sind im Vergleich zu den beiden kleineren weniger häufig. Im Jahr 2000 gab es 353 300 Dreipersonenhaushalte und 278 100 Haushalte mit vier und mehr Personen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt erhöhten sich der Anteil und die Anzahl der kleineren Haushalte kontinuierlich. Dies ging zu Lasten der größeren Haushalte. Sowohl deren Anzahl als auch deren Anteil gingen stetig zurück. Dieser Trend zu kleineren Haushalten führte dazu, dass die Zahl der Einpersonenhaushalte bis 2007 um 194 400 und die Zahl der Zweipersonenhaushalte um 56 300 zunahm. Im Gegensatz dazu verringerte sich die Zahl der Dreipersonenhaushalte um 59 800 und die Anzahl der Haushalte mit vier und mehr Personen um 80 500. Betrachtet man alle Haushaltstypen zusammen, dann stieg deren Zahl im Zeitraum von 2000 bis 2007 um die genannten 5,3 Prozent bzw. 110 400 Haushalte (vgl. Abb. 3).

Die Anteilssteigerungen der kleineren Haushalte führten automatisch zu einer Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße. Während diese im Jahr 2000 bei 2,12 Personen je Haushalt lag, verringerte sie sich bis 2007 auf 1,92 Personen je Haushalt.

Auswirkung des demographischen Wandels auf die privaten Haushalte

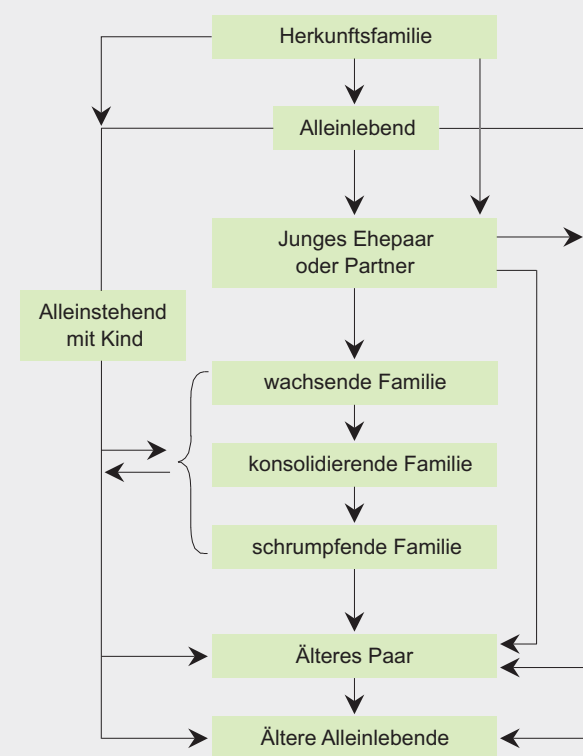
Im einleitenden Kapitel wurde bereits auf den Begriff des demographischen Wandels eingegangen. Um dessen Wirkung auf die Anzahl der privaten Haushalte beurteilen zu können, müssen dessen Teilprozesse isoliert betrachtet werden. Dabei zeigt sich, dass sie sich in ihrer Wirkung unterscheiden.

Schrumpfungsprozess

Aufgrund des Geburtendefizits und des negativen Wanderungssaldos schrumpft die sächsische Bevölkerung. Da Personen in privaten Haushalten oder Gemeinschaftsunterkünften leben, führt eine Verringerung der Bevölkerung – bei unverändertem Haushaltsbildungsverhalten – automatisch zu einem Rückgang bei der Anzahl der Haushalte. Der Schrumpfungsprozess wirkt sich dementsprechend negativ auf die Anzahl der Haushalte aus.

Alterungsprozess

Als Gründe für den Alterungsprozess in Sachsen wurden die steigende Lebenserwartung und die geringe Fertilität benannt. Zusätzlich beschleunigt wird dieser Prozess durch die Abwanderung, da vor allem junge Leute und potentielle Eltern den Freistaat verlassen. Um die Wirkung der Alterung auf die privaten Haushalte zeigen zu können, muss der Schrumpfungsprozess ausgeblendet werden. Die Alterung führt dazu, dass der Anteil der „Älteren“ steigt und der Anteil der „Jüngeren“ und Personen im mittleren Alter abnimmt. Diese Veränderung der Altersstruktur wirkt sich auf die Zahl der privaten Haushalte aus, da es einen

Abb. 4 Schema der Entwicklung der Lebenszyklus-Phasen

Quelle: Kemper 1985 [3]

direkten Zusammenhang zwischen Alter und Haushaltsgröße gibt. Veranschaulicht und erklärt werden soll dies anhand der Abbildungen 4 und 5.

Im Laufe des Lebens variiert die Haushaltsgröße in der wir leben. In bestimmten Lebensabschnitten lebt man mit relativ vielen Personen gemeinsam und in anderen zum Teil allein. In der Literatur werden diese Phasen und Übergän-

ge als Lebenszyklus bezeichnet. Kemper [3] unterscheidet dabei sechs Hauptphasen (vgl. Abb. 4).

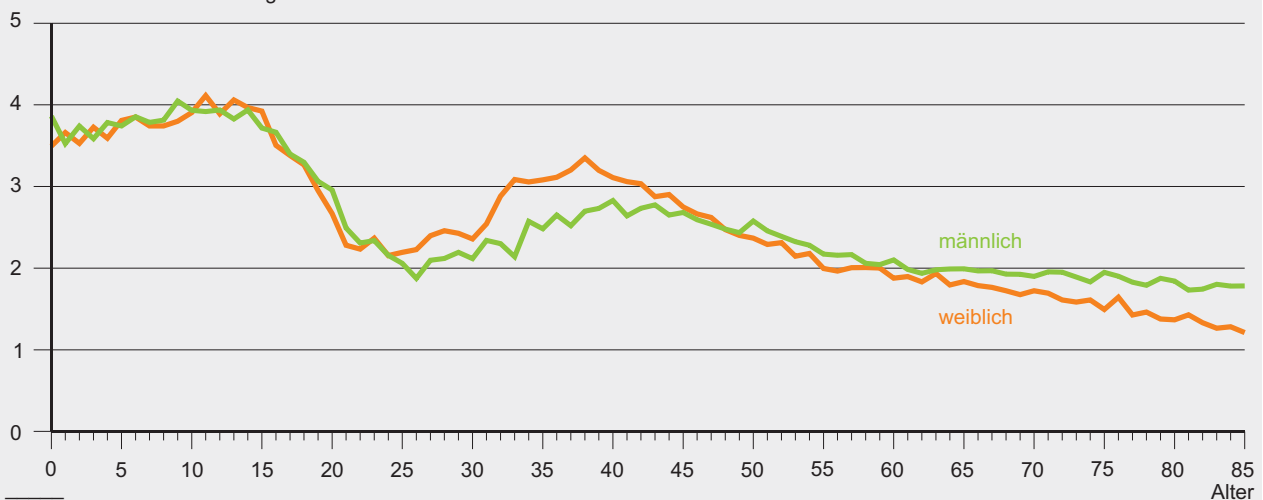
Die erste Phase unseres Lebens beginnt mit der Geburt und umfasst das Heranwachsen. Bezeichnet wird dieser Abschnitt als „Herkunftsfamilie“, der durch eine relativ hohe durchschnittliche Haushaltsgröße gekennzeichnet ist, da man mit seinen Eltern und Geschwistern zusammenlebt. In der Abbildung 5 kann diese theoretische Haushaltsgröße durch die altersspezifische Haushaltsgröße aus dem Mikrozensus 2007 belegt werden. Die Daten zeigen speziell im Alter von 0 bis 18 Jahren eine relative hohe durchschnittliche Haushaltsgröße (vgl. Abb. 5).

In den beiden sich anschließenden Lebensphasen lebt man allein bzw. mit einem (Ehe)Partner. Theoretisch ergibt sich aus diesen beiden Lebensformen eine Haushaltsgröße zwischen eins und zwei. Aufgrund der individuellen Lebensplanung variiert der Übergang von der ersten in die zweite und dritte Phase beim Alter. Empirisch zeigt sich dieser erwartete Rückgang im Alter von 18 bis Mitte 20, wobei aber eine durchschnittliche Haushaltsgröße deutlich unter 2 nicht erreicht wird.

Aus den Partnerschaften bzw. Ehen können durch die Geburt von Kindern Familien entstehen. Dies führt automatisch zu einem Anstieg der durchschnittlichen Haushaltsgröße. Bezogen auf die Mikrozensusdaten beginnt diese Phase mit Mitte 20. Die Familienphase an sich lässt sich in drei Teilphasen aufspalten, wobei aus jeder Phase eine direkte Beziehung zur Haushaltsgröße abgeleitet werden kann. Die erste Teilphase ist die wachsende Familie, die zu einem Anstieg der Haushaltsgröße führt. Dem schließt sich die sich konsolidierende Familie an, wo das Niveau gehalten wird. Den Abschluss bildet die schrumpfende Familie, in der die Kinder das Elternhaus verlassen, was folglich einen Rückgang der Haushaltsgröße bewirkt. Wenn man als Familienkriterium eine durchschnittliche Haushaltsgröße über zwei wählt, dann erstreckt sich die Familienphase von Mitte 20 bis circa Ende 50.

Abb. 5 Durchschnittliche Haushaltsgröße 2007 nach Alter und Geschlecht

Durchschnittliche Haushaltsgröße



Quelle: Mikrozensus 2007

In den beiden letzten Lebensphasen liegt die durchschnittliche Haushaltsgröße unterhalb von zwei und geht tendenziell weiter zurück. Diese beiden Phasen werden als älteres Paar bzw. ältere(r) Alleinlebende(r) bezeichnet. Aufgrund des Auszugs der Kinder transformiert sich die Familie zum älteren Paar und mit dem Tod eines Partners entsteht dann der/die Alleinlebende(r). Bei Frauen ist der Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße deutlich stärker ausgeprägt, da sie zum einen eine höhere Lebenserwartung und zum anderen tendenziell einen älteren Partner hatten. Wenn Frauen also ein hohes Alter erreichen ist die Wahrscheinlichkeit recht hoch, dass ihr Partner schon verstorben ist, da er tendenziell älter war und zusätzlich noch eine geringere Lebenserwartung hatte.

Neben diesem linearen, idealtypischen Lebenszyklus besteht die Möglichkeit, Phasen zu überspringen bzw. die Wahl anderer Lebensformen (Bsp. Alleinerziehende). Auf diese Variationen wird hier jedoch nicht weiter eingegangen.

Aus der Kombination des Alterungsprozesses und des Lebenszyklusmodells ergibt sich ein positiver Zusammenhang zwischen Alterung und der Anzahl der privaten Haushalte. Durch die Alterung steigt der Anteil der Älteren in unserer Gesellschaft. Diese Altersgruppe lebt tendenziell in kleinen Haushalten. Der Anteil der Personen im mittleren und jungen Alter geht dagegen zurück. Diese leben tendenziell in größeren Haushalten. Die Verschiebung bei der Altersstruktur führt zu einer Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße und bei Ausblendung des Bevölkerungsrückgangs sogar zu einem Anstieg bei der Privathaushalteanzahl.

Methodik

Für die Prognose der privaten Haushalte bedarf es eines passenden Prognosemodells. Hierbei müssen entsprechende Annahmen getroffen werden, um die komplexen Zusammenhänge der Realität so gut wie möglich abzubilden. Da ein Modell und dessen Annahmen die Realität aber niemals zu 100 Prozent wiedergeben können, muss dies bei der Interpretation der Ergebnisse beachtet werden. Neben dem reinen Modell ist auch die Datengrundlage von entscheidender Rolle für die Güte der Prognose. Für die Durchführung einer Haushalteprognose wird zum einen die Haushaltsstruktur (Mikrozensus oder Melderegister) und zum anderen eine Bevölkerungsprognose benötigt. Bei den Daten an sich bestehen zum Teil ebenfalls „Unsicherheiten“, da es sich wie im Fall des Mikrozensus um eine Ein-Prozent-Stichprobe (Möglichkeit von Stichprobenfehlern) bzw. bei der Bevölkerung um eine Prognose handelt. Deshalb sollten die Ergebnisse behutsam interpretiert werden.

Für die Prognose der privaten Haushalte eignen sich mehrere Modellansätze. Die am häufigsten angewendeten Modelle basieren auf einem Quotenverfahren. Hierbei

wird die voraussichtliche Bevölkerung in Privathaushalten bzw. die künftige Zahl der Haushaltsvorstände bestimmt und anschließend auf die verschiedenen Haushaltsgrößen mittels Quoten verteilt. Ein anderer Modellansatz nutzt die durchschnittliche Haushaltsgröße als Prognosegrundlage. Die voraussichtliche Zahl der privaten Haushalte lässt sich dann aus der prognostizierten durchschnittlichen Haushaltsgröße ermitteln. Eine weitere Alternative zu den Quotenmodellen bilden die Simulationsmodelle, die auf dem Lebenszyklusmodell basieren.

Für die regionalisierte Haushalteprognose für den Freistaat Sachsen wurde ein Quotenmodell, speziell das Haushaltsmitgliederquotenverfahren, ausgewählt. Der entscheidende Vorteil dieses Verfahrens liegt in seiner relativ einfachen Umsetzbarkeit und der Datenverfügbarkeit. Des Weiteren zählt dieses Verfahren zu den am häufigsten angewendeten Verfahren. Die Einschränkungen bei der Interpretation der Ergebnisse müssen auch hier beachtet werden, da die angesprochenen Unsicherheiten aufgrund der Datenlage bestehen. Im Fall der sächsischen Haushalteprognose bilden der sächsische Mikrozensus (2000 bis 2007) und die 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020 – Variante 3 die Datengrundlage.

Beim Haushaltsmitgliederquotenverfahren werden aus dem Mikrozensus heraus zwei verschiedene Quoten bestimmt. Um die heterogene Haushalte- und Bevölkerungsstruktur besser abbilden zu können, weisen diese Quoten eine Gruppenstruktur auf. Dabei tritt jedoch das Problem auf, dass mit der zunehmenden Tiefe der Gliederung das Modell zum einen unübersichtlicher wird und zum anderen die Bedeutung von Stichprobenfehlern steigt. Aus diesem Grund beschränkt sich die Regionalisierung auf die Kreisstruktur zum Gebietsstand 1. August 2008.

In einem ersten Schritt werden die sogenannten Umrechnungsquoten ermittelt. Beim sächsischen Modell sind diese nach Alter, Geschlecht und Region (Stadt/Land) gegliedert. Für die Haushalteprognose wird die Bevölkerung in privaten Haushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz benötigt. Durch die Berücksichtigung der Nebenwohnsitze wird dementsprechend ein Teil der Bevölkerung mehrfach gezählt. Dies widerspricht der Bevölkerungsfortschreibung und -prognose, wo die tatsächliche Bevölkerung erfasst wird, also die Bevölkerung am Hauptwohnsitz. Des Weiteren werden in der Bevölkerungsstatistik zusätzlich zu den Personen in Privathaushalten auch die in Gemeinschaftsunterkünften erfasst. Die Umrechnungsquote berücksichtigt die Unterschiede zwischen den beiden Bevölkerungsstatistiken und wandelt die Daten der Bevölkerungsprognose in die voraussichtliche Bevölkerung in Privathaushalten um. Dazu werden, vereinfacht gesagt, die Gemeinschaftsunterkünfte abgezogen und die Personen in Privathaushalten mit Nebenwohnsitz hinzugerechnet.

Die Umrechnungsquoten liegen nahe bei eins und sollten ein klassisches Altersbild aufweisen. Im jungen und hohen Alter gibt es mehr Personen in Gemeinschaftsunterkünften als Personen in Privathaushalten mit Nebenwohnsitz.

Daraus folgt, dass die Umrechnungsquoten kleiner als eins sind. Vor allem bei älteren Frauen liegt die Quote deutlich unterhalb von eins. Im mittleren und speziell im Studentenalter, sind die Umrechnungsquoten leicht größer als eins. Hier leben also mehr Personen in privaten Haushalten mit Nebenwohnsitz als in Gemeinschaftsunterkünften.

Für das Modell noch bedeutsamer sind die Haushaltsmitgliederquoten. Deren Aufgabe besteht in der Verteilung der ermittelten Bevölkerung in Privathaushalten auf die verschiedenen Haushaltsgrößen. Die Quoten sind nach Alter, Geschlecht, Haushaltsgrößen und Landkreisen bzw. Kreisfreien Städten strukturiert. Diese Detailtiefe ermöglicht die Berücksichtigung von regionalen Unterschieden, ist aber dennoch groß genug, um die Stichprobenanfälligkeit überschaubar zu halten. Die Haushaltsgröße ist nach eins, zwei, drei sowie vier und mehr Personen differenziert. Die Privathaushalte ab der Größe vier wurden zusammengefasst, da mit steigender Haushaltsgröße die Anzahl der sehr großen Haushalte deutlich abnimmt, was eine stabile Einzelprognose erschwert.

Bei der regionalisierten Haushalteprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020 wurden zwei Varianten berechnet. Bei der ersten Variante handelt es sich um eine Status quo Rechnung (3-Jahresdurchschnitt). Diese wurde durchgeführt, um die Auswirkungen des demographischen Wandels isoliert betrachten zu können. In der zweiten Variante „Trend“ wurden dagegen aktuelle Entwicklungen und Trends fortgeschrieben. In der Vergangenheit zeigte sich eine große Dynamik bei der Haushalteentwicklung. Es ist anzunehmen, dass diese Anpassungsprozesse noch nicht abgeschlossen sind. Da die Trendvariante derartige Prozesse besser abbildet, wird diese Variante für Planungen

und weiterführende Berechnungen favorisiert. Aus diesem Grund wird bei der Vorstellung der Ergebnisse auch nur auf die Ergebnisse der Trendvariante eingegangen.

Die Ermittlung von Trends ist grundsätzlich bei beiden Quoten möglich. Beim sächsischen Modell wurde jedoch nur bei den Haushaltsmitgliederquoten eine Trendanalyse durchgeführt, da sich die Umrechnungsquoten der vergangenen Jahre als relativ stabil erwiesen (Anwendung des 3-Jahresdurchschnitts). Die Trendbestimmung bei den Haushaltsmitgliederquoten erfolgte in zwei Schritten. Bei den Haushaltsmitgliederquoten ergaben sich aus der Gruppenstruktur 1 456 Zeitreihen, die sich aus jeweils acht Zeitpunkten (2000 bis 2007) zusammensetzten. Anhand von drei Trendkriterien wurde untersucht, ob die jeweilige Zeitreihe einen stabilen Trend aufwies. Wenn alle drei Kriterien einen Trend bestätigten, gelangte diese potentielle Trendzeitreihe in die zweite Phase. Hier wurde eine Reihe von Nebenbedingungen überprüft, die ebenfalls alle erfüllt werden mussten. Hierzu zählte unter anderem, dass die Haushaltsmitgliederquoten nicht negativ und nicht größer als eins werden durften. Bei den Zeitreihen, wo kein signifikanter Trend auftrat, wurde der 3-Jahresdurchschnitt angewendet.

Ergebnisse

Freistaat Sachsen

Bei der sächsischen Haushalteprognose wurden für jeden Landkreis und die drei Kreisfreien Städte die vier Haushaltstypen einzeln prognostiziert und anschließend zum Sachsenergebnis zusammengefasst. Im Zeitraum von

Tab. 1 Private Haushalte 2007, 2010, 2015 und 2020 nach Haushaltsgröße

Jahr	Insgesamt	Davon Haushalte mit ... Personen			
		1	2	3	4 und mehr
1 000					
2007	2 210,2	914,5	804,6	293,5	197,6
2010	2 181,5	916,8	797,7	279,3	187,7
2015	2 129,6	903,1	795,3	257,8	173,4
2020	2 067,7	879,2	786,0	239,3	163,3
Anteil in Prozent					
2007	100	41,4	36,4	13,3	8,9
2010	100	42,0	36,6	12,8	8,6
2015	100	42,4	37,3	12,1	8,1
2020	100	42,5	38,0	11,6	7,9
2007 = 100					
2007	100	100	100	100	100
2010	98,7	100,2	99,1	95,2	95,0
2015	96,4	98,8	98,8	87,8	87,7
2020	93,6	96,1	97,7	81,5	82,6

Quelle: 2007 - Ergebnisse des Mikrozensus

2010, 2015, 2020 - Regionalisierte Haushalteprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020

2000 bis 2007 stieg die Zahl der privaten Haushalte bei gleichzeitig schrumpfender Bevölkerung. Aus der Haushalteprognose geht hervor, dass sich diese Entwicklung der vergangenen Jahre nicht fortsetzen wird. Im Zeitraum von 2007 bis 2020 wird die sächsische Bevölkerung um 8,2 Prozent abnehmen und die Zahl der privaten Haushalte um 6,4 Prozent zurückgehen. In der Summe fällt der Haushalterückgang etwas schwächer aus als der Bevölkerungsrückgang, von einer entgegengesetzten Entwicklung kann jedoch nicht mehr gesprochen werden.

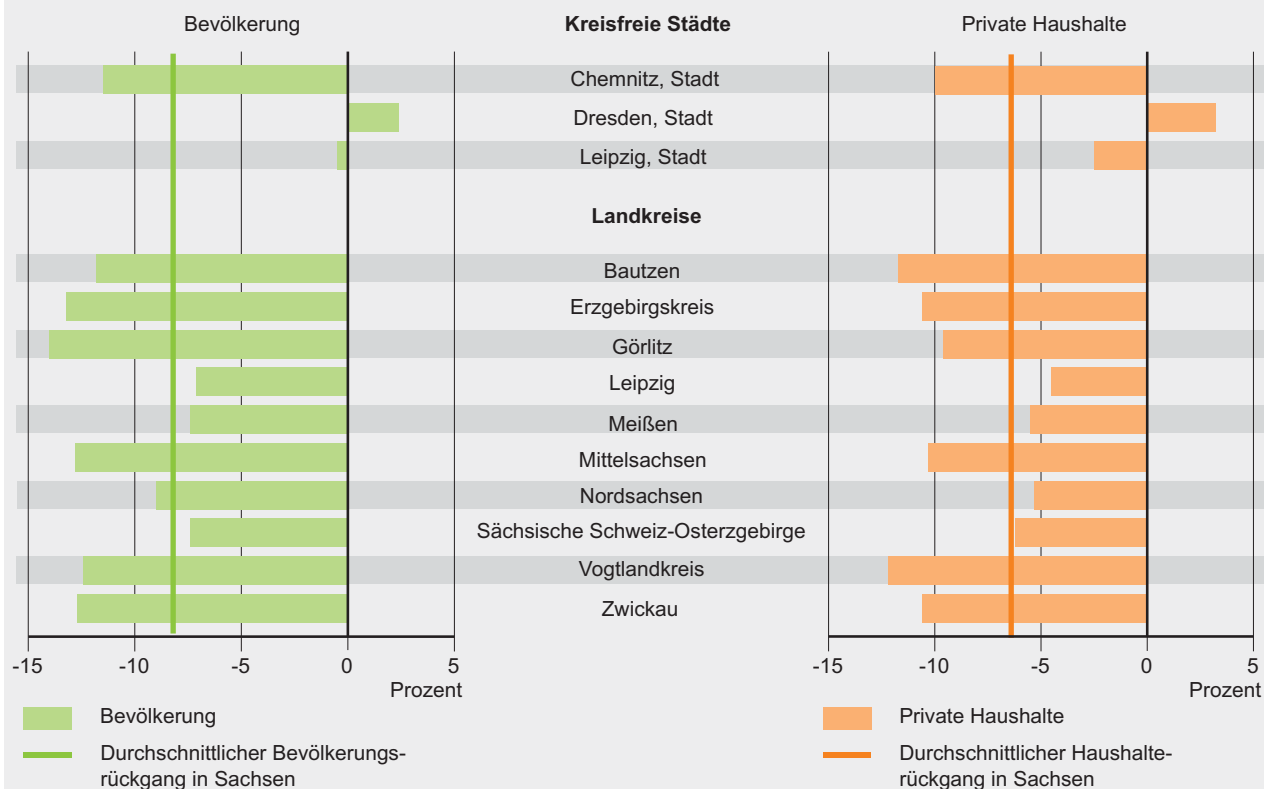
Die differenzierte Betrachtung der einzelnen Haushaltsgrößen zeigt, dass es große Unterschiede bei deren Entwicklung gibt. Während bei den kleinen Haushalten geringe bzw. moderate Rückgänge erwartet werden, werden die größeren Haushalte deutlich stärker zurückgehen. Im Zeitraum von 2007 bis 2020 wird die Zahl der Dreipersonenhaushalte um 18,5 Prozent und die Zahl der Haushalte mit vier und mehr Personen um 17,4 Prozent zurückgehen. Im Gegensatz dazu werden die Rückgänge bei den kleinen Haushalten lediglich 3,9 Prozent (Einpersonenhaushalte) bzw. 2,3 Prozent (Zweipersonenhaushalte) betragen. Wesentliche Ursache für diese inhomogene Entwicklung liegt im bereits benannten Trend zu kleineren Haushalten.

Aufgrund der heterogenen Entwicklung bei den Haushaltstypen kommt es zu Verschiebungen bei der Haushaltsstruktur.

Derartige Entwicklungen traten bereits in der Vergangenheit auf. Beispielsweise lebten 1991 29,1 Prozent der Sachsen in Einpersonenhaushalten. Bis 2007 erhöhte sich deren Anteil kontinuierlich auf 41,4 Prozent. Für die nächsten Jahre wird mit einer weiteren leichten Zunahme gerechnet. Mit einem Anteil von 42,5 Prozent werden die Einpersonenhaushalte im Jahr 2020 weiterhin der häufigste Haushaltstyp sein. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte ist in der Vergangenheit ebenfalls stetig gestiegen. Im Zeitraum von 2007 bis 2020 wird ein Anstieg auf 38,0 Prozent erwartet. Das sind 1,6 Prozentpunkte mehr als im Basisjahr. Die Anteilssteigerungen der Ein- und Zweipersonenhaushalte gehen zu Lasten der größeren Haushaltstypen. Dieser Trend zeigte sich in der Vergangenheit und wird sich auch bis 2020 fortsetzen. Der Anteil der Dreipersonenhaushalte wird von 13,3 Prozent auf 11,6 Prozent zurückgehen, und der Anteil der Haushalte mit vier und mehr Personen wird sich von 8,9 Prozent auf 7,9 Prozent verringern.

Der Trend zu einer kleineren durchschnittlichen Haushaltsgröße wird ebenfalls anhalten. Grund hierfür ist die Veränderung der Haushaltsstruktur, also die Zunahme des Anteils der kleineren Haushalte. Im Jahr 2007 lag die durchschnittliche Haushaltsgröße noch bei 1,92 Personen je Haushalt. Im Jahr 2020 wird sie voraussichtlich bei 1,87 Personen je Haushalt liegen.

Abb. 6 Veränderung der Bevölkerung und der privaten Haushalte 2020 gegenüber 2007



Quelle: Mikrozensus 2007
 Regionalisierte Haushalteprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020
 Bevölkerungsfortschreibung 2007
 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020 - Variante 3

Kreisfreie Städte

Für die drei Kreisfreien Städte wird eine unterschiedliche Entwicklung bei den Privathaushalten erwartet. Während die Zahl der privaten Haushalte in der Landeshauptstadt noch weiter ansteigen wird, gehen diese in der Stadt Leipzig leicht und in der Stadt Chemnitz stark zurück. Die unterschiedliche Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung. Im Zeitraum von 2007 bis 2020 wird die Bevölkerung in Dresden um 2,4 Prozent ansteigen. Dieser Anstieg wird sich positiv auf die Entwicklung der privaten Haushalte auswirken. Bis 2020 wird hier eine Zunahme um 3,2 Prozent erwartet. Für die Stadt Leipzig wird ein minimaler Bevölkerungsrückgang von 0,5 Prozent und leichter Haushalterückgang von 2,5 Prozent erwartet. Mit einem Bevölkerungsrückgang von 11,5 Prozent und einem Haushalterückgang von 10,0 Prozent wird sich die Stadt Chemnitz deutlich schlechter entwickeln als die beiden anderen sächsischen Großstädte.

Landkreise

Bezüglich der Bevölkerungsentwicklung und der Entwicklung der privaten Haushalte werden erhebliche regionale Unterschiede auftreten. Im Wesentlichen kann in zwei Landkreistypen unterschieden werden. Die eine Gruppe, zu der die Landkreise Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Leipzig und Meißen zählen, entwickelt sich sowohl bei der Bevölkerung als auch bei den Haushalten günstiger als der Sachsendurchschnitt. Für diese drei Landkreise wird ein Bevölkerungsrückgang zwischen 7,1 und 7,4 Prozent erwartet, was unterhalb des Sachsendurchschnitts von 8,2 Prozent liegt. Bei den privaten Haushalten wird der Rückgang zwischen 4,5 und 6,2 Prozent betragen. Im Vergleich dazu liegt der sächsische Durchschnitt bei 6,4 Prozent.

Die zweite Gruppe von Landkreisen entwickelt sich ungünstiger als die beiden Durchschnitte, wobei der Landkreis Nordsachsen eine Ausnahme bildet. Für Nordsachsen wird von einem Bevölkerungsrückgang ausgegangen, der über dem Sachsendurchschnitt liegt, während sich die Reduzierung der Zahl der privaten Haushalte unter dem Sachsendurchschnitt bewegt. Für die verbleibenden Landkreise wird ein Bevölkerungsrückgang zwischen 11,8 und 14,0 Prozent und ein Rückgang bei der Anzahl der privaten Haushalte zwischen 9,6 und 12,2 Prozent erwartet (vgl. Abb. 6).

Fazit

Im Zeitraum von 2007 bis 2020 wird die sächsische Bevölkerung um 8,2 Prozent schrumpfen. Dieser starke Bevölkerungsrückgang wird sich auf die Anzahl der privaten Haushalte negativ auswirken, da eine starke Abhängigkeit zwischen Haushalten und Bevölkerung besteht. Aufgrund des sich wandelnden Haushaltsbildungsverhaltens – spe-

ziell dem Trend zu kleineren Haushalten – wird der Rückgang bei den Haushaltszahlen etwas abgefedert. Für den gleichen Zeitraum wird bei den Haushalten ein Rückgang von 6,4 Prozent erwartet. Ein weiteres wesentliches Ergebnis der Haushalteprognose besteht im Aufzeigen von regionalen Unterschieden. Aufgrund der regional unterschiedlichen Bevölkerungs- und Altersstrukturentwicklung kommt es zu signifikanten Unterschieden bei der Entwicklung der privaten Haushalte. Während die Stadt Dresden mit mehr Haushalten rechnen kann, müssen sich alle anderen Landkreise und Kreisfreien Städte auf zum Teil erheblich schwindende Haushaltszahlen einstellen. Dabei reicht die Spanne von 2,5 Prozent bis 12,2 Prozent Rückgang. Als drittes gilt es festzuhalten, dass der Anteil der kleinen Haushalte weiter steigen wird und somit die durchschnittliche Haushaltsgröße ihren stetigen Rückgang fortsetzen wird.

Andreas Schulz, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat Sozialwissenschaftliche Analysen und Prognosen

Literaturverzeichnis:

- [1] Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Bevölkerung, Sonderheft der Schriftenreihe des BiB, Wiesbaden 2004
- [2] Statistisches Bundesamt Fachserie 1, Reihe 3, 2006
- [3] Kemper, Franz-Josef: Geographie als Sozialwissenschaft: Beiträge zu ausgewählten Problemen kulturgeographischer Forschung; Wolfgang Kuls zum 65. Geburtstag, 1985

Der neue Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

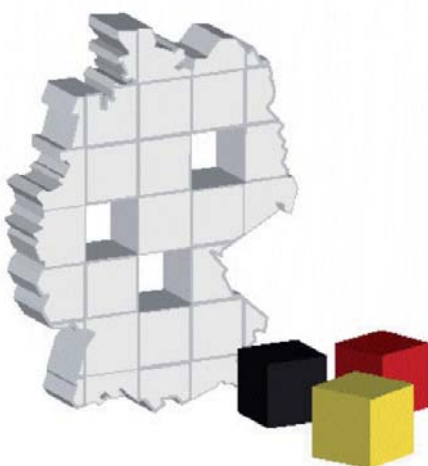
Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten im Internet seit dem Frühjahr 2009 einen neuen Regionalatlas an. Der kostenlose Regionalatlas löst den bisherigen „Online-Atlas zur Regionalstatistik“ ab. Er stellt in Form von thematischen Karten über 80 Indikatoren für alle Kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands dar.

Das interaktive Informationsangebot erstreckt sich über verschiedene Themenbereiche wie Bevölkerung, Industrie, Tourismus, Verkehr etc. So ist zum Beispiel auf einen Blick zu erkennen, in welchen Kreisen Deutschlands die Pkw-Dichte, das verfügbare Einkommen je Einwohner oder die Arbeitslosenquote überdurchschnittlich hoch bzw. niedrig sind.

Der neue Regionalatlas bietet dem Anwender ein großes Spektrum an Interaktionsmöglichkeiten für die Visualisierung und Abfrage der Informationen. Zu jedem Themenbereich können unterschiedliche Indikatoren und verschiedene Berichtszeiträume abgefragt werden. Als Datenbasis für die Berechnung der entsprechenden Kennzahlen werden überwiegend Merkmalswerte aus der kostenlosen Regionaldatenbank Deutschland genutzt. Diese ist unter der Adresse <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon> zu finden.

Im Unterschied zum früheren Regionalatlas ist der Verzicht auf Plug-ins hervorzuheben. Dies macht den neuen Regionalatlas insgesamt nutzerfreundlicher. Die informationstechnische Betreuung des neuen Produkts übernimmt das Statistische Bundesamt (Destatis).

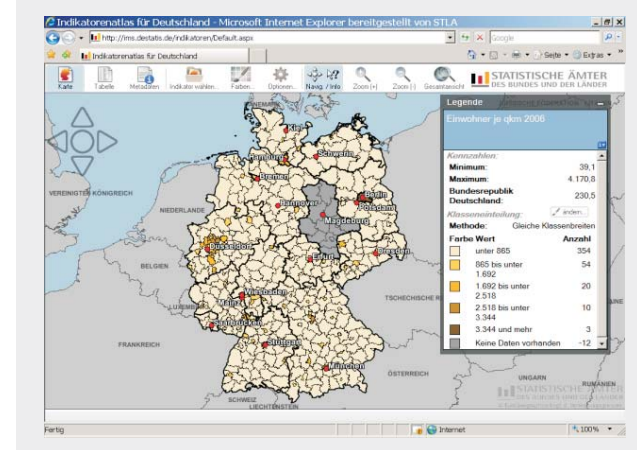
Der neue Regionalatlas ist unter www.statistikportal.de hinter folgendem Logo abrufbar:



Neben dem eigentlichen Atlas bietet das Angebot eine Bedienungsanleitung sowie Kontaktdaten.

Nach dem Aufrufen des Programms erhält man folgende Startseite:

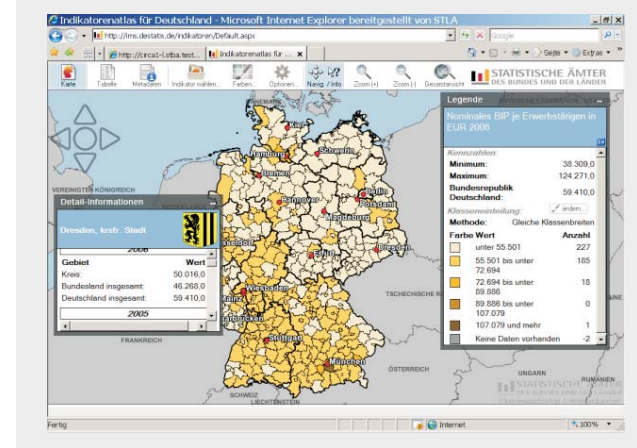
Abb. 1 Startbild Atlas



Von hier aus lassen sich die gewünschten Daten anfordern und der Nutzer kann beliebig im Programm navigieren: Klickt er mit dem Cursor auf einen bestimmten Kreis, erscheint ein weiteres Detailfenster. Das geöffnete Fenster enthält Detailinformationen zu diesem Kreis und Vergleichswerte zum entsprechenden Bundesland sowie für Deutschland jeweils für die vorhandenen Bezugszeiträume.

Jeder Indikator wird in einer Karte (→ Icon „Karte“) dargestellt. Diese kartografische Darstellung enthält die Deutschlandkarte mit den Grenzen der Kreisfreien Städte und Landkreise sowie nach Bedarf die Bildschirmfenster

Abb. 2 Detailfenster



für die Legenden- und/oder Detailinformationen. Gibt es ausnahmsweise für einen Kreis keine Datenwerte, wird dieser Kreis grau abgebildet.

Im Legendenfenster sind ausgewählte Kennzahlen (Minimum, Maximum sowie der Wert für Deutschland) und die Klasseneinteilung beschrieben. Das Zeichen „i▼“ im Legendenfenster führt zu einer ausführlichen Indikatorbezeichnung und einer Beschreibung der Besonderheiten.

Die Auswahl des Themenbereiches des eigentlichen Indikators und des Bezugsjahres erfolgt über das Icon → „Indikator wählen“ im oberen Bildschirmbereich. Zum Beispiel wird als Information aus dem Themenbereich „Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung“ das „Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen“ für das Berichtsjahr 2006 angeboten.

Erwerbstätigen). Außerdem werden die gewählte Methode (hier: gleiche Klassenbreiten) mit den Werten zu den Klassen (im Beispiel: 5) und die Anzahl der Kreise, die den jeweiligen Klassen entsprechen, abgebildet.

Zur Änderung der Klasseneinteilung klickt man im Legendenfenster bei der „Klasseneinteilung“ auf das Feld „ändern“. In dem sich öffnenden neuen Fenster „Farbgebung und Klassengrenzen wählen“ können verschiedene Einstellungen ausgewählt werden. Es besteht nun die Möglichkeit der Auswahl zwischen „Gleiche Klassenbreiten“ bzw. „Gleiche Klassenbesetzung“ (siehe Abbildung 4) Ferner ist die Anzahl der Klassen zwischen 2 und 20 variierbar und die Farbgebung der Karten veränderbar. Ein Beispiel für die Anwendung dieser Varianten ist aus Abbildung 5 ersichtlich.

Abb. 3 Bruttoinlandsprodukt

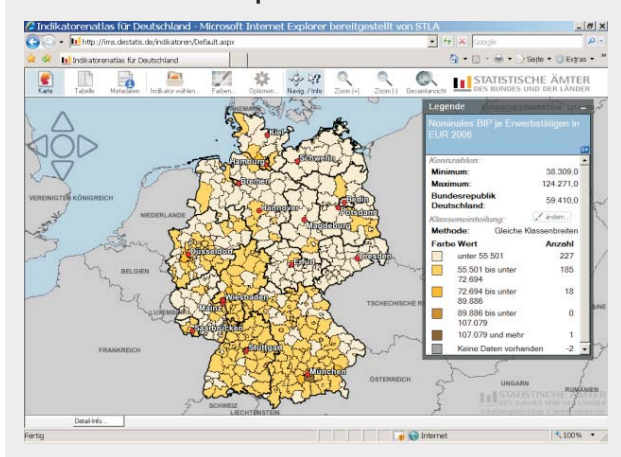
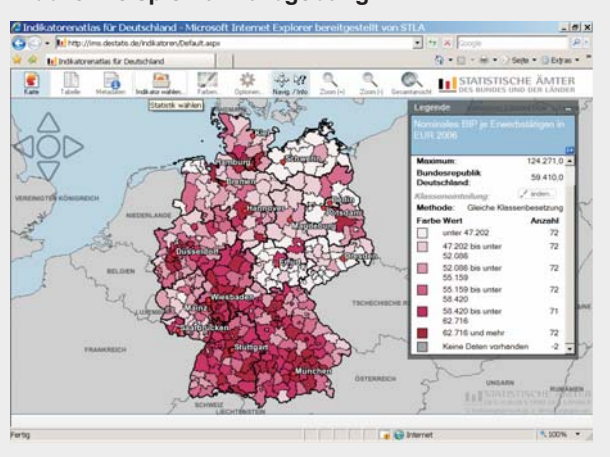


Abb. 5 Beispiel für Farbgebung



Zum einen wird die dazugehörige Karte mit dem dargestellten Indikator „Nominales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR 2006“ angezeigt. Zum anderen erscheinen im Legendenkasten dazu für das ausgewählte Berichtsjahr 2006 jeweils das Minimum (hier: 38 309 € je Erwerbstätigen) und das Maximum (124 271 € je Erwerbstätigen) sowie der Durchschnittswert für Deutschland (59 410 € je

Diese Funktionalitäten werden außerdem auch über das Icon → „Farben“ angeboten. Sieben verschiedene Farbschemata stehen zur Verfügung.

Das Icon → „Tabelle“ ermöglicht den Abruf einer html-Tabelle, in der für den jeweiligen Indikator die Werte für jede Kreisfreie Stadt bzw. jeden Landkreis Deutschlands – alphabetisch geordnet – dargestellt werden, soweit Datenwerte vorhanden sind. (s. Abb. 6)

Die html-Tabelle sieht auch eine Sortierfunktion vor, so dass durch einen Klick erkennbar ist, in welchem Kreis bzw. welcher Kreisfreien Stadt der Wert am höchsten oder niedrigsten ist. Über den fünfstelligen Kreisschlüssel können außerdem die Kreise nach Bundesländern vorsortiert werden.

Metadaten zum ausgewählten Indikator werden unter dem Icon → „Metadaten“ angezeigt. Im gewählten Beispiel sind das die Definitionen zu den Erwerbstätigen sowie zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. der Bruttowertschöpfung (BWS).

Verschiedene Darstellungsoptionen für die Karten können unter dem Icon → „Optionen“ ausgewählt werden. So besteht die Option zwischen der permanenten Anzeige der Kreisnamen und/oder der Anzeige der Werte für die

Abb. 4 Farbgebung und Klassengrenzen wählen

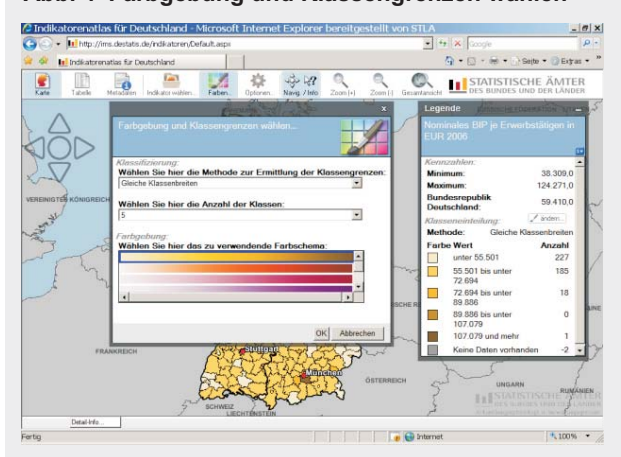


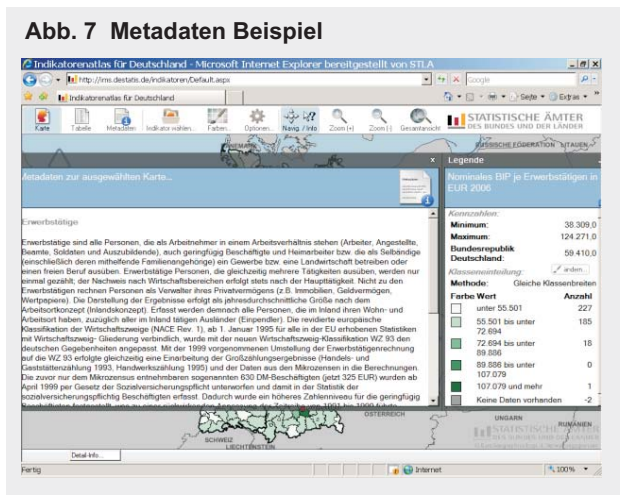
Abb. 6 Tabelle

Indikatorenkatalog für Deutschland - Microsoft Internet Explorer bereitgestellt von STA

gdi Indikatorenkatalog für Deutschland

Name des Kreises	Wert
Aachen, Kreis	56940,0
Aachen, kreisf. Stadt	53904,0
Altenkirchen, Landkreis	47202,0
Aachach-Friedberg, Landkreis	61540,0
Alb-Donau-Kreis	64665,0
Altendörfer Land, Kreis	45922,0
Altentischen (Westenwald), Landkreis	52425,0
Altmarkkreis Salzwedel, Kreis	47877,0
Altötting, Landkreis	76779,0
Alzey-Worms, Landkreis	56574,0
Amberg, kreisf. Stadt	56778,0
Amberg-Weizbach, Landkreis	56535,0
Ammerland, Landkreis	48521,0
Anhalt-Bitterfeld, Kreis	51483,0
Ansbach, Landkreis	41484,0
Ansbach, kreisf. Stadt	57198,0
Ansbach, Landkreis	56749,0
Aschaffenburg, kreisf. Stadt	68957,0
Aschaffenburg, Landkreis	58247,0

Abb. 7 Metadaten Beispiel



einzelnen Kreise zu wählen. Zusätzlich können auch die Namen der Bundesländer und/oder die Namen der jeweiligen Hauptstädte der Bundesländer angezeigt werden. In Abhängigkeit von der Zoomstufe ist allerdings bei kleinen Gebietseinheiten die Anzeige von Namen oder Werten aus Platzgründen nicht möglich.

Eine Erweiterung des Indikatorenkatalogs wird nach der Freischaltung des neuen Regionalatlases in Angriff genommen. So sollen zum Beispiel Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung oder Bildungs- und Sozialindikatoren ergänzt werden bzw. die im Regionalatlas enthaltenen Daten sollen auch für andere, der Kreisebene übergeordnete Regionaleinheiten – wie Bundesländer – im Atlas abgebildet werden können.

Die ab 1. August 2008 in Sachsen gültige neue Kreisgliederung wird im Regionalatlas mit der Aktualisierung der Daten auf den Stand von 2008 umgesetzt.

Regine Fiedler, Referentin für Regionalstatistik
Gabriela Retschke,
Fachverantwortliche für Regionalstatistik

Kosten- und Leistungsrechnung erweist sich zunehmend als Organisationssteuerungsinstrument

Vorbemerkungen

Personaleinsparungen von 20 Prozent innerhalb weniger Jahre sind nicht ohne akribisches Personal- und Projektmanagement zu realisieren. Dazu kommt, dass weder Qualitätsverluste noch Terminverstöße aus diesen Maßnahmen eintreten sollten.

Diese gestellte Aufgabe glich scheinbar einer Quadratur des Kreises. Inzwischen wird sie dank der Mithilfe aller Beschäftigten und unter intensiver Nutzung wichtiger technischer Hilfsmittel schon mit merklichem Effekt geleistet. Ein sehr wichtiges dieser technischen Hilfsmittel ist die ständig verbesserte Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), die unter der Mitarbeiterschaft als „Aufwandsrechnung“ bezeichnet wird, wobei die KLR mehr als die Aufwandsrechnung der Mitarbeiter des Amtes beinhaltet.

Alle Notwendigkeiten, Bedingungen und Einflüsse innerer und äußerer Natur auf die Aufgabenerledigung des Statistischen Landesamtes wurden betrachtet und priorisiert. Damit wurde ein neues Strukturmodell für jede der Abteilungen des Amtes erstellt. In den fachstatistischen Abteilungen wurde großer Wert darauf gelegt, vor allem gleichlaufende Prozesse zu bündeln und damit Effekte zu erzielen, die einen flexiblen Mitarbeiterinsatz fördern und gleichzeitig die Qualität der Ergebnisse nicht sinken lassen. Zusätzlich werden die erhobenen Daten umfangreicher als bisher analysiert und gemeinsam mit weiteren Partnern eine breitere Nutzung des Datenfundus angestrebt.

Bereits in den ersten Monaten nach der Diskussion um die vorgesehene Struktur wurde in allen Organisationseinheiten ein Umdenken in den Arbeitsbereichen registriert. Viele Hinweise auch zur Veränderung der Aufwandsrechnung wurden aus den Fachbereichen eingebracht. Die Änderung der Organisationsstruktur, die endgültig im September 2008 erfolgte, hat sich jedoch bereits in den Daten der Aufwandsrechnung des gesamten Jahres 2008 niedergeschlagen.

Veränderungen in der Statistikproduktion

Die verschiedenen Teilprozesse der Statistikproduktion werden durch neue Werkzeuge und Verfahren immer enger miteinander verzahnt. Das hat generelle Auswirkungen auf die bisherige Arbeitsteilung zwischen der Informationsverarbeitung und der Fachstatistik.

Die von der bundesweiten Arbeitsgruppe Standardisierung

des Produktionsprozesses (AG Step) erarbeitete Systematik zur Aufteilung der Statistikproduktion in Teilprozesse (TP) und Arbeitsschritte (AS) hat zum Ziel, die Statistikproduktion in den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder zu vereinheitlichen. Zukünftig sind nicht nur Prozessketten, sondern auch immer mehr Prozessnetze mit fachstatistikübergreifenden Aufgaben zu berücksichtigen. Benötigt werden Kenntnisse zur Anwendung standardisierter IT-Instrumente für die Durchführung, Auswertung und Analyse von Statistiken in Verbindung mit fachstatistischen Datenbanken bzw. Informationssystemen. Das erfordert eine systematische sowie spezifische Qualifizierung der Mitarbeiter.

Um einen vereinfachten und wirtschaftlicheren Weg zur technischen Datenaufbereitung beschreiten zu können, haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im April 2007 eine Vereinbarung über die „Zentrale IT-Produktion und Datenhaltung“ (ZPD) getroffen, in der die Zuständigkeiten und organisatorischen Regelungen für erforderliche Maßnahmen definiert sind. Eine Rahmenvereinbarung sieht vor, dass die Arbeiten, die das programmierende Amt für die anderen Ämter durchführt, in geeigneter Weise verrechnet werden. Durch die Einführung der ZPD werden auch die Teilprozesse der Statistikproduktion in den Statistischen Landesämtern beeinflusst. Die Festlegungen der AG ZPD sind daher auch in unserer KLR zu beachten.

Voraussetzung für eine Verwaltungsreform und damit auch für den Veränderungsprozess im Statistischen Landesamt Sachsen sind neben dem inhaltlichen Veränderungskonzept auch IT-gestützte Steuerungsinstrumente, die Mitarbeiterbeteiligung verbunden mit vertrauensbildenden Maßnahmen sowie eine Kosten- und Prozesstransparenz. Erst durch die Kosten- und Prozesstransparenz der Statistikproduktion werden Analysen zum Einsatz der Sachmittel und Personalressourcen sowie eine effektivere Planung und Steuerung (strategische Ausrichtung) ermöglicht. Spezifische Kenntnisse der Mitarbeiter über Verbundwerkzeuge, Automatisierungswerkzeuge für die Ablösung von Routineaufgaben sowie zum Einsatz IT-gestützter Werkzeuge für das Prozessmanagement und zur Erhebungsunterstützung verringern den notwendigen Aufwand und verbessern die Qualität der Statistikproduktion.

Eine produktbezogene Aufwandserfassung, welche die Bewertung der eigenen Leistungsfähigkeit unterstützt, ist Quelle für eine Analyse der Wirtschaftlichkeit der Statistikproduktion, um vom Minimalprinzip (ein bestimmtes Ergebnis mit möglichst geringem Mitteleinsatz zu erreichen) zum Maximalprinzip (mit einem definierten Mitteleinsatz das bestmögliche Ergebnis zu erzielen) zu gelangen.

Aufwandserfassung und Kostenberechnung

Ablauf und Zuständigkeiten für die Aufwandserfassung werden in der Dienstvereinbarung unseres Amtes zur Aufwandsdokumentation (Stand: 1. September 2007) unter Berücksichtigung der Rahmendienstvereinbarung im Geschäftsbereich des SMI geregelt: [1]

- Jeder Mitarbeiter hat täglich seinen monatsbezogenen Aufwandsbericht zu führen. Diese Berichte werden von den zuständigen Verantwortlichen für die jeweiligen Kostenstellen kontrolliert und freigegeben.
- Die Übernahme der Aufwandsberichte in die Aufwandsrechnung, die anschließende Aggregation der Aufwandsdaten, deren zentrale Auswertung und selektive Bereitstellung für die Kostenstellenverantwortlichen erfolgt durch den Controllingverantwortlichen. [2]

Anhand einer Zuordnungstabelle können jedem Kostenträger und den am Produktionsprozess beteiligten Kostenstellen Budgets (Personalkosten) zugewiesen werden. Der Verbrauch wird durch die Freigabe der Aufwandsberichte belegt.

Die Aufwandsberichte werden auf Anforderung (z. B. bei beantragten Finanzhilfen für die Produktion von EU-Statistiken) mit dem Tagesaufwand durch die betreffenden Mitarbeiter archiviert und können daher jederzeit zur Überprüfung des Aufwandes personenbezogen abgefordert werden.

Unser Anspruch an eine prozessnahe Aufwandserfassung wurde im Zusammenhang mit der Einführung eines web-basierten Aufwandsberichts ab dem zweiten Halbjahr 2007 weiter verbessert. Zusätzlich wurden erreicht

- eine Verbesserung von Datensicherheit und Datenschutz, da auch der tagesbezogene Aufwand bis zur Kontrolle und Freigabe des Aufwandsberichts in einer Datenbank gespeichert wird
- die Aufnahme von Festeinträgen als definierte Vorgaben für die Aufwandserfassung
- die Unabhängigkeit von Versionswechseln/ Änderungen der MS Office gegenüber Vorgängerversion des Aufwandsberichts.

Die erfolgte Qualifizierung der Aufwandsrechnung ist hilfreich bei der Unterstützung des Controllingverantwortlichen, für die Verwaltung der Kontroll- und Auswertungsrechte, für die Kostenstellenverantwortlichen sowie für die Verwaltung der Aufgaben zur Aktualisierung der Datenbank. Auch bei der Anpassung der Kataloge sowie Kostenstellen wird der Veränderungsprozess des Amtes nachvollzogen. Erreicht wird dadurch auch eine höhere Flexibilität bei der Aufwandserfassung in Verbindung mit einem verbesserten Prozessbezug. Mit dem Wegfall der vorher engen Sachgebietsgrenzen fielen auch diese Kostenstellen weg. Die interne Kostenträgersystematik wurde überarbeitet, bei der Vergabe der Strukturzeichen wurden die neue Aufgabenzuordnung sowie die Bildung von Mitarbeiterpools berücksichtigt.

Die Personalkosten werden für alle Mitarbeiter anhand der aktuellen Entgeltgruppe monatsbezogen je Kostenstelle, Tätigkeit, Auftraggeber und Kostenträger mittels der aktuellen Personalkostensätze des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen berechnet und auf Anforderung bereitgestellt.

Die unterschiedliche Ermittlung der Personal- und Sachkosten in den Statistischen Landesämtern war der Ausgangspunkt für die Ende 2004 vom Ausschuss für Organisation und Umsetzung (AOU) berufene Arbeitsgruppe (AG) Kalkulation und Abrechnung von Leistungen im Rahmen der Optimierte Kooperation (OPTIKO). Die AG OPTIKO erhielt die Aufgabe, eine Kostenkalkulation und mögliche Verrechnungsmodelle für die optimierte Kooperation zu entwickeln. Im April 2005 wurde empfohlen, anhand der landesspezifischen Kostensätze die Kostenkalkulation in den Statistischen Landesämtern durchzuführen. [3] Auch der AOU hat auf seiner Sitzung am 19./20. Februar 2008 unter TOP 10 beschlossen, zukünftig die landesspezifischen Kostensätze für die Kostenkalkulation von Gesetzesfolgen zu nutzen. Die Kostensätze gelten jeweils vom 1. Juli eines Jahres bis zum 30. Juni des Folgejahres. Durch das Statistische Bundesamt erfolgt jährlich eine Aktualisierungsabfrage bei den Controllingbeauftragten der Statistischen Landesämter.

Seit 2008 wird der Aufwand für die ZPD separat erfasst. Bedingt durch die in den Statistischen Landesämtern vorhandenen unterschiedlichen KLR-Systeme gibt es aber auch zur Aufwandserfassung für die ZPD in den Statistischen Landesämtern unterschiedliche Festlegungen.

Im Amt wird seit Beginn der Aufwandserfassung (1998) darauf geachtet, dass der Gemeinkostenanteil selbst in den Verwaltungsstrukturen gering ist (in der Regel liegen die Zuschlagssätze auf Einzelkosten unter 10 Prozent). Dadurch war und ist es uns möglich, jederzeit spezifische Aussagen zur direkten Belastung der Kostenträger und auch der Auftraggeber zu liefern. Da wir die Produktion eines Kostenträgers entsprechend dem Ablauf im Produktionsprozess erfassen, wird eine kostenstellenübergreifende Auswertung und Analyse des Produktionsprozesses unterstützt.

„Die Prozesskostenrechnung analysiert die den Gemeinkosten zugrunde liegenden indirekten Leistungsbereiche und betrachtet die Leistungserstellung aus einer anderen Perspektive - weg von der kostenstellenbezogenen Zuordnung der Kosten hin zu einer kostenstellenübergreifenden Betrachtungsweise.“ [4]

Die durchgeführten Prozessanalysen zur Statistikproduktion durch Excellence-Teams zur Einführung des Qualitätsmanagement (EFQM - Prozessaufnahme und Analyse je Produkt) haben das bestätigt.

Zukünftig sind die Ergebnisse der AG Step zur Standardisierung des Produktionsprozesses in den Statistischen Landesämtern bei der Aufwandserfassung und somit auch in unserem Tätigkeitskatalog noch stärker zu berücksichtigen. Vor der Einführung des web-basierten Aufwandsberichts wurde

daher der Tätigkeitsschlüssel um zwei Stellen erweitert. Damit können zukünftig die von der AG Step erarbeiteten Teilprozesse und Arbeitsschritte bei der Aufwandserfassung berücksichtigt werden. Zielstellung ist, in der Aufwandserfassung bisherige Tätigkeiten durch ausgewählte Teilprozesse und deren Arbeitsschritte zu ersetzen. Vorerst sollen nur solche Teilprozesse ausgewählt werden, welche nach Einschätzung der AG Step ein hohes Standardisierungs- und Rationalisierungspotential aufweisen (s. Abb. 1).

Abb. 1 Beispiel zur Berücksichtigung von Teilprozessen und Arbeitsschritten mit einem hohen Standardisierungs- und Rationalisierungspotential

Aktueller Tätigkeitskatalog des StaLA Sachsen		AS	Teilprozesse (TP) und Arbeitsschritte (AS)
3410	Datenprüfung und -korrektur	00	TP11_PL-Durchführung in den statistischen Ämtern
		01	Tendenzen (statistischer Ergebnistyp)
		02	vorläufige Ergebnisse
		03	Standardergebnisse
		04	Mikrodaten
3431	Datenbereitstellung	00	TP17_Datenbereitstellung
		01	Summensätze
		02	spezielle Anforderungen

Für jeden Kostenstellenverantwortlichen besteht die Möglichkeit mittels der Aufwandsrechnung, Auswertungen zum Aufwand seiner Kostenstelle sowie den benutzten Kostenträgern, Auftraggebern und Tätigkeiten entsprechend dem gewünschten Zeitbezug (ein Monat bis mehrere Jahre) zu erzeugen. [5]

Benchmarking der Statistischen Landesämter

Entsprechend den Empfehlungen der Rechnungshöfe und den Aufträgen der für die Statistik zuständigen Ministerien soll das Benchmarking als systematischer Leistungsvergleich zwischen den Statistischen Landesämtern ein „Lernen vom Besten“ fördern.

Wesentlich beeinflusst wird das Benchmarking durch die Masterplanprojekte

- Optimierte Kooperation (OPTIKO)
- Standardisierung von Erhebungsprozessen (Step)
- Reform der Unternehmensstatistiken
- eGovernment.

Zielstellung für das Benchmarking zwischen den Statistischen Landesämtern ist, neben der Transparenz des Ressourcenverbrauchs für ausgewählte Statistiken auch neue Optimierungsansätze für die Produktionsprozesse zu erhalten. Mit dazu beitragen sollen Analysen von

Vorgehensweisen zum Einsatz vorhandener bzw. neuer Werkzeuge.

Nach der Gründung der AG Benchmarking zum Aufbau eines länderübergreifenden Benchmarking der Statistischen Ämter der Länder unter der Projektleitung von Baden-Württemberg wurde das Benchmarking zwischen den Statistischen Landesämtern mit vier ausgewählten Statistiken im Jahr 2004 gestartet. [6]

Da sich in der Vorbereitungsphase auf das Benchmarking die Standardisierung des Produktionsprozesses noch in der Entwurfsphase befand, musste die AG Benchmarking selbst festlegen, welche Aufgaben und Aktivitäten bzw. Tätigkeiten in das Benchmarking zwischen den Statistischen Landesämtern einzubeziehen sind.

Seit 2003 sind in allen Statistischen Landesämtern die Produktkataloge (Statistik-Kostenträger) für die KLR am **Einheitlichen Verzeichnis Amtlicher Statistiken (EVAS)** der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auszurichten.

Bedingt durch unterschiedliche Rahmenbedingungen zur Einführung der KLR in den Statistischen Landesämtern sind sowohl die Verwendung des EVAS als auch die Zuordnung des Aufwandes zu den einzelnen Tätigkeiten des Produktionsprozesses nicht einheitlich. Daher wurde von der AG Benchmarking beschlossen, den Vergleich zwischen den Statistischen Landesämtern auf der Grundlage des Aufwandes für definierte Grundprozesse (abgestimmte Tätigkeiten) der Statistikproduktion

- Vorbereitung
- Datenerhebung
- Aufbereitung

durchzuführen. Entwicklungsbedingt hat sich der Schwerpunkt bei der Datenerfassung von der reinen Datenerfassung zu integrierten Verfahren verschoben, deshalb wurde von der AG Benchmarking empfohlen, ab dem Jahr 2005 die Tätigkeiten

- zentrale Datenerfassung im Statistischen Landesamt
- Datenerfassung in der Fachabteilung

nicht mehr dem Grundprozess Datenerhebung sondern dem Grundprozess Aufbereitung zuzuordnen.

Da die Ausgangssituation für die Aufwandserfassung in den Statistischen Landesämtern unterschiedlich ist, wurde für den Ergebnisvergleich der Zeitaufwand in Minuten je Bearbeitungsfall (Arbeitszeit als Kostentreiber) bezogen auf den Betrachtungszeitraum als kleinster gemeinsamer Nenner festgelegt. Bei der Statistikproduktion sind jedoch nicht alle Aktivitäten bzw. Tätigkeiten fallzahlabhängig. Deshalb ist zur Unterstützung des Benchmarking für jede ausgewählte Statistik ein Statistikdatenblatt zu erarbeiten. Damit wird die Zielstellung verfolgt, neben dem Ergebnis Minuten je Bearbeitungsfall für einen Berichtszeitraum auch den Einfluss von qualitativen Kennzahlen auszuweisen. Von Vorteil ist, dass die Erarbeitung und fachliche Koordinierung der Statistikdatenblätter durch die zuständigen Fachreferenten und nicht durch die Verantwortlichen für das Benchmarking (in der Regel auch die Verantwortlichen

für die KLR) erfolgt. Allerdings gibt es teilweise erhebliche Unterschiede zur Definition der einzelnen Merkmale in den Statistikdatenblättern.

Durch unterschiedliche Periodizitäten bei der Statistikproduktion wurde für das Benchmarking der ausgewählten Statistiken der Jahresvergleich festgelegt.

Zur Aufnahme weiterer Statistiken in das Benchmarking wurde durch die AG Benchmarking ein Konzept (Rotationsmodell) erarbeitet. Um das Benchmarking als Controllinginstrument für die Optimierung der Statistikproduktion und somit auch für eine gesteigerte Wirtschaftlichkeit auszubauen, wurden ab 2005 weitere vier Statistiken aufgenommen.

Die Anzahl der teilnehmenden Statistischen Landesämter am Benchmarking ist nicht konstant. So haben die Verwaltungsreform (z. B. die Zusammenlegung von zwei Statistischen Landesämtern zu einem Statistischen Landesamt) sowie temporäre Verbünde (z. B. der Mitteldeutsche Verbund der Statistischen Landesämter (MVStaLÄ)) Auswirkungen auf die Teilnahme der Statistischen Landesämter insgesamt bzw. auf das Benchmarking einzelner Statistiken. Seit 2007 wird in allen Statistischen Landesämtern auch der Zeitaufwand für das Benchmarking gesondert erfasst, um den dafür erforderlichen Aufwand in jedem Statistischen Landesamt zu dokumentieren.

Das „Lernen vom Besten“ (eingeleitete Maßnahmen anhand der Ergebnisse des Benchmarking) führt in der Regel bei den ausgewählten Statistiken zur Senkung des Zeitaufwands in Minuten je Bearbeitungsfall bezogen auf den Betrachtungszeitraum. Zusätzlich werden durch das Benchmarking weitere positive Effekte erreicht. So reduzieren die zwischen dem Verantwortlichen für das Benchmarking und den Fachverantwortlichen durchgeführten Analysen ungenaue Aufwandszuordnungen und beeinflussen damit auch die Aufwandserfassung für Statistiken positiv, die nicht am Benchmarking teilnehmen.

Im November 2004 wurde durch die Innenminister der Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine Verwaltungsvereinbarung über die Bildung eines MVStaLÄ in Kraft gesetzt. In Vorbereitung der Kooperation haben die Controllingverantwortlichen der drei Statistischen Landesämter, die gleichzeitig auch Mitglieder der AG Benchmarking der Statistischen Landesämter sind, eine Harmonisierung der Aufwandserfassung für die drei Statistischen Landesämter anhand von definierten Grundprozessen erarbeitet.

Controllingwerkzeuge für die Kostenstellenverantwortlichen

Zunächst ging es vorrangig um die Effektivität der internen Prozesse. Zukünftig sind aber auch die Kundenperspektive sowie das Wissens- und das Gesundheitsmanagement zu betrachten. Immer mehr an Bedeutung gewinnt daher das Konzept der Balanced Scorecard, da es eine umfassende

Abb. 2 Ausgewählte Tätigkeiten der Öffentlichkeitsarbeit im Zeitraum 2003 bis 2008

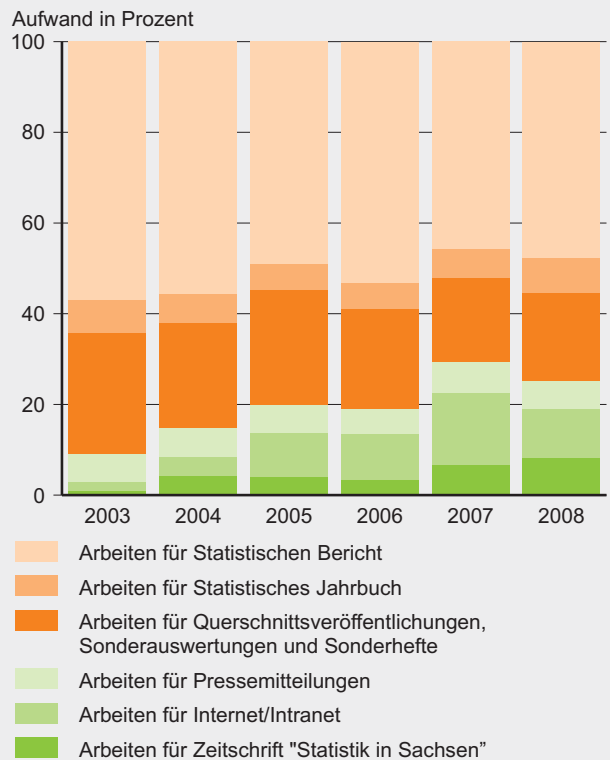
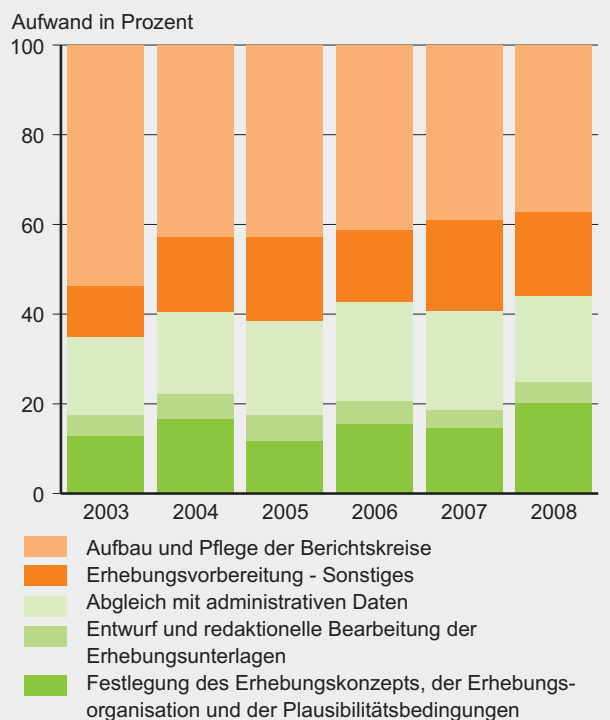


Abbildung der Veränderungsprozesse ermöglicht und davon sowohl das operative als auch das strategische Controlling partizipieren.

Abb. 3 Erhebungsvorbereitung im Zeitraum 2003 bis 2008



Bereits mittels Standardsoftware MS Excel lassen sich die Veränderungen im statistischen Produktionsprozess gut visualisieren. Am Beispiel ausgewählter Tätigkeiten im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit (Tätigkeiten für die Produktion der Veröffentlichungen) im Zeitraum von 2003 bis 2008 werden die Auswirkungen des Veränderungsprozesses deutlich (vgl. Abb. 2). Hier ist eine signifikante Erhöhung des Aufwandes für die Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ zu erkennen.

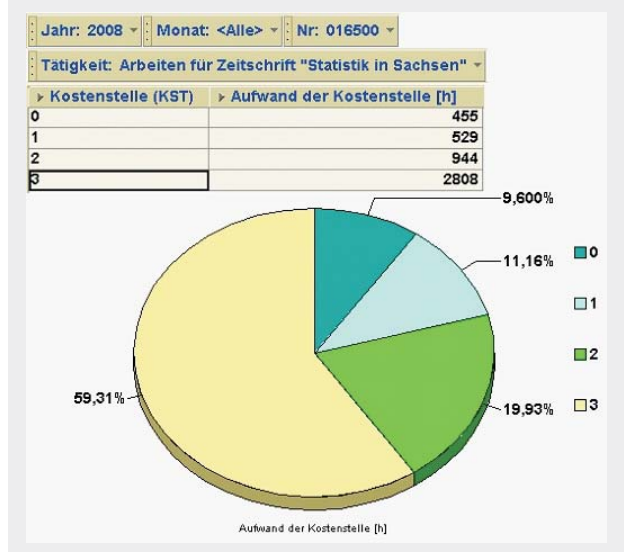
Anhand einer Analyse zur Erhebungsvorbereitung für den Zeitraum von 2003 bis 2008 wird die verstärkte Nutzung des Unternehmensregisters für statistische Zwecke sichtbar. Vor allem der Aufbau und die Pflege der Berichtskreise für die einzelnen Wirtschaftsstatistiken kann durch eine effektive und ergebnisorientierte Registerpflege von mehr als 50 Prozent der Arbeitszeit für diesen Step auf weniger als 40 Prozent verringert werden (vgl. Abb. 3). Damit wird auch der definierte Zweck dieses Instrument bestätigt.

Mit der Bereitstellung verschiedener Controllingwerkzeuge für die Kostenstellenverantwortlichen wurde das strategische Controlling weiter qualifiziert.

Oracle Discoverer Plus

Durch die erfolgte Einbindung von Oracle Discoverer Plus in die Aufwandsrechnung werden ad hoc Auswertungen ermöglicht und diese sowohl tabellarisch als auch grafisch bereitgestellt. [7] Die Kostenstellenverantwortlichen werden unterstützt, zusätzlich zu den verfügbaren Standardauswertungen und dem Export der Ergebnisse als Excel Datei, ad hoc Abfragen zur Deckung Ihres Informationsbedarfs zu formulieren. Bereits erprobt wurden Controllingblätter, die einen Kostenstellenvergleich von ausgewählten Tätigkeiten, einen Vergleich von ausgewählten Kostenträgern sowie einen Vergleich von ausgewählten Auftraggebern ermöglichen.

Abb. 4 Kennzahl – Arbeiten für Zeitschrift „Statistik in Sachsen“

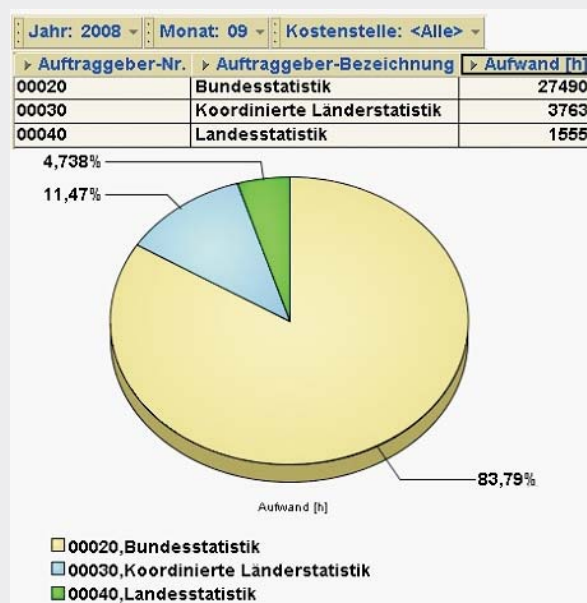


1. Beispiel (vgl. Abb. 4)

Das Jahr, der Monat und die Tätigkeit können ausgewählt

werden. Entsprechend der Funktion des für die Kostenstelle Verantwortlichen werden die Stunden im Amt, in einer Abteilung, in einem Referat oder in einem Aufgabengebiet als Tabelle und Diagramm angezeigt. In diesem Controllingblatt wird der Aufwand in Stunden je Kostenstelle (hier Abteilung) für das Jahr 2008 zur Tätigkeit Arbeiten für Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ als Tabelle und Grafik angezeigt.

Abb. 5 Kennzahl – Aufwandsverhältnis ausgewählter Auftraggeber



2. Beispiel (vgl. Abb. 5)

Das Jahr, der Monat und die Kostenstelle können ausgewählt werden. In diesem Controllingblatt wird der Aufwand in Stunden des Statistischen Landesamtes Sachsen für den Monat September des Jahres 2008 für die Auftraggeber Bundesstatistik, Koordinierte Länderstatistik und Landesstatistik als Tabelle und Grafik angezeigt.

Ergebnis der bisherigen Erprobung ist, dass Oracle Discoverer Plus für die Analyse der Aufwandsdaten mittels tabellarischer und grafischer Darstellung und somit für die Bereitstellung und Visualisierung von Kennzahlen gut geeignet ist.

VisualCockpit

Mit VisualCockpit sind Analyseergebnisse interaktiv (Tabellen, Bar Charts, Scatterplots) darstellbar, wobei differenzierte Sichtweisen unterstützt werden. Dadurch können auch korrespondierende Fragestellungen betrachtet werden. Voraussetzung ist, dass jeder Datensatz eine feste Anzahl von Attributen besitzt. Die unter der intuitiven Benutzerführung verfügbaren Analysefunktionen ermöglichen fundierte Entscheidungen.

Da der Benutzer keine Kenntnisse von komplexen mathematischen oder statistischen Algorithmen und Parametern

benötigt, somit auch für die Datenexploration keine Spezialkenntnisse erforderlich sind, ist VisualCockpit ein Controllingwerkzeug für alle Leitungsebenen.

„Für ein effektives Data Mining ist es wichtig, den Menschen in den Datenexplorationsprozess mit einzubeziehen, um die Fähigkeiten des Menschen – Flexibilität, Kreativität und das Allgemeinverständnis – mit den enormen Speicherkapazitäten und Rechenleistungen moderner Computersysteme zu kombinieren.“ [8]

Erstmals im Januar 2008 wurde der Einsatz von VisualCockpit für das Controlling anhand der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung erprobt. [9]

Nach der erforderlichen Schulung durch die Entwickler konnte die Erprobung bis Ende März 2008 erfolgreich abgeschlossen werden. [10]

Weitere Entwicklung

Entsprechend dem Kabinettsbeschluss der Bundesregierung vom 25. April 2006 wurde als eine von fünf zentralen Maßnahmen die Einführung des Standardkosten-Modells (SKM) zur Messung von Bürokratiekosten beschlossen. Gemäß Gesetz zur Einrichtung eines Nationalen Normenkontrollrates (NKR-Gesetz, § 2 Abs. 1, 2. Satz) wird die Informationspflicht definiert: „... Informationspflichten sind aufgrund von Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung oder Verwaltungsvorschrift bestehende Verpflichtungen, Daten und sonstige Informationen für Behörden oder Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln ...“.

Um zu gewährleisten, dass der Verwaltungsaufwand zur Erfüllung der Informationspflicht anhand der Tätigkeiten des Tätigkeitskatalogs erfasst werden kann, ist unser Tätigkeitskatalog weiter zu qualifizieren.

In den Diskussionen mit den Fachreferaten des Amtes zur Berücksichtigung der Standardisierung des Produktionsprozesses im Tätigkeitskatalog wurde bemerkt, dass die AG Step zwar 21 Teilprozesse und deren Arbeitsschritte definiert hat, sich dabei jedoch hauptsächlich an der Produktion von Primärstatistiken orientierte. Dadurch werden Aufgaben, mit im Veränderungsprozess wachsender Bedeutung für die Statistischen Landesämter, z. B.

- das Erstellen von komplexen Analysen
- verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten
- die Durchführung von Gesamtrechnungen

zu wenig berücksichtigt. Das erschwert, die Tätigkeiten des Statistikcatalogs den Teilprozessen und deren Arbeitsschritten zuzuordnen. Durch die Initiative der AG Step, die Ziele und Ergebnisse der Standardisierung des Produktionsprozesses in allen Referentenbesprechungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Diskussion zu stellen, sehen wir eine kurzfristige Lösung dieses Problems. Die Standardisierung des Produktionsprozesses wird die Arbeitsabläufe in den Fachreferaten, das Datenmanagement sowie die Schnittstellen unseres

Amtes zum Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste-Niederlassung Kamenitz (SID-NLKM) weiter verändern. Auch eine neue Bewertung der Grundprozesse für das Benchmarking zwischen den Statistischen Landesämtern wird erforderlich, da die bereits praktizierte ZPD zu differenzierten Belastungen in den Statistischen Landesämtern führt.

Der Einsatz von Oracle Discoverer Plus ist mittels vorgefertigter Controllingberichte in Kooperation mit der Anwendungsadministration, die in den Händen von SID-NLKM liegt, auszubauen, um anhand der Ergebnisse der Aufwandsrechnung die Kostenstellenverantwortlichen durch das Bereitstellen von weiteren Kennzahlen (z. B. Anteil der einzelnen Fachreferate an definierten Grundprozessen der Statistikproduktion) noch besser zu unterstützen. Beim Erarbeiten und Bereitstellen der benötigten Kennzahlen ist immer das Einbeziehen von Organisationsdaten in Abstimmung mit dem Personalrat zu prüfen. Die Erfahrungen mit dem Benchmarking und der Kooperation Mitteldeutschland sind dabei nutzbar.

Als zusätzliches Werkzeug zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Vorhaben sowie auch für eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit von bereits installierten Prozessen empfiehlt sich der Einsatz des „eGOV-Rechner“. Bei der Entwicklung des „eGOV-Rechner“ wurde der Ansatz der Balanced Scorecard als ein „... effektives und universelles Instrument für das Management zur konsequenten Ausrichtung der Aktionen (Handlungen, Maßnahmen) einer Gruppe von Menschen (Organisationen, Unternehmen, Institutionen, Bereiche, Abteilungen, Projektgruppen ...) auf ein gemeinsames Ziel“ berücksichtigt. [11]

Der eGOV-Rechner (Wirtschaftlichkeitsanalyse im eGovernment mittels einer prozessorientierten Kostenträgerrechnung) und die bereits genutzte Software WiBe (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von IT-Projekten mittels monetärer und qualitativer Nutzwertanalyse) sind sich ergänzende Softwarewerkzeuge für die Wirtschaftlichkeitsanalyse von Verwaltungsaufgaben.

Zum Erkennen von Einsparpotential sowie Qualitätsverbesserungen bedarf es weiterer Unterstützung durch Prozessanalysen.

Die Standardisierung der Produktionsprozesse hat einen starken Einfluss auf die Organisation und die Produktionsabläufe sowohl in der Informationsverarbeitung als auch in der Fachstatistik und beeinflusst somit auch die KLR und das Controlling im Statistischen Landesamt Sachsen mit all ihren Facetten und Aufgaben. Im Gegenzug erweisen sich diese technischen Hilfsmittel in immer stärkerem Maße als Organisationssteuerungsinstrumente.

Dr. Horst Kaptur, Referent Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling;

Christa Bahrmann, Abteilungsleiterin Wirtschaft

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Rahmendienstvereinbarung zwischen dem Sächsischen Staatsministerium des Innern und dem Hauptpersonalrat beim SMI über die Vorbereitung, Einführung und Anwendung IT-gestützter betriebswirtschaftlicher Methoden des Neuen Steuerungsmodells im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministerium des Innern vom 14. März 2007
- [2] Kaptur, H.: Einführung der Aufwandsrechnung im Statistischen Landesamt Sachsen.
In: Statistik in Sachsen 4/1998, S. 33 - 38.
- [3] Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes bei der Festlegung von Verwaltungsgebühren sowie Benutzungsgebühren und Entgelten für die Inanspruchnahme der Landesverwaltung (VwV Kostenfestlegung 2005)
- [4] Linard, N.: Prozesskostenrechnung in Theorie und Praxis, Schulthess Juristische Medien AG, Zürich 2000
- [5] Christoph, E.: Benutzerhandbuch Kontrolle/Freigabe/Aggregation der Monatsberichte
sowie Pflege der Stammdaten für die Aufwandsrechnung, Version 2.0, Stand Juli 2007
- [6] Kaptur, H.: Anforderungen des Neuen Steuerungsmodells an die Kosten- und Leistungsrechnung im Statistischen Landesamt Sachsen.
In: Statistik in Sachsen 3/2004, S. 56 - 65
- [7] Oracle Application Server 10g Discoverer Plus User's Guide (Online-Hilfe)
- [8] Keim, Daniel A.: Datenvisualisierung und Data Mining
In: Datenbank-Spektrum 2/2002, S. 30
- [9] Nagel, M. und Liehr, S.: Business Intelligence Lösungen auf Basis von Active Data Modelling (ADM)
In: Business Intelligence & Performance Management April 2008, S. 1 - 12
- [10] Schulung zu VisualCockpit im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen am 27. und 28. Februar 2008, Dozenten Herr Dr. Nagel und Herr Scholze
- [11] Herwig R. Friedtag/Walter Schmidt, Balanced Scorecard, Haufe, Freiburg i. Br. 2004, S. 11

Das Statistische Landesamt Sachsen auf dem Weg zum innovativen Marketing

Prolog

Das gemeinsame Marketing-Modell der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder strukturiert die Nachfrage nach statistischen Daten sowie die Angebote der amtlichen Statistik in drei Segmente:

- informationelle Grundversorgung als unentgeltliches Grundangebot,
- nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardangebote und
- kundenspezifische Aufbereitungen und Beratung.

Erster Grundsatz aller Marketingaktionen ist dabei: Der Bedarf des Kunden steht im Zentrum des Handelns.

Marketing als Aufgabe des gesamten Amtes

Erfolgreiches Marketing ist eine gemeinschaftliche Aufgabe der Fach- und Querschnittsbereiche unseres Amtes. Um den steigenden Anforderungen der Nutzer der amtlichen Statistik besser gerecht zu werden und offensiv entgegenzutreten, wurde durch die Amtsleitung im Dezember 2008 ein „Strategieworkshop zur Entwicklung von Neuprodukten“ initiiert. Diese Veranstaltung wurde gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Armin Töpfer, dem Leiter der Forschungsgruppe des Lehrstuhls für Marktorientierte Unternehmensführung (LfMU) an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Technischen Universität Dresden vorbereitet und durchgeführt.

Inhalte des Workshops, an dem die Amtsleitung sowie alle Referatsleiter der Fachstatistiken sowie Referatsleiter und weitere Vertreter des Referates Informationsdienste teilnahmen, waren:

- Ziele des Workshops,
- Evaluierung des bestehenden Produktportfolios,
- Ergebnisse der Zielgruppenbefragung,
- Kurzanalyse SWOT,
- Erarbeitung, Diskussion und Bewertung der Neuproduktideen,
- Analyse der Produktprofile,
- Aufwandsabschätzung zur Realisierung der Produktprofile/-konfigurationen,
- Analyse der Aktivitäten und Festlegung der Verantwortlichkeiten bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Produktvorschläge mit Vermarktungsideen.

Ziele des Workshops

Mit ihrem Einführungsvortrag stellte die Präsidentin des Statistischen Landesamtes, Frau Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, kurz die Ziele des Workshops dar. So sollte er dazu beitragen,

- das Bewusstsein für Marketing im Hause zu schärfen,
- das Optimierungspotential für ein aktives Marketing auszuschöpfen und
- die Qualität und Innovativität der Produkte des Hauses weiter zu verbessern.

Dieses Vorhaben entspricht den formulierten allgemeinen Amtszielen, die Aufgaben effektiv und effizient zu erledigen.



Prof. Dr. Armin Töpfer



Das Plenum

gen, das Profil des Hauses zu schärfen und neue Aufgabenfelder zu besetzen. Mit dem erfolgreichen Umsetzen der Erkenntnisse aus dem Workshop wird man auf dem Weg, der Informationsdienstleister für den Freistaat Sachsen zu werden, weiter vorankommen.

Professor Töpfer beschreibt bildhaft den Anspruch an das Marketing mit folgenden Worten: „Der Wurm muss nicht dem Angler schmecken, sondern dem Fisch.“

Um bei oben genanntem Bild zu bleiben, beschäftigen sich die Teilnehmer im Workshop mit dem Zustand der Anglersituation und stellen sich die Frage: Welche Würmer wollen wir künftig welchen Fischen anbieten und, vor allem: Wie werden unsere Würmer schmackhaft?!

Evaluierung des bestehenden Produktportfolios

Zunächst ging es um die Evaluierung des bestehenden Produktportfolios. Die Teilnehmer beurteilten die Produkte des Amtes nach ihrer Bedeutung für die *Imagebildung* sowie für die *Einnahmenerzielung*. Als wichtigste Publikationen für die Imagebildung kristallisierten sich dabei das Angebot im Internet und die Statistischen Berichte der Bereiche Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet und Erwerbstätigkeit heraus, die wichtigsten Einnahmequellen sind Sonderauswertungen und Nachschlagewerke wie das Statistische Jahrbuch und die Sonderhefte. Interessant bei der Auswertung war, dass die beste Imagebildung und die Erzielung der meisten Einnahmen von unterschiedlichen Produkten erfüllt werden. Auch ein Produkt kann nicht zwei Herren gleichzeitig dienen. Das muss bei der Zielsetzung eines neuen Marketingkonzepts berücksichtigt werden.

Ergebnisse der Zielgruppenbefragung

Im Vorfeld des Workshops war eine Kundenbefragung zu unseren Produkten durchgeführt worden. Die Ergebnisse der Zielgruppenbefragung waren jedoch aufgrund der begrenzten Anzahl der Befragten und der kurzfristigen Durchführung nur eingeschränkt verwertbar. Als Anhaltspunkt für unsere weitere Arbeit im Bereich Marketing kann jedoch festgehalten werden: Als positiv werden die telefonische Beratung, die gemeinsamen Workshops und die Übersichtlichkeit des Online-Angebotes bewertet. Gewünscht wurde ein noch breiteres Datenangebot. Negativ hingegen wurden die Aktualität der Daten und die Preisgestaltung gesehen.

Kurzanalyse SWOT

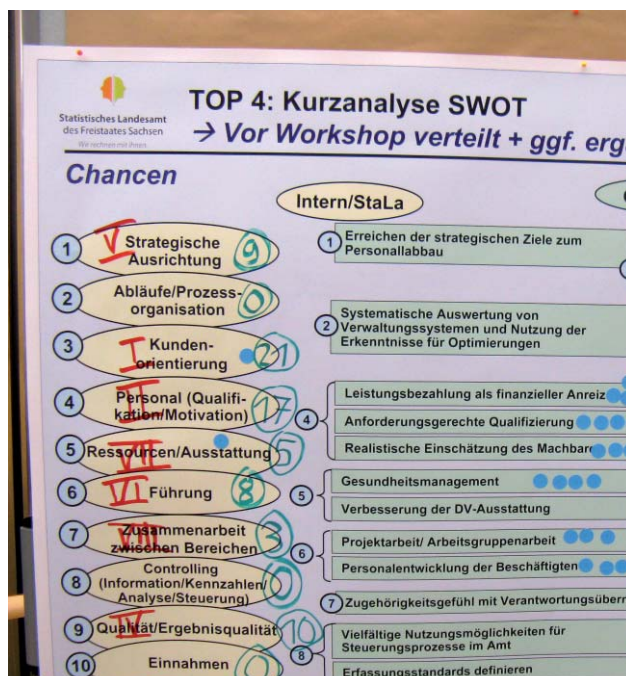
Anhand einer Kurzanalyse SWOT sollte sich nun mit der bestehenden Situation in unserem Amt auseinandergesetzt werden. „SWOT“ steht dabei für die englischen Begriffe „Strengths“ – Stärken, „Weaknesses“ – Schwächen, „Opportunities“ – Chancen und „Threats“ – Risiken. Die Teilnehmer wurden also gebeten, über ein Punktesystem die Kriterien:

- strategische Ausrichtung,
- Abläufe/Prozessorganisation,
- Kundenorientierung,

- Personal (Qualifikation/Motivation),
- Ressourcen, Ausstattung,
- Führung,
- Zusammenarbeit zwischen den Bereichen,
- Controlling,
- Qualität/Ergebnisqualität,
- Einnahmen und Politik, Umfeld

zu bewerten.

So wurden als Stärken des Amtes u. a. die Kundenorientierung und die Qualifikation/Motivation des Personals gesehen. Interessanterweise erhielten beide Felder als Schwäche beurteilt ebenso die meisten Punkte. Gleichzeitig wurden sie auch als die größten Chancen gesehen. Bei den Risiken standen die Ressourcen/Ausstattung und die Politik und das Umfeld an erster Stelle.



Chancenbewertung durch das Plenum

Erarbeitung, Diskussion und Bewertung der Neuproduktideen

Im nächsten Schritt erfolgten die Erarbeitung, Diskussion und Bewertung von Neuproduktideen. Die Kriterien für diese Neuprodukte waren:

- Die Umsetzung des neuen Produktes ist mit vertretbarem Aufwand möglich,
- das neue Produkt transportiert einen hohen Kundennutzen,
- mit dem neuen Produkt können Einnahmen für das Statistische Landesamt generiert werden,
- mit dem neuen Produkt kann das Image des Statistischen Landesamtes gesteigert werden.

Aus einem ganzen Pool verschiedener Ideen kristallisierten sich nach Bewertung einige erfolgversprechende Produkte heraus, die dann in Gruppenarbeit weiter ausgestaltet wurden.



Ideenübersicht

Intensive Besprechung in den Arbeitsgruppen:
Frau Keck, Herr Dr. Speich, Frau Deutscher, Herr Kretschmann

So wurden relevante Zielgruppen für diese neuen Produkte ermittelt sowie besondere Anforderungen dieser ausgewählten Zielgruppen an die neuen Produkte analysiert.

Analyse der Produktprofile

Anhand einer Zehn-Punkte-Checkliste bearbeiteten die einzelnen Gruppen weitere Aspekte ihres neuen Produktes. Zielgruppe(n), Nutzen, Anforderungen an das Produkt, Inhalte, ihre Darstellung, Preis, Vorteile für das Amt, Informationswege, Kernbotschaft in der Werbung und nicht zu vergessen das Controlling (erwartete Absatz- und Umsatzzahlen) wurden in diesem Stadium ermittelt.

Aufwandsabschätzung zur Realisierung der Produktprofile/-konfiguration

Um das Augenmerk auf das Kriterium des zu betreibenden Aufwandes zu lenken, wurde der nächste Schritt

durchgeführt: Aufwandsabschätzung zur Realisierung der Produktprofile/-konfiguration. Die geschätzte Zeit, das voraussichtlich benötigte Personal, sowie die Sach- und Finanzmittel standen hier im Mittelpunkt der bewährten Gruppenarbeit. Je nach Produkt und den dazugehörigen Unwägbarkeiten war es leichter oder schwerer, an dieser Stelle Aussagen zu treffen.

Beispielsweise könnte ein Jahreskalender 2011, dessen Vorbereitung im Januar 2009 beginnen würde, im Herbst 2010 fertig sein. Für ein Statistik-Spiel würden errechnete 15 Wochen bis zur Fertigstellung benötigt.

Analyse der Aktivitäten und Festlegung der Verantwortlichkeiten bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Produktvorschläge

Ein favorisiertes Neuprodukt unserer Palette war die Neugestaltung des Internetauftritts. Daher wurde dieses Pro-

Ausarbeitung der Vorschläge:
Frau Staude, Frau Geier, Frau Scheibe

Vorstellung der Arbeitsergebnisse

dukt exemplarisch im letzten Tagesordnungspunkt des Hauptteils bearbeitet.

Mittels des sogenannten RACI-Schemas wurde eine Matrix entwickelt, anhand derer den einzelnen Prozessschritten die entsprechend verantwortliche Organisationseinheit zugeordnet wurde:

- R – responsible; Durchführungsverantwortung für einen Arbeits-/Prozessschritt (AP), aktive Mitarbeit und in diesem Rahmen steuernde Tätigkeit, verantwortet, dass und wie durchgeführt wird.
- A – accountable; federführende Verantwortung, verantwortlich für das inhaltliche Ergebnis des gesamten APs.
- C – consult; aktive, beratende Mitwirkung, verantwortlich in fachlicher Hinsicht; wird als Berater hinzugezogen, erstellt Teilleistungen; arbeitet zu. Einbezug in den AP ist optional, nicht zwingend (wenn er in einem konkreten Fall hinzugezogen wurde, ist es nicht optional).
- I – informed; informativ beteiligt, d. h. benötigt die Information für andere Verantwortlichkeiten, wird über Inhalte informiert; besorgt sich erforderliche Inhalte (Hol- und Bringschuld). Einbezug in den AP ist aus Sicht des Auftraggebenden optional, nicht zwingend.

Ausblick

Die Präsidentin dankte in Ihrer Abschlussrede Herrn Prof. Töpfer, seinen Mitarbeitern und den Teilnehmern aus dem Amt für die konstruktive Zusammenarbeit. Gleichzeitig machte sie deutlich, dass der einmal eingeschlagene Weg weiter zu beschreiten sei. So wurde nicht nur eine Nachbereitung des erfolgten Workshops beschlossen, sondern auch ein Folgetermin. Inhalte des zweiten Workshops im März 2009 werden voraussichtlich die Aufstellung von Kriterien für die Umsetzung von Neuproduktideen sowie die Erarbeitung von detaillierten Umsetzungskonzepten für ausgewählte Produkte sein.

Babe Anke Staude, Dipl.-Soziologin,
Referatsleiterin Informationsdienste;
Karin Keck, Dipl.-Volkswirtin,
Referentin Veröffentlichungen, Redaktion

Neues aus Sachsen

2008 kamen wieder mehr Touristen nach Sachsen

5,9 Millionen Gäste konnten in den sächsischen Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten im Jahr 2008 begrüßt werden. Das waren 1,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Gäste buchten 15,7 Millionen Übernachtungen, damit blieb jeder Gast durchschnittlich 2,7 Tage in einer Beherbergungsstätte. Das entsprach einem Zuwachs um 1,0 Prozent bei den Übernachtungen, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer blieb unverändert.

Einen großen Zuwachs an Gästen konnten die Reisegebiete Sächsisches Burgen- und Heide- und Heideland (um 7,7 Prozent auf 614 170 Ankünfte), Sächsische Schweiz (um 6,9 Prozent auf 378 003 Ankünfte) sowie Oberlausitz/Niederschlesien (um 6,2 Prozent auf 530 077 Ankünfte) verzeichnen. Die meisten Besucher kamen nach wie vor in die Städte Dresden (1,5 Millionen) und Leipzig (1 Million), hier lag jedoch der Anstieg der Gästezahlen im Vorjahresvergleich mit 0,2 Prozent bzw. 1,2 Prozent unter dem sächsischen Durchschnitt. Einen Rückgang der Gästezahlen gegenüber dem Vorjahr mussten die Reisegebiete Vogtland mit 4,2 Prozent, Sächsisches Elbland mit 2,8 Prozent und die Stadt Chemnitz mit 1,6 Prozent hinnehmen.

Überdurchschnittlich stiegen die Ankunfts- und Übernachtungszahlen der ausländischen Gäste. Die 615 826 Ankünfte und die 1,4 Millionen Übernachtungen bedeuteten einen Zuwachs zum Vorjahr um 7,3 bzw. 9,2 Prozent. Spitzenreiter waren wiederum die Gäste aus den USA mit 68 559 Ankünften (Zuwachs um 18,3 Prozent) und 158 835 Übernachtungen (13,1 Prozent mehr). Ein beachtlicher Zuwachs ist auch bei den Besuchern aus Russland zu verzeichnen (24 708 Ankünfte; Zuwachs um 41,5 Prozent sowie 67 265 Übernachtungen; Zuwachs um 24,3 Prozent).

Sachsens Export stagniert

Das sächsische Exportvolumen betrug im Jahr 2008 insgesamt 23,2 Milliarden € und lag um 1,0 Prozent unter dem Vorjahreswert – damit ging erstmals seit Beginn der Erhebung in Sachsen im Jahr 1991 der Umfang der Ausfuhr aus Sachsen gegenüber dem Vorjahr zurück. Bundesweit gab es dagegen eine Exportsteigerung um 2,8 Prozent. Besonders betroffen war die Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse, die sich in Sachsen um 16 Prozent verringerte. Bei den Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus bedeutete der Rückgang um sieben Prozent einen Warenwert von mehr als einer halben Milliarde €. Eine positive Exportbilanz hatten dagegen die Hersteller von Erzeugnissen des Maschinenbaus aufzuweisen. Deren Exportumsatz von 3,6 Milliarden € bedeutet einen Zuwachs von sieben Prozent im Vorjahresvergleich.

In europäische Länder gingen Waren im Wert von 15,3 Milliarden € (drei Prozent weniger als 2007). Während die Liefermengen in die bedeutendsten westeuropäischen

Partnerländer des Freistaates Sachsen rückläufig waren, stiegen die Exporte nach Polen um mehr als ein Fünftel auf 1,5 Milliarden €. Mit einem Volumen von 4,9 Milliarden € (Zuwachs um drei Prozent) war Asien der zweitwichtigste Kontinent für den sächsischen Export. Ausschlaggebend dafür waren die um 26 Prozent gestiegenen Lieferungen nach China, deren Warenwert von 1,3 Milliarden € mehr als ein Viertel der Exporte nach Asien ausmachte. Im gleichen Umfang lieferten sächsische Betriebe Erzeugnisse nach Malaysia, zum überwiegenden Teil elektronische Bauelemente. Hier musste allerdings ein Rückgang um 17 Prozent konstatiert werden.

Bauhauptgewerbe 2008 im Umsatzplus

Für das Jahr 2008 konnte im Bauhauptgewerbe ein Gesamtumsatz von über 5,6 Milliarden € verzeichnet werden, was einer Steigerung um 3,5 Prozent im Vergleich zu 2007 entspricht. Dies ist auf die positive Entwicklung im Hochbau zurückzuführen. In diesem Bereich stieg der bauseitige Umsatz um 9,4 Prozent. Dagegen musste im Tiefbau ein Rückgang von 2,6 Prozent registriert werden. Die Zahl der in allen Betrieben des Bauhauptgewerbes tätigen Personen lag Ende Dezember bei 54 330. Gegenüber Dezember 2007 sank die Beschäftigtenzahl um 1,9 Prozent. Damals waren es noch fast 55 380 tätige Personen. Im Jahresmittel lag die Beschäftigtenzahl 2008 gut zwei Prozent unter der von 2007.

Die Summe der Auftragseingänge in den Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten lag 2008 mit gut 3 080 Millionen € um 0,5 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Im Tiefbau waren es 6,4 Prozent mehr, dagegen im Hochbau 9,6 Prozent weniger. Im Wohnungsbau wurden 13,5 Prozent und im Wirtschaftshochbau 14,5 Prozent weniger neue Aufträge gemeldet. Nur im öffentlichen Hochbau wurde das Vorjahresergebnis um 11,2 Prozent übertroffen. Gestiegene Auftragseingänge innerhalb des Tiefbaus meldeten der Straßenbau um 17,7 Prozent und der Wirtschaftstiefbau mit 3,2 Prozent. Um 3,7 Prozent weniger Aufträge erhielt der öffentliche Tiefbau.

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Sachsen 2008 weiter rückläufig

2008 war das Jahr mit der geringsten Zahl an Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Sachsen seit Anfang der 1990er Jahre. Insgesamt wurden 143 467 fabrikneue Kraftfahrzeuge im Freistaat zugelassen. Das waren 3,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Während in den ersten sechs Monaten 2008 nur 1,0 Prozent weniger fabrikneue Kraftfahrzeuge als im gleichen Zeitraum 2007 angemeldet wurden, verringerte sich die Zahl der Neuanmeldungen im zweiten Halbjahr um 6,2 Prozent, besonders hoch war der Rückgang im November mit 14,9 Prozent.

82 Prozent aller Neuzulassungen waren Personenkraftwagen. Deren Neuanmeldungen gingen sogar um 4,2 Prozent auf 117 298 zurück. Im Gegensatz zum vorangegangenen Jahr verringerten sich im Jahr 2008 auch die Zahl der neu

zugelassenen Krafträder um 1,2 Prozent auf 6 502 sowie die Neuzulassungen von Lastkraftwagen um 3,7 Prozent auf 14 749. Im Jahr 2008 wurden insgesamt 236 fabrikneue Busse zugelassen, das waren 34 (12,6 Prozent) weniger als im Vorjahr. Auch die Zahl der neu zugelassenen Kraftfahrzeuganhänger verringerte sich um 1,4 Prozent auf 10 525. Ein wesentlicher Zuwachs um 14,4 Prozent auf 3 933 konnte bei der Zahl der neu zugelassenen Zugmaschinen verzeichnet werden.

Anstieg der Unternehmensinsolvenzen, aber weniger Verbraucherinsolvenzen in Sachsen 2008

1 850 Unternehmensinsolvenzverfahren wurden im Jahr 2008 in Sachsen gemeldet. Das waren 35 Verfahren bzw. 1,9 Prozent mehr als 2007. Damit war – nach dem Rückgang der Verfahrenszahl in den Jahren 2006 und 2007 – ein geringfügiger Anstieg zu verzeichnen. Während im ersten Quartal 2008 noch 13,3 Prozent weniger Unternehmensinsolvenzen gemeldet wurden als im Vorjahreszeitraum, waren es im zweiten Quartal 4,7 Prozent mehr, im dritten Quartal 8,0 Prozent und im vierten Quartal 11,2 Prozent mehr. Drei Viertel der Unternehmensinsolvenzen (1 396 Verfahren) wurden eröffnet, 454 mangels Masse abgewiesen.

Gut 60 Prozent der insolventen Unternehmen (1 114) waren weniger als acht Jahre wirtschaftlich tätig, darunter 572 Unternehmen weniger als vier Jahre. Der Anteil der Gläubigerforderungen der Gruppe „unter acht Jahre“ lag aber nur bei knapp 41 Prozent.

Rund 60 Prozent der betroffenen Unternehmen waren Einzelunternehmen, weitere 31 Prozent Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH).

Gut 24 Prozent der insolventen Unternehmen waren dem Baugewerbe zuzuordnen, reichlich 18 Prozent dem Wirtschaftsbereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Die insgesamt von den Gläubigern angemeldeten Forderungen für Unternehmen betrugen 935 Millionen €, durchschnittlich 505 000 € je Verfahren.

Die meisten Unternehmensinsolvenzen wurden 2008 mit 681 für den Direktionsbezirk Chemnitz gemeldet, gefolgt von den Direktionsbezirken Leipzig und Dresden mit 614 bzw. 555 Verfahren.

Die Zahl der Insolvenzverfahren für private Verbraucher ging 2008 um 13,3 Prozent bzw. 699 Verfahren gegenüber dem Vorjahr zurück. Damit wurden erstmals seit 2003 weniger Insolvenzverfahren registriert. Während im ersten Quartal 2008 knapp 20 Prozent weniger Verfahren gemeldet wurden, waren es im zweiten und dritten Quartal jeweils reichlich 15 Prozent weniger, im vierten Quartal aber nur noch 0,3 Prozent weniger. Von den 4 552 Verbraucherinsolvenzen wurden 4 439 Verfahren (97,5 Prozent) eröffnet, 71 Verfahren mangels Masse abgewiesen und 42 Verfahren mit der Annahme eines Schuldenbereinigungsplanes beendet.

Außer den Verfahren für private Verbraucher gehörten

zu den Insolvenzen für „private Personen und Nachlässe“ noch 112 Verfahren für natürliche Personen, die als Gesellschafter tätig waren und 1 552 für ehemals selbstständig Tätige (darunter 457, die ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen). In allen genannten Gruppen war ein Rückgang der Verfahrenszahl gegenüber 2007 zu verzeichnen. Nur bei den Nachlässen (318 Verfahren) war ein Anstieg der Verfahrenszahl zu erkennen (18,7 Prozent mehr).

Auf die drei größten sächsischen Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig entfielen 2008 reichlich 42 Prozent aller Insolvenzverfahren für private Personen und Nachlässe. Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen für private Personen und Nachlässe betrugen reichlich 667 Millionen €, durchschnittlich 102 000 € je Verfahren.

Mehr Gewerbean- und -abmeldungen in Sachsen 2008

Insgesamt 39 526 Gewerbeanmeldungen und 36 696 Gewerbeabmeldungen wurden von den sächsischen Gewerbeämtern 2008 registriert. Das waren 1,3 Prozent bzw. 5,0 Prozent mehr als im Jahr 2007.

Rund vier Fünftel der Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen betrafen Einzelunternehmen und rund zehn Prozent GmbH.

Der größte Teil der Anmeldungen (85,1 Prozent) erfolgte mit der Absicht der Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes. Knapp sieben Prozent der Gewerbeanmeldungen wurden auf Grund der Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes (durch Kauf, Erbfolge, Pacht bzw. Rechtsformwechsel oder Gesellschaftereintritt) und reichlich acht Prozent wegen Zuzug von Gewerbetreibenden aus anderen Gewerbeamtsbezirken abgegeben.

Der Grund für 83,7 Prozent der Gewerbeabmeldungen (30 723) war die Aufgabe des Gewerbebetriebes. Fast zehn Prozent der Gewerbeabmeldungen wurden wegen Fortzug eines bestehenden Gewerbebetriebes in einen anderen Gewerbeamtsbereich angezeigt und reichlich sechs Prozent wegen der Übergabe eines weiterhin bestehenden Betriebes (durch Erbfolge, Verkauf, Verpachtung bzw. Rechtsformwechsel oder Gesellschafteraustritt).

Fast in jedem Monat des Jahres 2008 überstieg die Zahl der Anmeldungen die der Abmeldungen. Ausnahmen bildeten der Januar (16,5 Prozent mehr Abmeldungen als Anmeldungen) und der Dezember mit sogar mehr als einem Viertel (26,5 Prozent) mehr Abmeldungen als Anmeldungen. Die Relation von Anmeldungen zu Abmeldungen insgesamt lag 2008 bei 100 zu 93.

Mehr Pflegebedürftige in Sachsen

Am 15. Dezember 2007 waren im Freistaat Sachsen 127 064 Menschen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (Sozialgesetzbuch – SGB XI) pflegebedürftig. Somit erhielten drei Prozent der sächsischen Bevölkerung von der Pflegebedürftigkeit abhängige Leistungen von den Pflegekassen und privaten Versicherungsunternehmen. Das waren fast sechs Prozent mehr als vor zwei Jahren.

Deutschlandweit waren zum selben Stichtag 2,25 Millionen Menschen auf Pflege durch andere angewiesen. Das entspricht einem Anteil von 2,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung und einer Steigerung gegenüber 2005 um 5,6 Prozent.

In Sachsen wurden zwei von drei Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Von diesem Personenkreis erhielten etwa 61 Prozent ausschließlich Hilfe von ihren Angehörigen. Weitere 14 Prozent wurden zusätzlich durch Pflegedienste betreut. Die restlichen 25 Prozent nahmen ausschließlich Pflegesachleistungen durch ambulante Pflegedienste in Anspruch. Jeder dritte Pflegebedürftige (43 143 Personen) wurde in vollstationären Pflegeheimen, Kurzzeitpflege- und teilstationären Pflegeeinrichtungen betreut und versorgt. Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko der Pflegebedürftigkeit. So waren rund sechs Prozent der Pflegebedürftigen jünger als 40 Jahre, knapp sieben Prozent waren zwischen 40 und 60 Jahren alt, 31 Prozent gehörten der Altersgruppe 60 bis unter 80 Jahre an. Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen in Sachsen (56 Prozent bzw. 70 982) waren 80 Jahre und älter. Von 1 000 Personen, die mindestens 65 Jahre alt waren, erhielten damit 107 Pflegeleistungen nach dem SGB XI, von 1 000 Hochaltrigen (Personen mit einem Mindestalter von 80 Jahren) waren es 305 Personen.

4,15 Millionen Legehennenplätze in Sachsen

Die 52 sächsischen Legehennenbetriebe mit 3 000 und mehr Haltungsplätzen verfügten zum 1. Dezember 2008 über 4,15 Millionen Legehennenplätze. Dies waren 66 000 (1,6 Prozent) mehr als zum Vorjahreszeitpunkt. Diese Plätze waren mit knapp 3,2 Millionen Tieren belegt und damit zu 76,7 Prozent ausgelastet.

Die Legehennenhaltung unterteilt sich in Käfig-, Boden- und Freilandhaltung sowie die ökologische Erzeugung. Mit rund 3,17 Millionen Plätzen (76,4 Prozent) in zwölf Betrieben war die Käfighaltung nach wie vor die dominierende Haltungsform, gefolgt von der Bodenhaltung mit 649 000 Plätzen (15,6 Prozent) und der Freilandhaltung einschließlich der ökologischen Erzeugung mit insgesamt 332 000 Plätzen (8,0 Prozent).

In Sachsen erfolgte die Legehennenhaltung überwiegend in großen spezialisierten Betrieben. Die vier größten Unternehmen besaßen mit 2,92 Millionen Plätzen über 70 Prozent der vorhandenen Kapazität in Sachsen. Demgegenüber bewirtschafteten 16 Betriebe jeweils weniger als 10 000 Plätze. Die Umstellung der konventionellen Käfighaltung – zurzeit noch 2,89 Millionen Plätze – führte bisher zur Schaffung von 280 500 Plätzen in Kleingruppenhaltungen bzw. ausgestalteten Käfigen. 3,08 Millionen Legehennen (96,6 Prozent) befanden sich zum Berichtstag in der ersten Legeperiode. Lediglich 107 000 Tiere waren in ihrer zweiten Legeperiode. Rund 1,67 Millionen Plätze (40,3 Prozent) befanden sich im Direktionsbezirk Chemnitz, weitere 1,36 Millionen im Direktionsbezirk Leipzig und 1,12 Millionen im Direktionsbezirk Dresden. Zum

1. Dezember 2007 besaß Sachsen nach Niedersachsen und vor Nordrhein-Westfalen die zweithöchste Kapazität an Legehennenplätzen.

516 sächsische Betriebe produzieren Zierpflanzen

In 516 Gärtnereien in Sachsen wurden 2008 Zierpflanzen erzeugt. Gegenüber der letzten Erhebung von 2004 ist das ein Rückgang um 84 Betriebe oder 14 Prozent. Die Anbaufläche betrug 253 Hektar und lag damit um zwölf Hektar oder fünf Prozent niedriger als 2004. Davon befanden sich 98 Hektar unter Glas, das heißt in Gewächshäusern oder Folienzelten, und 155 Hektar im Freiland. Die 25 großen Unternehmen mit 1,5 oder mehr Hektar verfügten über 42 Prozent der gesamten Anbaufläche. Dagegen bewirtschafteten 60 Prozent der Gärtnereien, also die 312 kleineren Betriebe mit einer Produktionsfläche von weniger als 0,3 Hektar, zusammen nur 16 Prozent der gesamten Fläche. Im Bundesvergleich machte die Anzahl der sächsischen Betriebe einen Anteil von sechs Prozent aus. Der Flächenanteil kam auf dreieinhalb Prozent. Damit lag 2008 die mittlere Anbaufläche für Zierpflanzen pro Gärtnerei in Sachsen niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Geringer Holzeinschlag 2008 bedingt durch Orkantief Kyrill

Die Sturmschäden durch das Orkantief „Kyrill“ im Januar 2007 beeinflussten den Holzeinschlag in den sächsischen Wäldern auch im Jahr 2008. Die große Menge an Bruch- und Wurfholz, die durch das Unwetter anfiel, führte dazu, dass der reguläre Holzeinschlag 2008 planmäßig deutlich geringer ausfiel als in den Vorjahren. Insgesamt wurden gut 960 000 Kubikmeter Holz im Rahmen der Erhebung über den Holzeinschlag des Jahres 2008 erfasst. Das sind nur 56 Prozent der Einschlagmenge des Vorjahres.

Mit einem Anteil von 77 Prozent wurde die größte Menge des Holzes im sächsischen Landeswald eingeschlagen, im Körperschaftswald neun Prozent und im Bundeswald fünf Prozent. Der Holzeinschlag im sächsischen Privatwald wurde nur dann erfasst, wenn er über die Landesforstverwaltung vermarktet wurde. Diese Holzmenge machte einen Anteil von neun Prozent am insgesamt ermittelten Einschlag aus.

Gut 64 Prozent des erfassten Holzes entfiel auf die Holzartengruppe Fichte (Fichte, Tanne, Douglasie und sonstiges Nadelholz außer Kiefer und Lärche), etwa 23 Prozent auf Kiefer (Kiefer, Lärche), rund elf Prozent auf Buche (Buche und sonstiges Laubholz außer Eiche und Roteiche) und weniger als zwei Prozent auf Eiche (Eiche und Roteiche).

Merkmal	Einheit	2006	2007	2007			2008			
		Durchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	4 249,8	4 220,2	4 226,5	4 225,1	4 222,9	4 200,1	4 198,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 397	1 414	1 996	1 117	605	3 833	1 734	1 233	644
Lebendgeborene	Anzahl	2 713	2 822	2 852	3 148	2 790	2 785	3 281	2 899	2 592
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 019	4 089	3 536	4 064	4 185	3 552	3 963	3 818	3 916
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	7	7	8	5	12	4	13	3	3
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 306	-1 268	-684	-916	-1 395	-767	-682	-919	-1 324
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 150	5 108	6 736	7 965	5 128	6 329	7 418
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 369	1 347	1 970	1 946	1 346	1 469	2 187
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 842	6 037	7 024	8 138	5 719	8 051	8 659
darunter in das Ausland	Anzahl	1 288	1 344	1 258	1 218	1 173	1 858	2 080
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-693	-929	-288	-173	-591	-1 722	-1 241
Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	Anzahl	8 532	8 467	9 425	10 325	8 912	10 178	10 297
Erwerbstätigkeit										
Beschäftigte										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte										
am Arbeitsort ³⁾	1 000	1 339,0	1 374,9	1 403,2
Frauen	1 000	661,6	673,5	682,6
Ausländer	1 000	12,2	13,4	14,0
Teilzeitbeschäftigte	1 000	219,2	241,0	249,0
darunter Frauen	1 000	185,9	202,4	208,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte										
nach Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	26,6	26,9	29,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	298,1	309,4	316,0
Baugewerbe	1 000	100,0	102,3	106,8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	290,1	296,0	300,7
Finanzierung, Vermietung und										
Unternehmensdienstleistungen	1 000	199,3	212,7	219,7
Öffentliche und private Dienstleistungen	1 000	424,8	427,5	430,8
Arbeitsmarkt ⁴⁾										
Arbeitslose	1 000	371,9	322,8	304,2	292,8	288,1	268,8	257,6	248,5	248,8
Frauen	1 000	184,5	165,0	160,9	154,7	148,7	139,2	132,7	127,2	125,5
Männer	1 000	187,4	157,5	143,4	138,1	139,4	129,6	124,9	121,2	123,2
Ausländer	1 000	11,4	10,8	10,6	10,5	10,3	10,0	9,7	9,4	9,3
Jugendliche im Alter von unter 25 Jahren	1 000	45,8	37,3	41,4	34,6	32,4	36,5	34,2	28,8	27,7
Arbeitslosenquote ⁵⁾										
insgesamt	%	18,9	16,4	15,4	14,9	14,6	13,8	13,2	12,8	12,8
Frauen	%	19,1	17,2	16,7	16,1	15,5	14,6	13,9	13,4	13,2
Männer	%	18,6	15,7	14,2	13,7	13,4	13,0	12,6	12,2	12,4
Jugendliche im Alter von unter 25 Jahren	%	16,9	14,0	15,7	13,1	12,2	14,3	13,4	11,3	10,9
Kurzarbeiter	1 000	4,1	4,9	1,5	1,4	1,6	0,5	0,5	0,8	1,5
Gemeldete Stellen	1 000	29,6	29,3	29,2	28,3	27,3	24,9	25,6	25,1	24,2
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	380	240	217	336	201	255	195	228	200
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	369	234	209	333	196	249	183	214	193
umbauter Raum	1 000 m³	305	194	205	273	162	196	170	213	164
Wohnfläche	1 000 m²	57	37	35	53	31	38	33	38	30
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	62 771	40 701	44 688	60 674	33 632	43 453	36 390	41 313	33 883
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	127	124	109	167	111	117	112	119	136
umbauter Raum	1 000 m³	508	750	965	862	440	792	637	844	525
Nutzfläche	1 000 m²	83	107	128	122	89	115	93	115	100
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	53 521	72 945	110 420	76 613	44 997	66 688	72 557	80 922	57 606
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus										
Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	614	429	551	591	390	639	416	486	350
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	3 291	2 044	2 505	2 773	1 883	2 580	2 213	2 152	1 812

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember - 2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung - 4) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

5) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Merkmal	Einheit	2006	2007	2007			2008			
		Durchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ¹⁾	t	4 623	5 180	4 827	5 431	5 486	4 749	5 362	5 506	6 287
darunter										
Rinder (ohne Kälber)	t	805	802	801	953	1 050	699	838	980	963
Kälber	t	19	19	17	21	19	15	21	19	23
Schweine	t	3 765	4 322	3 970	4 397	4 343	4 006	4 461	4 449	5 232
Eiererzeugung	1 000 St.	81 958	85 326	85 590	87 103	85 495	84 737	81 576	82 890	79 989
Milcherzeugung	1 000 t	131	132	127	129	124	136	129	132	127
darunter										
Anlieferung an Molkereien	1 000 t	128	130	125	127	122	133	127	129	125
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ²⁾										
Betriebe	Anzahl	1 225	1 223	1 222	1 223	1 222	1 286	1 286	1 282	1 282
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	187,2	191,8	194,8	195,7	195,9	204,4	205,3	205,1	204,5
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	26 336	26 947	26 629	28 004	28 649	26 840	29 810	29 967	27 346
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. €	453,5	479,1	455,7	482,0	603,4	492,9	486,8	507,4	624,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	3 780,3	4 260,8	4 512,4	4 525,0	4 774,9	3 913,9	4 697,1	4 295,3	4 259,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ³⁾	Mill. €	1 360,8	1 540,4	1 610,8	1 547,1	1 639,9	1 582,9	1 726,9	1 594,6	1 472,2
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	1 630,2	1 859,6	2 027,6	2 030,6	2 186,8	1 481,8	2 067,7	1 796,8	1 921,8
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	99,8	103,0	114,8	118,4	121,2	81,9	111,0	109,2	96,7
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	689,5	757,8	759,1	828,9	827,0	767,2	791,5	794,7	768,5
Auslandsumsatz	Mill. €	1 394,0	1 630,7	1 752,1	1 708,1	1 864,0	1 351,6	1 682,0	1 504,7	1 569,1
Energie- und Wasserversorgung ⁴⁾										
Betriebe	Anzahl	186	174	173	173	173	133	133	133	133
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	14,6	14,4	14,5	14,4	14,4	14,0	14,1	14,1	14,1
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 936	1 914	1 865	1 944	1 999	1 729	1 974	1 913	1 783
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. €	45	45	42	42	72	43	43	43	74
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 867	2 807	2 861	3 095	3 014	2 228	2 365	3 016	2 759
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁵⁾ (Bauhauptgewerbe)										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	56,0	56,4	58,3	57,5	57,2	57,1	57,2	55,9	55,7
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 443	5 544	6 381	6 650	6 075	6 089	6 622	6 202	5 522
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 562	1 664	2 008	2 018	1 803	1 768	1 918	1 774	1 485
gewerblicher Bau	1 000	2 065	2 051	2 240	2 406	2 216	2 289	2 489	2 339	2 135
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 815	1 829	2 133	2 226	2 056	2 032	2 215	2 089	1 902
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. €	97,3	99,2	101,7	110,9	111,9	102,8	106,4	110,0	108,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	462,4	449,7	507,1	556,0	571,4	522,3	591,0	573,5	561,1
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	91,5	91,0	107,4	114,3	101,7	110,7	117,7	113,5	109,9
gewerblicher Bau	Mill. €	211,7	201,6	218,3	236,9	237,8	228,4	257,3	265,3	260,7
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	159,2	157,1	181,4	204,8	231,8	183,1	216,0	194,7	190,4
Bauinstallation, Sonstiges Ausbaugewerbe ^{4) 6)} (Ausbaugewerbe)										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	17,1	17,5	17,9	.	.	.	18,2	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 409	5 751	6 123	.	.	.	6 226	.	.
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. €	92,4	97,7	99,1	.	.	.	103,1	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	403,3	409,4	444,2	.	.	.	465,4	.	.

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

3) ohne Energie- und Wasserversorgung

4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

5) nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

6) Angaben beziehen sich auf das Quartal

Merkmal	Einheit	2006	2007	2007			2008			
		Durchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Handel ¹⁾										
Großhandel einschl. Handelsvermittlung										
Beschäftigte	2003 = 100	97,8	90,4	91,6	91,1	90,9	89,9	90,0	89,6	89,4
Umsatz (nominal)	2003 = 100	114,5	110,6	113,1	121,1	122,9	118,8	122,4	119,5	107,1
Umsatz (real)	2003 = 100	105,5	99,5	100,8	106,9	108,7	96,6	100,2	102,2	95,1
Einzelhandel ²⁾										
Beschäftigte	2003 = 100	95,9	96,6	96,8	97,6	98,0	98,2	98,5	98,7	100,6
Umsatz (nominal)	2003 = 100	103,0	99,1	93,2	101,1	107,8	99,6	102,5	105,8	105,3
Umsatz (real)	2003 = 100	101,6	96,8	91,0	98,2	104,1	94,3	97,3	100,7	100,8
Kfz-Handel und Tankstellen ³⁾										
Beschäftigte	2003 = 100	93,7	93,3	94,4	94,9	95,0	94,7	95,5	95,5	95,7
Umsatz (nominal)	2003 = 100	108,0	96,6	93,9	102,5	104,1	85,3	95,0	99,3	94,1
Umsatz (real)	2003 = 100	104,0	90,4	87,8	95,6	96,9	78,2	87,1	91,0	86,6
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	2003 = 100	100,0	100,9	102,1	102,1	100,3	100,1	99,5	100,0	97,3
Umsatz (nominal)	2003 = 100	110,3	109,4	125,7	119,0	105,7	109,1	116,3	113,7	106,0
Umsatz (real)	2003 = 100	106,7	103,3	117,6	112,2	99,1	100,0	105,9	103,6	96,8
Tourismus ⁴⁾										
Gästeankünfte	1 000	511	499	622	536	421	609	604	572	430
darunter von Auslandsgästen	1 000	51	50	63	50	36	82	62	56	39
Gästeübernachtungen	1 000	1 365	1 338	1 631	1 464	1 031	1 726	1 568	1 527	1 085
darunter von Auslandsgästen	1 000	111	112	141	114	83	186	138	127	109
Verkehr										
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵⁾	Anzahl	1 921	1 896	2 030	1 835	1 903	1 847	1 840	1 983	1 652
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 300	1 314	1 433	1 265	1 214	1 386	1 315	1 358	1 060
Getötete Personen	Anzahl	23	20	18	20	13	28	27	25	12
Verletzte Personen	Anzahl	1 646	1 671	1 812	1 633	1 546	1 761	1 615	1 730	1 351
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 558	12 399	12 512	12 223	13 001	10 357	12 079	11 242	11 068
darunter Personenkraftwagen ⁶⁾	Anzahl	12 503	10 207	10 454	10 226	10 854	8 148	9 743	9 517	9 240
Lastkraftwagen	Anzahl	1 162	1 276	1 324	1 403	1 551	1 160	1 295	1 169	1 332
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	6,3	5,6	1,4	4,2	5,9	0,4	0,2	1,1	5,1
Güterversand	1 000 t	8,3	8,4	2,2	6,3	8,5	0,7	0,9	3,4	4,5

1) Die Monatsergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig.

2) ohne Reparatur von Gebrauchsgütern

3) sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz

4) Betriebe mit neun und mehr Betten einschließlich Campingplätze (Touristikcamping)

5) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis Dezember 2007: nur unter Alkoholeinwirkung)

6) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

Merkmal	Einheit	2006	2007	2007			2008			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Außenhandel ¹⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	1 632,5	1 952,7	2 079,5	2 136,1	1 980,9	1 667,5	2 051,4	2 152,1	1 872,5
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	60,3	71,0	78,2	80,5	74,6	66,6	71,4	75,8	59,2
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 545,4	1 850,6	1 969,4	2 016,4	1 865,3	1 539,6	1 902,1	1 997,7	1 741,2
davon										
Rohstoffe	Mill. €	7,0	7,6	7,4	6,5	6,6	7,1	5,5	8,1	7,3
Halbwaren	Mill. €	76,0	99,3	97,7	120,9	111,6	82,1	119,8	134,5	102,2
Fertigwaren	Mill. €	1 462,4	1 743,6	1 864,3	1 889,0	1 747,1	1 450,4	1 776,8	1 855,1	1 631,7
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	200,7	227,4	249,3	241,9	219,7	224,6	261,3	239,9	209,9
Enderzeugnisse	Mill. €	1 261,7	1 516,2	1 615,0	1 647,1	1 527,5	1 225,8	1 515,6	1 615,2	1 421,8
Ausfuhr nach										
Europa	Mill. €	1 076,9	1 315,1	1 322,9	1 413,4	1 336,2	1 048,0	1 332,7	1 342,5	1 211,4
darunter in die EU-Länder ²⁾	Mill. €	923,3	1 124,5	1 110,6	1 199,8	1 105,2	847,2	1 075,7	1 086,0	995,7
Afrika	Mill. €	29,3	32,6	33,7	33,9	43,9	44,9	43,5	33,4	32,9
Amerika	Mill. €	198,7	199,9	228,5	226,7	195,6	186,1	234,4	233,2	219,0
Asien	Mill. €	315,7	393,5	482,2	450,1	391,0	380,6	430,3	534,8	401,7
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	11,9	11,7	12,3	12,1	14,1	7,8	10,5	8,2	7,5
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 145,6	1 238,0	1 269,5	1 391,1	1 355,4	1 106,2	1 447,0	1 410,2	1 262,2
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	72,8	78,2	85,7	84,6	78,5	95,0	79,1	92,3	72,5
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 035,7	1 119,3	1 141,3	1 256,2	1 228,4	923,6	1 255,7	1 215,6	1 094,1
davon										
Rohstoffe	Mill. €	86,9	88,5	86,4	121,8	119,9	54,4	143,2	186,7	116,5
Halbwaren	Mill. €	105,1	107,4	104,0	123,3	99,4	121,7	86,4	115,3	80,0
Fertigwaren	Mill. €	843,7	923,3	950,9	1 011,1	1 009,1	747,5	1 026,2	913,6	897,5
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	138,2	161,3	179,5	152,3	171,6	155,8	193,9	163,0	142,4
Enderzeugnisse	Mill. €	705,6	762,0	771,3	858,8	837,5	591,6	832,2	750,6	755,1
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	936,0	990,1	1 041,1	1 146,4	1 109,3	887,8	1 222,6	1 192,7	977,1
darunter aus den EU-Ländern ²⁾	Mill. €	763,3	811,1	877,1	924,0	888,8	747,8	983,8	900,5	801,4
Afrika	Mill. €	2,9	2,9	1,7	2,3	3,0	2,4	2,0	3,5	3,2
Amerika	Mill. €	86,7	92,7	77,7	87,9	62,9	70,7	74,5	65,6	78,2
Asien	Mill. €	118,7	151,2	147,2	153,9	179,3	144,0	144,2	147,0	201,3
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	1,2	1,1	1,8	0,5	0,9	1,2	3,7	1,4	2,4
Gewerbeanzeigen ³⁾										
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 645	3 253	3 065	3 061	2 653	2 972	3 422	3 132	2 866
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 838	2 914	2 584	2 577	2 481	2 437	2 850	2 604	2 756
Insolvenzen										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	759	777	678	639	830	682	659	730	775
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	184	151	139	133	165	155	162	165	164
Verbraucher	Anzahl	383	438	381	349	469	363	346	405	455
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	156	154	130	126	160	137	122	132	116
sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	Anzahl	35	34	28	31	36	27	29	28	40
eröffnete Verfahren	Anzahl	659	692	613	567	730	605	579	665	682
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	97	82	64	71	97	75	75	64	87
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	231	117	101	90	104	111	107	135	119
Handwerk										
Beschäftigte	2003 = 100	90,4	91,6	94,2
Umsatz	2003 = 100	103,7	101,9	109,3

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

2) Angaben ab 2006 einschließlich der im Januar 2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien; die Angaben für 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

3) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

4) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

Merkmal	Einheit	2006	2007	2007			2008			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Preise										
Verbraucherpreisindex	2005 = 100	102,1	104,8	105,1	105,4	105,9	108,4	108,3	108,2	107,7
Preisindex für Wohngebäude ¹⁾	2005 = 100	101,8	109,2	.	.	109,8	112,9	.	.	112,5
Verdienste										
Bruttomonatsverdienste ²⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ³⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	x	2 470	2 298	x	x	x	2 379	x	x
männlich	€	x	2 538	2 357	x	x	x	2 445	x	x
weiblich	€	x	2 338	2 184	x	x	x	2 251	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	x	2 399	2 233	x	x	x	2 329	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	x	2 748	2 449	x	x	x	2 534	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	x	2 439	2 241	x	x	x	2 289	x	x
Energie- und Wasserversorgung	€	x	3 627	3 286	x	x	x	3 489	x	x
Baugewerbe	€	x	2 122	2 076	x	x	x	2 280	x	x
Dienstleistungsbereich ⁴⁾	€	x	2 532	2 355	x	x	x	2 423	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	€	x	2 236	2 099	x	x	x	2 153	x	x
Gastgewerbe	€	x	1 546	1 492	x	x	x	1 529	x	x
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	€	x	2 345	2 149	x	x	x	2 227	x	x
Kredit- und Versicherungsgewerbe	€	x	3 682	3 128	x	x	x	3 275	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaft- lichen Dienstleistungen, a. n. g.	€	x	2 294	2 106	x	x	x	2 137	x	x
Erziehung und Unterricht	€	x	3 481	3 202	x	x	x	3 332	x	x
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	€	x	2 783	2 660	x	x	x	2 784	x	x
Erbringung von sonstigen, öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	€	x	2 438	2 341	x	x	x	2 330	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.
Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

3) ohne Beamte

4) ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung

Gesamtverzeichnis 2008

	Heft/Seite		Heft/Seite
Heike Awiszus, Alrun Klinger Sonderheft "Bildung in Sachsen" erneut erschienen	3 56	Sylvia Hoffmann Nutzung der natürlichen Ressourcen Wasser, Rohstoffe, Energie und Fläche durch sächsische Produzenten und Konsumenten	3 96
Ulrich Ertel Bautätigkeit 2007	3 77	Sylvia Hoffmann Umweltschutzinvestitionen sächsischer Industrie- betriebe 1996 bis 2005	3 106
Regine Fiedler Die Schüler- und Absolventenprognose für allgemein bildende Schulen im Freistaat Sachsen bis zum Schuljahr 2020/21	2 108	Regina Hofmann, Carmen Marciniak Kompostierungsanlagen in Sachsen	1 73
Barbara Fritsche, Andreas Oettel Zur Baumobstanbauerhebung in Sachsen	2 61	Björn Jabs, Gabriele Philipp, Olaf Schoffer DRG-Statistik für Sachsen - erste Analysen zu ausgewählten Volkskrankheiten	3 112
Barbara Fritsche Die Größenstrukturen und Rechtsformen der land- wirtschaftlichen Betriebe in Sachsen 2007	3 89	Felicitas Klemm Ausbildungsleistungen nach dem Bundesaus- bildungsförderungsgesetz 2006	1 69
Gina Gäbler, Gabriele Philipp Ergebnisse der Pilotphasen zur Nutzung der durch die Bundesagentur für Arbeit bereitgestellten Einzeldaten und Datenwürfel zum SGB II	3 115	Felicitas Klemm Wanderungsverhalten der Studienanfänger 2006 unter dem Blickwinkel des Hochschulpakts 2020	3 43
Gina Gäbler Sozialhilfe vor und nach Einführung von Hartz IV – Auswirkungen auf die Empfängerstatistiken am Beispiel Sachsens	4 68	Felicitas Klemm Altersstruktur der hauptberuflichen Lehrpersonen an allgemein bildenden Schulen in Sachsen	4 64
Sabine Gosch, Barbara Kühne Kinderbetreuung in Sachsen 2006 und 2007	2 102	Michaela Krakau, Gritt Krause, Sabine Teige Möglichkeiten einer Integration der finanzstatistischen Daten der sächsischen Gemeinden und der kommu- nalen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen unter derzeitigen Voraussetzungen	2 35
Beatrice Groß Auswertung aus dem sächsischen Unternehmens- register zum 31. Dezember 2007	4 46	Thorsten Krause Besitz- und Pachtverhältnisse in der sächsischen Landwirtschaft	4 39
Ina Helbig, Bärbel Stricker-Gneuß Online-Erhebung im Rahmen der Laufenden Wirtschaftsrechnung	2 120	Peter Kuklinski, Helge Paulig Zur Schulnetzplanung für berufsbildende Schulen in Sachsen	4 49
Ina Helbig, Bettina Petasch Einsatz neuer und moderner Erhebungsverfahren im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchs- stichprobe 2008	4 91	Katrin Lenk, Christiane Wohlrab Umstellung im Unternehmensregister auf die Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008	2 32
Leonore Hesse, Carola Hoffmann, Heike Matticzki, Wolf-Dietmar Speich Wirtschaftsentwicklung 2007 in Sachsen	3 3	Beatrice Mensch SGB II – Kommunale Datenerhebung 2006	1 46
Sylvia Hoffmann Produktion von Umweltschutzgütern im Freistaat Sachsen 1998 bis 2005	2 68	Beatrice Mensch, Olaf Schoffer Das geplante Scientific-Use-File der amtlichen Krankenhausstatistik im Längsschnitt	1 58

	Heft/Seite			Heft/Seite	
Heidrun Neumann Insolvenzen im Jahr 2007	3	60	Birgit Scheibe Schulentlassene mit allgemein bildenden Abschlüssen in Sachsen 1997 bis 2007	2	111
Heidrun Neumann, Christiane Wohlrab Gewerbeanzeigen 2007	3	70	Andreas Schellenberger, Leonore Hesse Zum Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen 1996 bis 2006	1	30
Wolfgang Nierhaus Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamt- rechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation	1	1	Olaf Schoffer SAS im Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter	2	123
Andreas Oettel, Ulrich Ertel Das Baugewerbe in Sachsen 2007	2	10	Hubertus Schwede Die Entwicklung des Viehbestandes in Sachsen 2001 bis 2007	4	32
Andreas Oettel, Cornelia Barchmann Zur Gasversorgung in Sachsen 1990 bis 2007	2	23	Angela Sondermann Reiseland Sachsen - Ergebnisse der Beherbergungsstatistik 2005 bis 2007	2	75
Andreas Oettel, Cornelia Barchman Zur Elektrizitätsversorgung in Sachsen 1991 bis 2007	4	13	Wolf-Dietmar Speich, Michael Bormann Möglichkeiten der Bereitstellung unterjähriger gesamtwirtschaftlicher Konjunkturinformationen für den Freistaat Sachsen	1	16
Sylvia Prittmann Berufsbildungsstatistik 2007 - Betrachtungen zur Einführung eines neuen Verfahrens	3	50	Babe Anke Staude Senioren in Sachsen - Ausgewählte Aspekte zu Potentialen des Alters	1	61
Anke Puschmann, Heidi Brandt Lebensformen der sächsischen Bevölkerung im Wandel – Eine Analyse auf Basis des Mikrozensus 1996 bis 2007	4	86	Jürgen Stelzner Die Entwicklung im Wirtschaftszweig Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen von 1995 bis 2007	2	4
Bernd Richter Tendenzen der zukünftigen Entwicklung der Erwerbstätigkeit der sächsischen Bevölkerung	2	1	Roman Straube Aktuelle Ergebnisse zum Wirtschaftsfaktor Tourismus in Sachsen 2006 bzw. 2007	4	21
Bernd Richter Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Gesund- heitswesens im Spiegel der amtlichen Statistik	2	89	Bärbel Wuckelt, Annett Uhlmann Die häufigsten Todesursachen in Sachsen 1998 bis 2007	4	82
Bernd Richter, Annett Kirschke Das Wanderungsverhalten der Bevölkerung in den sächsischen Gemeinden als Spiegel wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und territorialer Besonderheiten	3	29			
Bernd Richter Zur Entwicklung des Gesamtvolumens der Arbeit- nehmerentgelte im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen Sachsens 1991 bis 2005	4	78			
Carmen Ronge Die Außenhandelspartner Sachsens	2	52			

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

